



Wir waren vor zwanzig Jahren Mitglieder eines Stammtisches, an dem Herr Mugdan der einzige Vertreter der christlichen Religion und ich der einzige Vertreter der arischen Rasse war. Uebrigens bestand der Stammtisch aus Kreuzbrüdern Leuten, die in Bismarck den reaktionärsten Junker und in dem seligen Eugen den hervorragendsten Organisierten von Wahlmiederlagen erblickten. Dafür verbanderte sich die „Freisinnige Zeitung“, indem sie die „Krautler der Fraktion Ullmann“, wie sie unseren Stammtisch nannte, dem Unwillen aller Weisheitsphilister demagogierte. Natürlich erwartete der Stammtisch, an dem Herr Mugdan neben der christlichen Religion auch die deutsche Poesie und die passive Sklavie vertrat, bei den Reichstagswahlen von 1890 mit aller Sicherheit, daß der selige Eugen den Karren wieder gründlich in den Dreck schleben werde. Die potenten Mitglieder des Stammtisches — es waren sehr potente Leute darunter — wetteten 100 gegen 1, daß es so kommen werde, und der Dichter des Stammtisches sang von ihm — ich zitiere nach gedruckter Vorlage:

Ballst du er ja von Natur,  
Von „Hauste“ hat er keine Spur;  
Er hat den Freisinn munter  
Auf sieben Mann herunter.

Es gab aber einige Illusionäre, die mit 1 gegen 100 die angebotenen Wetten hielten, und da waghalsige Kühnheit vom Glück begünstigt zu werden pflegt, so gewannen sie. Dank der sozialdemokratischen Unterstützung eroberte der Freisinn 1890 einige Mandate. Berauscht von ihrem unverhofften Torke, brachten die Gewinner der Wetten dem seligen Eugen eine sinnige Subsidium dar; da sie ihm selbst nicht nahen durften, bei dem heftigen Grollen des großen Mannes gegen die Fraktion Ullmann, so luden sie seine intimsten Freunde als Ehrengäste zu einem solennem Abendessen ein, wo der brausende Gesang erscholl, verfaßt von dem Dichter des Stammtisches:

Die Fraktion Ullmann voll und ganz  
Erhielt nur die edlen Gäste,  
Verhöhen sie in ihrem Glanz  
Doch dieses Freudenfest.  
Gegrüßt sei Schradler und Freund Wark,  
Der Bedebour und Wehring,  
Für Vorkretzer sein und zart  
Ist der — der laure Dering.

Wes ist die „Feier freisinniger Wahlsiege“, mit der Herr Mugdan vorgestern den Reichstag illuminierte. Es sollte auf Bedebours und meine Kosten geschehen, und in der Tat hat der genügliche Block dem Wimen „stürmische Heiterkeit“ gespendet. Doch ist mir Herr Mugdan als christlicher Kirchenvater immer ein zu strenges Vorbild gewesen, als daß ich nicht feurige Kohlen auf sein Haupt sammeln und anerkennen möchte, daß er mit seinem trüdelhaften Klatsch doch erste staatsmännische Zwecke verbindet. Er empfindet schmerzlich, daß der Block noch kein Bundeslied besitzt, und er weiß, wer diesem Mangel in genialer Weise abhelfen könnte. Deshalb grüßt er das Festlied vom 12. März 1890 aus, dessen erste Strophe allerdings schon ahnend auf den Block hindeutet; ich zitiere nach der gedruckten Vorlage:

Was hat uns wohl versammelt hier  
Zum lustigen Gesange?  
Was ist der Drang nach 'nem Pfästel,  
Nach einem lustigen Tage?  
Ist denn die Zeit nicht ernst genug,  
Ist uns nicht voll genug der Schlum?  
O Jerum, Jerum, Jerum,  
O quos mutatio rerum!

Wird Herr Mugdan vom Block beauftragt, auf diese so hübsch einleitende Strophe ein Bundeslied des Blocks zu dichten, so dürfen auch die unerfährtesten Blockbrüder versichert sein, daß der erlauchte Staatsmann die Frage, ob der „Schlum“ des Blocks noch nicht voll genug sei, stets mit dem feurigsten Reim beantworten wird.

## Preußen in Oesterreich.

Wien, 29. Februar. (Fig. Ver.)

Neben dem schärfsten Schritt, den Oesterreich-Ungarn mit dem Sandkalkbrennprojekt in die Welt der Konflikte macht, hat die österreichische Delegation nichts so lebhaft beschäftigt, als wie das Bundesverhältnis zum Deutschen Reich. Und wieder wurde es sichtbar, daß sich neben der ungeheuerlichen Freundschaft, ja Liebe zu den deutschen Völkern eine tiefe Verstimmung gegen die offizielle Politik des Reiches einnistet. Es bedeutet nicht viel, daß Herr Dr. Kramarich, noch mehr Plutophilie als Tische, seine bewährte Rede gegen den Dreibund auch heuer abfolviert hat; mehr ins Gewicht fällt schon, daß auch die Polen, die seit jeher als die festesten Stützen der Dreibundspolitik gegolten haben, nun offen raten, sich um andere Bundesgenossen umzusehen. Die kurzfristig geschlossene Polenpolitik Preußens ist eben nur zu sehr geeignet, dem Reich im Auslande die Sympathien zu entfremden und das Bündnis, in dem man ein geschichtlich überlieferteres Verhältnis eingeschlossen wähnte, auf die nackte Vereinbarung der Monarchen zu reduzieren, die ohne das Fundament der Zustimmung der Völker in der Luft hängt. Schlimmer aber als der Haß, zu dem sich die bürgerlichen Parteien der slavischen Nationen gegen Preußen-Deutschland nicht erst aufzulassen lassen müssen, wirkt jedoch die Geringschätzung — und der Eindrud ist nicht abzuweifen, daß sich der Respekt vor Deutschland beträchtlich gemindert hat, seitdem in Wilhelms Wahlrechtsklärung sein politisches Defizit so betrüblich hervorgetreten ist. Ohne daß man sich darüber gerade Rechenschaft gibt, fällt doch jeder den Abstand zwischen diesem Oesterreich, das sich recht und schlecht wenigstens bemüht, den demokratischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen, und dem preussischen Junkergeist, der auf die stärksten Notwendigkeiten der Zeit hochmütig hinablickt. Der spezifisch preussische Geist sieht mit der demokratischen Welt, die ganz Europa durchflutet, in so schroffem Gegensatz, er verletzt das Selbstbewußtsein der Völker so peinlich, daß die Reaktion in dem Empfinden unvermeidlich ist: daß an Stelle der einstigen Bewunderung nun herbe Verurteilung tritt. Niemand hat in der österreichischen Delegation die Zusammengehörigkeit mit Deutschland so lebhaft betont als der Sozialdemokrat Seliger, der das militärische Bündnis zu einem Freundschaftsverhältnis zu erweitern wünscht „zwischen dem großen deutschen Volk und Oesterreich, das die ganze Summe der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen dieser beiden Staaten umschließt“, aber er mußte seine ganze Rede der anlagenden Schilderung widmen, wie Preußen österreichische Staatsbürger, wenn sie Arbeiter sind, zu behandeln liebt. Und weitwichtigend war in all den Angriffen auf die preussische Regierung — denn von ihr wurde mehr gesprochen als von der österreichisch-ungarischen — die Empfindung, daß das Volk der Deutschen in einer Weise regiert

wird, die mit dem Bewußtsein unserer Zeit nachgerade unvereinbar geworden ist. Wenn die Nachhaber im Reich nicht bloß darauf achten würden, was sich an den Höfen begeben, sondern auch darauf, was in den Völkern vorgeht, so müßte die allgemeine Beurteilung jener preussischen Politik, die in der Festhaltung des Dreiklassenwahlrechts den Gipfel der Schmach erklimmt, ihnen den Weg zur Umkehr weisen.

Auch das politische Ansehen eines Staates ist in den Beziehungen der Staaten eine wirkende Kraft. Man blide auf dieses Oesterreich, das auch ein Jahrzehnt zu den verachtetesten Staatswesen gehörte und nun in Europa zu einer unvermuteten Schätzung gelangt. Doch es die Steigerung seiner internationalen Macht vor allem der schärfsten Tat verdankt, die in der Wahlreform lag, ist nicht zu verkennen. Und umgekehrt: Das Deutsche Reich verliert als Machtpotenz durch die Unfruchtbarkeit seiner inneren Politik. Man bleibt nicht ungestraft hinter dem Zuge der Zeit, und zeigt sich nicht ohne gefährliche Folgen als unfähig, zu leisten, was die Notwendigkeit gebietet.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Februar 1908.

### Der Reaktionärswolf im reformerischen Schafspelz.

Gleich zwei sozialpolitische Gesetzeswürfe standen heute zur ersten Lesung im Reichstag auf der Tagesordnung. Zwei Reformen auf einmal! Sie sind auch danach. Um Arbeiterschutz, um Kontrolle der Heimarbeit handelt es sich dabei nach außen; in Wirklichkeit sind die neuen Bestimmungen so zugeschnitten, daß sie wesentliche bestehende Schutzbestimmungen einschränken, nicht verstärken.

Der eine Gesetzeswurf will die Heimarbeit in der Zigarrenindustrie regeln, der zweite umfaßt eine Zusammenstellung von vier Einzelreformen der Gewerbeordnung in einer jener berühmten „Novellen“, mit denen Jahr für Jahr an dem Hauptgewerbegesetz herumgedoktert wird. Es handelt sich da um neue Bestimmungen für besonders gefährliche Gewerbe.

Die Einweihungsrede hielt den beiden Kunstwerken der für festliche Gelegenheitsprosa besonders begabte Herr v. Bethmann-Hollweg. Zunächst spielte er in einer anmutigen Feuilletonplauderei an einem Bilde von dem heranwachsenden Arbeitsjüngling herum, dessen Kleid man fortwährend durch neue Plüden päpstlicher machen müsse. Das Bild selbst hatte er sich aus dem oratorischen Schatzkästlein des konservativ-junkertlichen Abg. Kalkstein entlehnt, was offenbar ein feiner Fingerzeig für die konservativ-heimatliche Tätigkeit des neuen Staatssekretärs gegen Sozialreform sein sollte. Aber daß diese antierenden Willoven ihren Mangel an Originalität auch bei jeder Gelegenheit durch ausdringliche und unnötige Bittereien bekunden müssen!

Vorsichtiges Lachen erklärte Herr v. Bethmann-Hollweg für das leitende Prinzip der Regierung, als sie sich an diese Reformen herangemacht hatte. Dann aber erging er sich in eine Polemik gegen einen Artikel der „Neuen Zeit“, in dem Genosse Mollenburr den Nachweis geführt hat, daß die Novelle zum Gewerbegesetz tatsächlich Befugnisse einschränkt, die der § 120b des Gewerbegesetzes jetzt schon den Aufsichtsbehörden erteilt. Die Einschränkung liegt darin, daß Befugnisse, die den Behörden jetzt gegenüber allen Gewerbebetrieben zustehen, auf solche mit besonders gefährlichem Charakter beschränkt werden. Der Staatssekretär bemühte sich, diesen Nachweis zu widerlegen und empfahl sein Kunstwerk dem allgemeinen Wohlwollen.

Die Debatte eröffnete der Zentrumsabgeordnete Dr. Pieper, der als Haupt der Mithras-Gladbacher christlich-sozialen Agitationschule bekannt ist. Im wesentlichen stellte er sich freundlich zu dem Gesetzeswurf, hatte aber doch eine Fülle von Wünschen und kritischen Bemerkungen vorzubringen. Seine lange Rede litt indes unter einer arg monotonen Vortragweise. Der konservative Bauer Sielermann aus Minden beschäftigte sich vorzugsweise mit dem Gesetzeswurf über die Heimarbeit, selbstverständlich im Regierungssinne, und auch der nationalliberale Großindustrielle Seyl zu Herrnsheim, der Wormser Lederbaron war mit der Vorlage höchst zufrieden.

Anderer natürlich Klang die Kritik des Gen. Mollenburr, der den zwingenden Beweis für die Richtigkeit seiner vom Staatssekretär im voraus angebotenen Behauptung durch die Verlesung von Verfügungen erbrachte, die wohl nach dem bestehenden Gesetz erlassen werden konnten, aber nach Annahme des Regierungsentwurfs nicht mehr zulässig sein würden! Auch die gesamte Sozialpolitik der Regierung unterzog er einer scharfen Kritik, indem er darauf hinwies, wie entgegenkommend die Herren gegen den Wund der Industriellen seien, während sogar ein deutscher Staat, Oldenburg, weniger Rücksicht erfahren habe, als der mächtige Wund der Scharfmacher. Psychologisch erklärlich sei es allerdings; denn der Generalsekretär des Bundes habe sich ja rühmen können, daß sie den Herrn v. Berlepsch „klein getriegt“ hätten. Unsere Forderung komme nach wie vor auf ein umfassendes Arbeiterschutzgesetz hinaus, durch das all das bestehende buntschichtige Gesetzesjammerrium zusammengefaßt und ergänzt werde im Sinne einer wahrhaft durchgreifenden Reform.

### Aus der inneren Verwaltung Preußens.

Am Freitag, bereits am zweiten Tage der Generaldebatte zum Etat des Ministeriums des Innern, ist Herr v. Rolke das Gehalt bewilligt worden. Das Abgeordnetenhaus hat ihm die Sache sehr leicht gemacht, es hat nicht einmal ein Programm von ihm gefordert. Wogu auch? In den preussischen Ministerien, besonders in dem des Innern, wechseln wohl die Personen, aber das Programm bleibt das alte. Von Reformen großen Stils hat man in Preußen seit Jahrzehnten nichts bemerkt, und es wird wohl noch geraume Zeit vergehen, bis einmal ein Landtag die Regierung zu besartigen Reformen zwingt. Einstweilen bleibt alles beim alten.

Der neue Minister ist ein Mann von guten Manieren, jedem Redner steht er bereitwillig Rede und Antwort, alle Wünsche verspricht er wohlwollend zu prüfen; sie zu erfüllen steht aber nicht in seiner Macht, selbst wenn er den ernstlichen Willen dazu hätte. Nur einer einzigen von den im Landtag vertretenen Parteien gegenüber ist er völlig unzugänglich. Das sind die Polen, gegen die er die gleichen Mittel anwenden will, die nun schon seit 20 Jahren mit so gewaltigem Mißerfolge und so großen Opfern an Geld angewendet sind und nicht gerade zur Stärkung des Ansehens Preußens im Auslande beigetragen haben.

Von den verschiedensten Seiten wurden wieder die schönsten Giltlichkeitsreden gehalten, so daß man sich zeitweise in eine Generalversammlung der Giltlichkeitsvereine versetzt glaubte. Neben Herrn Roeren war es besonders sein Parteifreund, der Düsseldorf Landgerichtsrat Marx und der Freikonserervative

Landgerichtsdirektor Bierel, die sich nicht genug in Uebereinandersetzungen ergaben konnten. Nach Ansicht dieser Gesellschaft ist Berlin die unsittlichste Stadt der Welt, in allen Schaufenstern nichts als obscene Bilder und Wäcker, in den Theatern fittlich anstößige Stücke, auf der Straße soll es so schlimm sein, daß selbst ehedem Männer sie nicht mehr passieren können, weil sie zu großen Versuchungen ausgesetzt seien. Und das sündige Fleisch ist doch nun einmal so schwach, das weibliche Geschlecht ist so verführerisch, daß sogar preussische Landtagsboten leicht verlockt werden könnten, ihre sauer erhassten Diäten in sündiger Liebe anzulegen. Da ist es allerdings höchste Zeit, daß die Polizei einschreitet und, wie es Herr Bierel wünscht, die Kasernierung der Prostitution durchführt. Ueber die Ursachen der Prostitution, über die jammervollen wirtschaftlichen Verhältnisse, die die Weiber der Prostitution in die Arme treiben, zu reden und Maßnahmen zur Besserung zu ergreifen, dazu hat das Junkerparlament keine Zeit. Wohl aber ergreift es sich in löchlichem Verede über die Opfer der heutigen Wirtschaftsordnung. Dabei vergessen die Herren ganz, daß sie eigentlich über sich selbst zu Gericht sitzen, denn sie und ihre Klaffengenossen sind es doch in der Hauptsache, die sich der Prostitution bedienen.

Nebenher kam es anlässlich der Erörterung der Behandlung gewisser Arbeitervereine zu einem Zusammenstoß zwischen dem Zentrum und der Regierung. Auch hier suchte Minister Rolke wieder die versöhnende Rolle zu spielen, indem er dem Zentrum ausdrücklich seine nationale Gesinnung attestierte. Herr v. Rolke hat dadurch den Silbeprief seines Chefs, des Fürsten Bülow, öffentlich desavouiert.

Zu erwähnen ist noch, daß der Minister in Bezug auf die Zulassung ausländischer Saisonarbeiter der Industrie nach Möglichkeit entgegenkommen will, allerdings soll in erster Linie die Landwirtschaft berücksichtigt werden, denn sonst könnten durch die „hohen“ Löhne in der Industrie die Arbeiter von der Landwirtschaft abgezogen werden.

Charakteristisch ist es, daß Herr v. Rolke nichts davon weiß, daß den Wählern in verschiedenen Landgemeindeordnungen in der Nähe von Berlin die Abschrift der Wählerlisten zu den Gemeindevorordnungen wählen verweigert wird. Wie der Minister denn keine Zeitungen? Schließlich könnte man doch auch wohl von einem preussischen Minister verlangen, daß er sich auf dem Laufenden hält.

### Nachhungerung der Polen?

Die preussische Regierung versucht nicht nur durch das Enteignungsgesetz polnisch sprechenden Deutschen das Eigentum zu nehmen; auch andere Mittel werden angewendet, die den polnisch sprechenden Deutschen ökonomisch zu benachteiligen geeignet sind. Dahin gehört die Erschwerung der Beschaffung von ausländisch-polnischen Arbeitskräften. So wurden von Rittergütern, die einem Polen gehören, vor zwei Jahren mitten während der Heuernte die Arbeiter durch die Polizei von den Gütern verjagt. Auf dem benachbarten Gut blieben die Ausländer dagegen unbehelligt. Neuerdings ist unter dem 3. Januar eine Ministerialverordnung für die östlichen Grenzprovinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien über die Beschäftigung ausländisch-polnischer Arbeiter erlassen, in der es heißt:

Eine ausdrückliche obersichtliche Genehmigung ist nicht erforderlich. Doch haben sich die Arbeitgeber zur Vermeidung der Wiederabschiebung der Arbeiter vor deren Heranziehung der Zustimmung des Landrats (in Stadtkreisen der Ortspolizei) zu versichern. In der Regel werden nur einzelstehende Arbeiter zur Beschäftigung zugelassen. Doch soll mit Rücksicht auf die gegenwärtige Notlage auch der Bezug von ausländischen Arbeiterfamilien, sofern sie keine schulpflichtigen Kinder mit sich führen, bis auf weiteres nicht behindert werden.

Diese Anordnung steht, soweit sie dem Bezug ausländischer Arbeiter entgegen steht, ebenso wie die von uns wiederholt angeführte Verordnung, die für aus Oesterreich-Ungarn, England und deren östliche Hinterländer kommende Arbeiter für landwirtschaftliche oder gewerbliche Betriebe den Legitimationsartenzwang einführt, mit dem Handelsvertrag und Reichsgesetzen in unzulässigem Widerspruch. Noch schlimmer steht es aber in der Praxis aus. Danach nimmt der Landrat an, ihm stehe das Recht zu, die Genehmigung zur Beschäftigung ausländischer polnischer Arbeiter zu erteilen oder zu verweigern. Vor uns liegt eine Verfügung des Landrats des Rhodener Kreises, die in folgender Weise die Mitteilung, daß auf zwei polnischen Gütern Ausländer beschäftigt werden müßten, die Beschäftigung unter sagt:

Auf das Schreiben vom... teile ich mit, daß bestimmungsgemäß ausländisch-polnische Arbeiter im Inlande nur mit meiner Genehmigung beschäftigt werden dürfen und daß ich zur Beschäftigung solcher Arbeiter auf den Gütern... meine Zustimmung verlangen mußte.

gez. Lenz.

Diese Verfügung ist eigenartig. Welches Gesetz berechtigt den Landrat dazu, eine Genehmigung zur Beschäftigung polnisch sprechender Arbeiter zu erteilen? Glaubt man ferner, daß Polen auf polnischen Gütern eine größere „Gefahr“ für Kolonisierung des schwachen Preußen sind als auf deutschen Gütern?

### Die Junker rüsten zur Landtagswahl.

Die „Deutsche Tageszeitung“ läßt folgende Mahnung ins Land ergelien:

„Die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus werden voraussichtlich früher stattfinden, als man es bisher annahm. Der Wahlkampf wird ohne Frage in diesem Jahre besonders heiß werden. Die Sozialdemokraten werden abgesehen auf dem Plans erscheinen, wo sie irgend einen Erfolg erwarten. Es ist ferner zu fürchten, daß gewisse linksliberale Kreise mit ihnen offen oder heimlich, formell oder tatsächlich paktieren werden, um den Parteien der Rechten, der gemäßigten Linken, und vor allen Dingen den Agrariern Abbruch zu tun. Damit müssen unsere Freunde im Lande rechnen, und darauf müssen sie sich jetzt schon einrichten. Wir müssen kurzem beginnt die Zeit, die für den Landwirt die meisten Arbeiten bringt und ihn an seinen Beruf festsetzt. Was dahin müssen wir so möglich die notwendigen Vorarbeiten erledigt sein. ... Deshalb möchten wir an dieser Stelle an unsere Freunde im Lande die dringende Bitte richten, mit aller Kraft und voller Hingabe in die Wahlvorbereitungsdarbeit einzutreten.“

### Mugdan als Triumphator!

Herr Mugdan hat einen glänzenden Sieg errufen. Nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen Freisinnige der bürgerlichen Richtung. Ueber dieses weiterläufernde Ereignis berichtet das „Berliner Tageblatt“ unter dem Titel „Sturm im fortwährendlichen Verein der Potsdamer Vorstadt“ folgendermaßen:

Ein Akt der Vergewaltigung führte gestern Abend in der Generalversammlung des fortwährendlichen Vereins der Potsdamer Vorstadt zu hitzerühmten Szenen. Von den langjährig Mitgliedern dieses Vereins waren verhältnismäßig nur wenige

erhielten. Um so auffälliger war, daß fast hundert Personen sich eingefunden hatten, die man bisher in diesen Versammlungen nicht gesehen hatte. Des Rätsels Lösung war bald gefunden. Es wurde festgestellt, daß ein Vorstandsmitglied des Vereins Waldes vor einigen Tagen ein vertrauliches Zirkular an die Mitglieder seines Vereins geschickt habe, mit der Aufforderung, sofort dem fortschrittlichen Verein der Potsdamer Vorstadt beizutreten, um in der gestrigen Generalversammlung die Richtung Dr. Barth aus dem Vorstände zu entfernen. Dieser Aufforderung war nun weitgehend entsprochen worden. . . . Es wurde nun von einer Seite beantragt, den erst in den letzten Tagen eintretenden Mitgliedern kein Stimmrecht zur Vorstandswahl zu gewähren, zumal deren statutarische Aufnahme durch den bisherigen Vorstand noch nicht erfolgt sei. Ein zweiter Antrag forderte die Vertagung der Wahl auf die nächste Versammlung. Der Vorsitzende Dombrowsky brachte jedoch diese Anträge gar nicht zur Abstimmung, sondern schritt sofort zur Wahl. Infolgedessen entstand ein ungeheurer Lärm, der in Zäsuren auszuarten drohte. Ohne daß eine Aufforderung zu Vorschlägen für die Vorstandswahl ergangen wäre, gingen einzelne Sammler im Saale herum und sammelten die von der Waldes-Partei bereits gedruckt vorliegenden Listen ein. Von den bisherigen Mitgliedern enthielten sich wohl die meisten der Abstimmung, da sie sahen, daß sie in der Minorität bleiben müßten. Von 99 abgegebenen Stimmen für den ersten Vorschlag entfielen 79 auf den Reichstags-Abgeordneten Dr. Ruggan. Die Weisiger, unter denen sich auch der Abgeordnete Dr. Biemer befindet, wurden mit ähnlicher Stimmenzahl gewählt.

Es ist bezeichnend, daß in dieser Generalversammlung, wo die Vorstandswahl vorzunehmen war und wo obendrein noch ein Vortrag des Stadtverordneten Rechtsanwalts Ullstein über „Kommunale Sorgen“ auf der Tagesordnung stand, sich ganze 20 Anhänger der Barth'schen Richtung eingefunden hatten! Denn selbst in den Domänen der Barth'schen Richtung die Ruggan'sen so leicht abzusiegen vermögen, so ist das wirklich kein glückliches Zeugnis für den Einfluß des ehrlich demokratischen Triumpvirats auf den Freisinn! —

### Das preussische Dreiklassenwahlrecht in estnaischer Fassung.

Das preussische Dreiklassenwahlrecht hat warme Fürsprecher gefunden. In Anbetracht seiner hervorragenden Vorzüge haben die Agrarier des russischen Gouvernements Charkow den Versuch gewagt, es auf russischen Boden zu verpflanzen. Auf der jüngst stattgefundenen Gouvernements-Landtagsversammlung gelangte ein Wahlprojekt der Abgeordneten der dritten Duma, Fürst Wolgyn und Sawitsch zur Erörterung, das in seinen Grundzügen an das preussische Landtagswahlrecht anlehnt.

Die Landtagsversammlung akzeptierte fast einstimmig das „geniale“ Projekt des Fürsten Wolgyn. Es fand sich bloß einer, der dagegen opponierte, — das Mitglied des Landtagsamtes, der Deutsche A. Wöhrle. Er wies mit Recht darauf hin, daß dieses Projekt ganze Schichten der Bevölkerung entrechte. Und in der Tat: nach diesem Projekt sind etwa 65—75 Proz. der Bevölkerung des Wahlrechts beraubt. Allein gerade dieser Umstand machte das Projekt den Charkower Agrarier populär. Nicht genug damit, verließen sie ihm ein Amendement, das die Juden bis auf weiteres von den Landtagswahlen völlig ausschließt.

In dieser „estnaischen“ Fassung gelangte das „preussische“ Projekt zur Annahme. Die ostelbischen Junker können auf ihre russischen Standesgenossen und Geistesverwandten stolz sein. —

### Ein Appell an die Ehre.

Die „Volkszeitung“ gibt Herrn Eichhoff, dessen Wahl ja bekanntlich mit Hilfe größtenteils Wahlbeeinflussungen zustande gekommen ist, den Rat:

„Zwischen ihm steht sich vielleicht Herr Eichhoff und legt das Mandat freiwillig nieder. Sind die Wähler in Kenner-Verhältnissen und ohne amtliche Nachhilfe für ihn genügend begeistert, so wird er ja sofort wiedergewählt werden und er darf dann an seinem Mandat eine reine Freude haben.“

Wir begreifen freilich nicht, daß Herr Eichhoff den Rat des freisinnig-demokratischen Blattes befolgen wird! Der Wollfreisinn hat jedes Gefühl für demokratische Ehrbegriffe verloren! —

### Armer Freisinn.

Die Agrarier spielen jetzt mit dem Freisinn wie die Käse mit der Maus. Und das arme Tierchen gerät trotz aller ängstlichen Schutzversuche immer wieder in die Krallen des unarmherzigen Verfolgers. Die sichere Hoffnung, sich an dem Speck des Wörlengesetzes gütlich tun zu können, weicht immer mehr der Todesfurcht: Freisinn muß sterben. . . .

Die Kommission für das Wörlengesetz nahm heute den §§ 1 des § 52 der Regierungsvorlage unverändert an. Es soll also durch Wörlenterningeschäfte, die gegen ein Verbot verstoßen, eine Verbindlichkeit nicht begründet werden. Hingegen wurde der Absatz 2 auf Antrag der Konservativen dahin abgeändert, daß das vor. bei oder nach der Abwicklung des Geschäftes zu seiner Erfüllung Gelieferte drei Jahre lang zurückgefordert werden kann. In der Regierungsvorlage ist die Rückforderung ausgeschlossen. Noch im Jahre 1905 haben die Konservativen in der Wörlenkommision für den Ausschluß der Rückforderung gestimmt.

Nach dem Verbot des Terminhandels in Getreide wird auch der andere Wunsch der Börse auf Herstellung der Rechtssicherheit unerfüllt gelassen. Konservativen und Zentrum machen sich ein Vergnügen daraus, den armen Wollfreisinn selbst bei der Wörlkäuferei zu machen. —

### Und immer mehr Gendarmen.

Zu der zweiten Kammer des sächsischen Landtages kam es kürzlich zu einer Gendarmendebatte. Die Regierung forderte eine Vermehrung des Gendarmenkorps um 19 Mann. Das allein hätte wohl großen Widerspruch nicht hervorgerufen, dagegen forderte die eigenartige Begründung dieser Mehrbestellung zur Kritik heraus. Die Regierung berief sich dabei unter anderem darauf, daß die große Zahl ausländischer Arbeiter in verschiedenen Zweigen der Industrie, durch welches besonders unruhige Arbeiterelement eine stärke Zunahme der Eigentums- und Sittlichkeitsvergehen sowie der Körperverletzungen zu verzeichnen sei, eine besondere polizeiliche Überwachung bestimmter Gegenden nötig mache. Dasselbe gelte von den großen Zunahme öffentlicher Versammlungen infolge der Agitation der Sozialdemokratie. Ferner würde durch Streiks und der dabei vorkommenden Ausschreitungen Ausländer eine häufige Zusammenziehung von Gendarmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung veranlaßt. Diese echt polizeilich-sächsische Begründung erheische eine Antwort von unserer Seite bei der Beratung des Staatskapitels Gendarmenreform im Landtage. Dabei zeigte sich, daß die sonderbaren Regierungsbegründungen selbst auf der bürgerlichen Linken Widerspruch hervorriefen. Die nationalliberalen

Abgeordneten Merkel und Kleinhepfer wiesen besonders nach, daß die Gendarmen in Sachsen zu Erörterungen und Berichterstattungen verwendet würden, die besser von Gemeindeverwaltungen besorgt würden. Diese Praxis, Gendarmen zu allen möglichen Dingen zu verwenden, laufe auf eine Beschränkung der Gemeindeautonomie hinaus. Von Seiten des letztgenannten Abgeordneten, der Gemeindevorstand ist, war auch früher schon einmal betont worden, daß die regelmäßige Versammlungsüberwachung das überflüssigste von der Welt wäre. Würde man, so wurde weiter ausgeführt, die Gendarmen auf ihr eigentliches Tätigkeitsgebiet beschränken, hätte man deren genug. Dennoch stimmten diese nationalliberalen Herren für die Vermehrung! Der freisinnige Gantner wies unter anderem nach, daß die polizeiliche Überwachung von Versammlungen viel zu weit gehe. Besonders scharf ging Genosse Goldstein gegen die Gendarmenpolitik der Regierung zu Felde. Er hob hervor, daß die ausländischen Arbeiter von den Unternehmern als Streikbrecher ins Land gebracht und solche sogar beim staatlichen Bahnbau als billige Arbeitskräfte Verwendung finden, während die inländischen Arbeiter arbeitslos hungern müßten.

Der Minister v. Hohenthal wußte auf die sozialdemokratische Kritik nichts Rechtes zu erwidern. Aber die 19 neuen Gendarmen besam die Regierung doch bewilligt; nur Genosse Goldstein und die Freisinnigen stimmten dagegen.

### Vom Pluralwahlrecht.

Im „Tag“ knobeln allerlei ideologische Schwärmer aus, welche Gründe wohl für das Pluralwahlrecht und seine Einführung in Preußen geltend gemacht werden könnten. Diesmal ist es ein „Dr. jur. et rer. pol.“ Weis, der selbsterleuchtet mit den Begriffen umspringt. Kennzeichnend für den lapidaren Stil des Mannes ist sein Satz: „Man pflegt gemeinhin Einigkeit darüber zu herrschen, daß die Mehrstimmen an eine Dreierheit von Wählerklassen zu verteilen seien: an die Erfahrenen, die Gebildeten und die Besitzenden.“

Querst wird ein Professor Sunel glänzend widerlegt. Dieser Prof. Sunel beantragte nämlich „eine Wahlstimme mehr demjenigen, dessen Großvater oder Vater schon in demselben Berufe tätig war“. Der Doktor zweier Fakultäten widerlegt diesen Blödsinn damit, daß von zwei Proletariatsöhnen der eine sich „den Zugang zur Unbesitztheit“ erkämpfen könnte und dann nur eine Stimme hätte, im Gegensatz zum proletarisch gebliebenen Bruder. Der Doktor hat natürlich im Stillen vor allen Dingen erdogen, daß nach solchem System die meisten Proletarier, welche den Beruf ihres Vaters ergreifen, mehrere Stimmen haben würden. Diesen wahren Grund verschweigt aber der Mann selbstverständlich. Vielleicht schlägt jetzt Professor Sunel vor, die Ahnenreihe noch weiter hinauf zu verfolgen und für jeden Ahnen eine Stimme zu bewilligen. Damit würde der doppelte Doktor wohl eher einverstanden sein: Ein Proletarier besitzt keinen Stammbaum; aber alle adligen Nichtstuer und Schmarotzer, deren zwanzig oder dreißig Ahnen ja gleichfalls Nichtstuer und Schmarotzer waren, würden demnach zwanzig oder dreißig Stimmen auf sich vereinigen.

Als „inneren Grund jedes Pluralsystems“ führt der Dr. jur. et rer. pol. an: . . . „Auf die staatsverhaltende Gesinnung, auf die staatspolitische Einsicht sollen in Gestalt von Pluralstimmen Prämien gesetzt werden.“

Prämierung der „staatsverhaltenden“ Gesinnung ist ja begreiflich, und die brutale Offenheit, mit der sie verlangt wird, erachtet fast wohlthuend inmitten so vieler Heuchelei und Verlogenheit. Um so lauter aber muß das Geschwätz von der „staatspolitischen Einsicht“ erscheinen, die „in erster Reihe gerade die besitzenden Klassen“ aufzuweisen sollen. Warum? „Politische Bildung ist eben ein Anknüpfen der allgemeinen Bildung.“ Sicher doch! Sie, Herr Dr. jur. et rer. pol., sind ein lebendiges Beispiel dafür. Zwei Doktorhüte — und solch kindisches Gerede über politisches Verständnis!

### Oesterreich.

#### Die böhmischen Landtagswahlen.

Freitag, 27. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den Wahlen in der Städtekurie haben die Jungtschechen ihren bisherigen Bestand im wesentlichen behauptet. Die Deutschen haben das Mandat von Subweis an die Tschechen verloren. Die Christlich-sozialen erhielten trotz aller Anstrengungen nur ein einziges Mandat.

### Frankreich.

#### Gegen die Arbeiter.

Toulon, 28. Februar. Ein Konflikt zwischen dem Gemeinderat und der Arbeitsbörse ist hier ausgebrochen. Infolge dieses Konfliktes hat der Bürgermeister einen Polizeikommissar beauftragt, dem Sekretär der Arbeitsbörse mitzuteilen, daß er die Lokale, welche er in der Arbeitsbörse inne habe, innerhalb 48 Stunden räumen müsse. Der Verwaltungsrat der Arbeitsbörse weigerte sich jedoch, diese Maßnahme zu dulden und erklärte, nur der Gewalt weichen zu wollen.

### Belgien.

#### Der beschriebene König.

Brüssel, 28. Februar. Das Blatt „Patriote“ versichert, daß der König Leopold nicht nur die Auszahlung einer Summe von 100 Millionen zur Ausführung seiner Sanftenspläne verlange, sondern auch eine zweite Billiste im Betrage von 800.000 Franc, welche dem Kongobudget auferlegt werden solle. Diese neuen Forderungen des Königs seien die Ursache der letzten Verzögerung in der Einbringung der neuen Kongovorlage.

### Italien.

#### Der Religionsunterricht.

In der Kammer wurde Mittwoch der Antrag Bisolati über den Laiencharakter Schule weiter verhandelt. Sacchi erklärte, man könne den Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen selbst auf Verlangen der Familienväter nicht zulassen. Omitti verteidigte das von der Regierung in der Ministerratung vom 2. d. Mts. genehmigte allgemeine Reglement über den Volksschulunterricht, weil es unvereinbar mit freireligiösen Grundätzen sei. Den Religionsunterricht in den Schulen ganz zu verbieten, selbst wenn eine örtliche Majorität für das Verbot vorhanden wäre. Das Reglement besagt, daß die Gemeindeverwaltungen durch geeignete Lehrer oder andere Personen, deren Befähigung von der Schulbehörde anerkannt ist, für den Religionsunterricht derjenigen Schüler Sorge zu tragen haben, deren Eltern einen solchen Unterricht fordern. Wenn indessen die Majorität einer Gemeindeverwaltung von der Erteilung des Religionsunterrichtes nichts wissen will, so soll dieser Unterricht dennoch durch einen von der Behörde zugelassenen Lehrer erteilt werden können, falls Familienväter den Unterricht wünschen. Der Unterrichtsminister Rava hob hervor, daß die Volksschulen in Italien vollkommen Laiencharakter trügen und verteidigte das von der Regierung vorgeschlagene Reglement, das den Gemeinden völlige Freiheit

lasse und die Lehret von einer Unterrichtsart entlasse, die gegen ihr Gewissen verstoße.

Donnerstag sprach nach der Ministerratspräsidentschaft gegen den Antrag Bisolati. Der Antrag, der bezieht, in den Volksschulen Religionsunterricht irgend welcher Art zu erteilen, wurde gegen die Stimmen der äußersten Linken abgelehnt. —

### Portugal.

#### Wiederherstellung der Verfassung.

Lissabon, 28. Februar. Der Staatsrat gab in Uebereinstimmung mit der Resolution der Regierung seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Dekrete Franco über die Auflösung der Kammer, über die Reform der Pairskammer und über die Regelung der dem königlichen Hause aus dem Staatshaushalt gewährten Vorrechte für ungültig zu erklären seien. Ein neues Dekret löst die Deputiertenkammer den Bestimmungen der Verfassung gemäß auf und beruft die Wahlkollegien auf den 5. April zusammen. Die Freunde Franco werden sich an dem nächsten Wahlkampfe nicht beteiligen.

### England.

#### Gegen die Kongovoreil.

Im englischen Unterhause gelangte Mittwoch die Kongofrage zur Besprechung. Eine große Anzahl Redner verurteilte das bestehende System und forderte die Regierung auf, eine Aktion zur Befreiung der gegenwärtigen Verhältnisse einzuleiten. Staatssekretär Grey sagte, wenn das belgische Parlament seine Zustimmung dazu gebe, den Kongostaat zu übernehmen unter Bestimmungen, die dem Namen nach Belgien eine Verantwortlichkeit, aber ohne wirkliche Kontrolle übertrage, würde dies ein außerordentliches Unglück sein. Er glaube aber nicht, daß das belgische Parlament eine solche Verantwortlichkeit ohne völlige Kontrolle auf sich nehmen werde. Wenn die Mächte wünschten, mit England Hand in Hand zu gehen, so hätten sie nur einen solchen Wunsch zu äußern und man werde gern mit ihnen zusammenarbeiten. England werde indes eine besondere Aktion vorbereiten, wolle aber warten, bis man Klarheit darüber habe, daß Belgien daran gebe, den Kongostaat unter befriedigenden Bedingungen zu übernehmen. Wenn Belgien den Kongostaat nicht übernehme, so müsse man überlegen, ob Englands Zustimmung zu Einfuhrzöllen nach dem Kongostaat nicht unter falschen Vorwänden erlangt worden, und ob die ihm gestellten Bedingungen auch eingehalten seien, sowie ob der Kongostaat nicht jedes Recht zur internationalen Anerkennung verweigert habe.

Eine von Jones (radikal) eingebrachte und von Grey angenommene Resolution, welche die Verwaltung des Kongostaates aufs schärfste verurteilt und die Regierung ersucht, für eine Verringerung in derselben Sorge zu tragen, wurde hierauf einstimmig angenommen. —

### Gegen den Alkohol.

London, 27. Februar. Im Unterhause brachte der Kanzler der Schatzkammer Asquith das Gesetz über die Schankkonzessionen ein, das eine durchgreifende Reformmaßnahme bedeutet. Die Zahl der Schankkonzessionen in ganz England soll zwangsweise innerhalb eines bestimmten Zeitraums auf ein einheitliches Maß zurückgeführt werden, wobei ein Verhältnis der Schankkonzessionen zur Größe der Bevölkerung zugrunde gelegt und dieses Verhältnis nach dem Charakter des Bezirks verschieden festgesetzt wird. Asquith führte aus, daß nach seiner Schätzung durch das Gesetz etwa 30.000 Schankkonzessionen aufgehoben werden, für die innerhalb eines auf vierzehn Jahre bemessenen Zeitraumes eine Entschädigung gezahlt werden soll, und zwar aus Mitteln, die die Wähler der weiter bestehenden Konzessionen aufzubringen hätten. Das Gesetz bringt den Grundbesitz zur Geltung, daß den Gemeindeverwaltungen das Recht zur Bewilligung neuer Schankkonzessionen gewährt werden soll, und trifft zahlreiche Bestimmungen über die Schließung der Klubs an Sonntagen. Das Gesetz ist in erster Lesung angenommen worden. Die Liberalen und die Arbeiterpartei billigten im allgemeinen die Maßnahmen des Gesetzes, während die Konservativen einschließlich Balfour dagegen sprachen.

### Rußland.

#### Sieben Todesurteile.

Donnerstag fand die Verhandlung des Kriegsgerichts gegen die in der vorigen Woche wegen des geplanten Attentats auf Stolypin und den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch Verhafteten statt. Sieben der Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, unter ihnen der italienische Journalist Mario Galvino. Drei erhielten lebenslängliche Zwangsarbeit in Sibirien. Die römischen Journalisten unterzeichneten eine Petition an den italienischen Minister des Aeußeren, dahin vorstellig zu werden, daß Galvino begnadigt werde.

### Russische Pressefreiheit.

Petersburg, 28. Februar. Das Parteiorgan der Kadetten wurde, nachdem der Redakteur zu mehreren hohen Geldstrafen verurteilt worden war, nunmehr vollständig unterdrückt.

### Perrien.

#### Ein Attentat.

Teheran, 28. Februar. Heute nachmittag um 3 Uhr wurden von dem Tode eines in einer engen Straße gelegenen Hauses gegen den Schah, der sich nach Dohantapeh begab, wo er mehrere Tage verweilen wollte, zwei Bomben geschleudert. Die erste Bombe explodierte in der Luft. Die zweite erreichte den Boden beim Automobil des Schahs, tötete drei Vorreiter und verwundete den Chauffeur und ungefähr 20 andere Personen. Der Schah befand sich nicht im Automobil, sondern in einem Wagen, der in einiger Entfernung dahinter fuhr. Der Schah rief sofort aus seinem Wagen und begab sich in das nächstliegende Haus. Einige Augenblicke darauf begab er sich, von Wachen umgeben, nach dem Palais, wo er unverletzt eintraf. In dem Hause, von dessen Dach die Bomben geschleudert wurden, wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen, ebenso in den benachbarten Häusern. Bisher sind aber alle Nachforschungen ergebnislos geblieben.

### Marokko.

#### Verstärkung der französischen Expeditionstruppen.

Die französische Regierung hat noch bei der letzten Interpellation Jaurès' entschieden bestritten, daß sie Verstärkungen nach Casablanca zu schicken beabsichtige. In wenigen Tagen hat sie die Haltung gewechselt. Es ist klar, daß die Anfrage beim General d'Amade, ob er sich mit seinen sechzig Truppen stark genug fühle, seine Pläne auszuführen, nichts als die Aufforderung ist, Verstärkungen zu verlangen. Man ist denn auch überzeugt, daß der General Verstärkungen fordern wird. Unter den Radikalsocialisten, die sich vom Kabinett an der Nase herumgeführt sehen, wird behauptet, daß Clemenceau schon seit längerer Zeit beschloffen habe, die Zahl der französischen Truppen zu verstärken und daß der angelegte Telegramm-Austausch zwischen Paris und Casablanca nichts anderes als eine Komödie sei.

# Aus der Partei.

## Parteiliteratur.

Die Sozialdemokratie im Münchener Rathaus besittelt sich ein soeben im Verlage von G. Vitz u. Co. m. b. H. in München erscheinendes Handbuch für Gemeindevorstände (Preis 1,30 M.), das vom Sozialdemokratischen Verein München herausgegeben ist. Das Handbuch bietet allen in den Gemeinden wirkenden, sowie den sich für sozialdemokratische Gemeindepolitik interessierenden Genossen ein sehr reichhaltiges und übersichtlich geordnetes Material.

## Aus den Organisationen.

Der Wahlverein für den Wahlkreis Hamm-Sooest hielt am Sonntag seine Generalversammlung zu Heeren ab. Aus 80 Orten waren 65 Delegierte vertreten, außerdem waren anwesend der Landesvertrauensmann für Westfalen und je ein Vertreter der Geschäftsleitung und der Redaktion der „Arbeiterzeitung“ zu Dortmund. Der Bericht des Vorstandes ergab, daß die Zahl der Mitglieder seit zwei Jahren von 520 auf 1652 gewachsen ist. Die Einnahmen stiegen in der gleichen Zeit von 1000 M. auf 4800 M. Bei den Gemeinderatswahlen wurden in der dritten Abteilung sieben Sitze, in der zweiten Abteilung ein Sitz errungen bzw. behauptet. Ein Mandat ging verloren, für die Kandidaturen wurden 2240 Stimmen abgegeben. Die Abkommenszahl der „Gleichheit“ ist bedeutend gewachsen. Ebenso erstarkt sich die „Arbeiterzeitung“ steigender Verbreitung im Wahlkreise, in den letzten sechs Wochen ist die Zahl der Abonnenten um mehr als 400 gestiegen.

Unsere Toten. In Hamburg starb im Eppendorfer Krankenhaus der Genosse Ottomar Kueber. Aus Grund des Sozialistengesetzes wurde er in den 80er Jahren aus Hamburg ausgewiesen. In Magdeburg, wo er seine Arbeit für die Partei unerschrocken fortsetzte, wurde er in den Geheimbundprozessen des Jahres 1887 verurteilt und zu 6 Monaten und 8 Tagen Gefängnis verurteilt. Schwere Krankheit hat ihm das letzte Jahr seines Lebens verbittert. Zur Arbeit nahezu unfähig, ohne jeglichen Familienanhang, bei seiner Berufsausschließung, brachte er seine Tage im Verlehrslokal der Raler in Hamburg, dessen Wirt ihm in unheimlicher Weise Obdach bot. Mühselige Hände sorgten dafür, daß ihm das Nötigste wurde...

Ein Wahlsieg in Holland. Einen Wahlsieg errangen unsere Genossen am Dienstag in der unweit Amsterdam gelegenen Hafenstadt Jaandam. Der Genosse Klaas Prins wurde in der Stichwahl um einen Gemeinderatsitz mit 348 Stimmen gegen den auch von liberalen Stimmen unterstützten „christlichen“ Antirevolutionär gewählt. Der 318 Stimmen erhielt. Es ist dies das zweite sozialdemokratische Gemeinderatsmitglied, das die noch vor einigen Jahren von den Anarchisten gänzlich verdrängte, nunmehr aber zum Klassenbewußtsein erwachende Arbeiterbewegung in den Staatsrat entsendet.

Der sozialdemokratische Jugendverband Schwedens gewinnt immer mehr an Ausdehnung und innerer Kraft. Sein Zentralvorstand, bestehend aus Vertretern aller Ortsabteilungen („Klubs“), hielt im Volksstube zu Malmö vor einigen Tagen seine allgemeine Sitzung ab. Dem Bericht des Verbandsauschusses ist zu entnehmen, daß im Jahre 1907 samt Januar und Februar 1908 nicht weniger als 18 Agitationstouren mit im ganzen ungefähr 600 Versammlungen veranstaltet wurden. In den 7 Monaten von August 1907 bis Februar 1908 sind 125 neue Jugendklubs gebildet worden. In demselben Zeitraum gab der Verband neun Broschüren in zusammen 168 000 Exemplaren sowie 5 Bücher in 24 000 Exemplaren heraus. Innerhalb der verschiedenen Klubs sind ungefähr 100 Studiengruppen tätig und 27 Wanderbibliotheken werden von Ort zu Ort geschickt. Der Verband besitzt jetzt aus 400 Klubs mit 18 000 Mitgliedern, außerdem fünf jedoch an mehreren Orten noch sozialdemokratische Jugendklubs vorhanden, die sich dem Verband bis jetzt nicht angeschlossen haben. — Das Verbandsorgan „Fram“ („Vorwärts“), das bisher monatlich erschien, soll in Zukunft als Wochenchrift herausgegeben werden. Ferner wurde beschlossen, den Genossen J. Höglund als besoldeten Vertreter des Verbandes anzustellen. Ueber einen Vorschlag, den Sitz des Verbandes von Malmö nach Stockholm zu verlegen, wird eine Abstimmung entschieden. Im nächsten Jahre wird sich der Zentralvorstand mit der Frage der Errichtung einer eigenen Druckerei des Verbandes befassen.

## Russische Volkvertreter im Gefängnis.

Die zu Zwangsarbeit und Deportation verurteilten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma befinden sich gegenwärtig noch im Petersburger Untersuchungsgefängnis. In den nächsten Tagen steht ihre Ueberführung nach der russischen Wajtsche — der Schlüsselburger Festung — bevor. Die Gefangenen der meisten hat stark gelitten. Besonders schlecht steht es mit den Genossen Lomatidze, Jeretelli, Schaparidze und Judin. Ersterer leidet an hochgradiger Schwindsucht und kann sich nur mit Unterstützung der Gefängniswärter fortbewegen. Als „besondere Gnade“ wird ihm gestattet, „bis auf weiteres“ im Untersuchungsgefängnis zu bleiben.

## Von der sozialistischen Partei in den Vereinigten Staaten.

Die erste Tageszeitung der sozialistischen Partei in englischer Sprache, „Daily Call“, die in New York herausgegeben werden soll, wird am 1. Mai erscheinen, wie endgültig angekündigt worden ist. („Daily People“ erscheint zwar schon seit Jahren, gehört aber der Sozialistischen Arbeiter-Partei.) Für den „Daily Call“ sind 20 000 Dollar gesammelt worden. Für eine Sechsmaschinen-Druckerei wurden 11 000 Dollar ausgegeben, so daß noch 9000 Dollar zur Verfügung stehen. Dazu kommt, daß sich 4000 Genossen schriftlich zu bestimmten Beiträgen verpflichtet haben, sobald die erste Nummer erschienen ist. Dann hofft man auf guten Ertrag von Arbeiterfesten, die vom 1. bis 10. Mai zum Besten der Zeitung veranstaltet werden. — Die Beiträge zur Parteikassee mehrten sich in erfreulicher Weise. Dies wird am sichersten durch einen Vergleich der in dem Monat Januar während der letzten drei Jahre eingegangenen Beiträge für Parteimarken gezeigt. Es gingen für Parteimarken ein: Januar 1906: 1153,60 Dollar, 1907: 1591,95 Dollar, 1908: 1885 Dollar. Der abgeschlossene Monat zeigt damit nicht nur eine Einnahmesteigerung über die vorhergehenden Januarmonate, sondern über alle vorangegangenen Monate, selbst über den bisherigen Rekordmonat Oktober 1907.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die verfolgte Tendenz. Aus Halle a. S. berichtet man: Genosse Leopold vom Halleischen „Volksblatt“ war vor der Strafkammer angeklagt, den Unteroffizier Schühlatz vom 153. Regiment in Alenburg beleidigt zu haben. Der Russetier Meuschke, der als ein guter Soldat bekannt war, hatte sich eines Tages bei dem Bojonnetergeräten an dem Unteroffizier vergriffen. Die Folge davon war, daß er in die Arrestzelle kam und sich Anfang Dezember an seinem Taktentuch erhängte. Dadurch entstand der Verdacht, Meuschke sei von dem Unteroffizier gepeinigt worden, was bekanntlich nie vorkommen soll. Tatsächlich war aber der Unteroffizier an dem Vorfall unschuldig. Nicht nur die sozialdemokratische, sondern auch die bürgerliche Presse verlangte eine strenge Untersuchung des Falles. Und da stellte sich dann heraus, daß der Russetier den Angriff gegen den Unteroffizier infolge krankhafter Veranlagung unternommen hat. Im „Halleischen Volksblatt“ war aber vor Klarstellung des Falles angedeutet worden, Meuschke werde wohl gepeinigt und ein Opfer des Militarismus sein. Einer Verächtlichmachung des Generalkommandos wurde aber sofort Raum gegeben. Mehr als eigenartig im Gericht berührte das Auftreten des jungen Oberst Dampiera, der mit Pathos erklärte: „Ich glaube, Meuschke ist ein Opfer der Verheerung geworden.“

Keinen Beweis habe ich dafür allerdings nicht. Daß Meuschke verheert worden ist, ist aber meine Ueberzeugung und die Ueberzeugung der anderen Vorgesetzten. Sämtliche Vorgesetzte und auch die Kameraden bezeichneten Meuschke als einen willigen, guten Soldaten und der Vater erklärte, er habe seinen Sohn den Rat erteilt, er solle nur seine Sache machen und folgen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Leopold sechs Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Herzfeld-Berlin bezog den Antrag als ungeheuerlich und unerhört. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis mit dem Hinweis, die Tendenz des „Volksblattes“ werde systematisch verheert.

Strafentscheid der Presse. Vor dem Schöffengericht Charlottenburg wurde am Freitag der Genosse Gruber von der „Münchener Post“ auf die Privatseite des belannten national-liberalen Volkstifters Prof. Leidig hin wegen Verleumdung zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Es handelt sich um dasselbe „Delikt“ gegen Leidigs Ehre, wegen dessen Genosse Berner von der „Brandenburger Zeitung“ jüngst von demselben Gericht zu derselben Strafe verurteilt wurde.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter der Englischen Gasanstalten nahmen Stellung zu der Ablehnung der Ende Januar d. J. eingereichten Forderungen auf Arbeitszeitverkürzung und auf Einführung von Wochenlöhnen unter einer durchschnittlichen Erhöhung der letzteren um 10—12 Proz. durch die einzelnen Direktionen. Die der Reserent Verbandsbevollmächtigter Polenski ausführte, habe man die Ablehnung in der Hauptsache damit begründet, daß bei der äußerst schlechten Konjunktur genügende und dazu billigere Arbeitskräfte zu erhalten wären. Die Versammelten protestierten gegen diese ablehnende Haltung der Direktionen und erklärten, nur in Rücksicht auf die gegenwärtige wirtschaftliche Depression von einem sofortigen härteren Vorgehen abzusehen.

### Vereinigung der Zimmerer Deutschlands!

Wir machen noch einmal darauf aufmerksam, daß alle diejenigen welche gewillt sind, die Einigung in unserem Beruf zu vollziehen, ihre Bücher unverzüglich zum Zweck der Umschreibung abzugeben haben. Die Beiträge müssen bis zum 1. Februar entrichtet sein, wer arbeitslos oder krank war, erhält frei abgestempelt. Vom 1. Februar bis 1. März werden keine Beiträge gezahlt. Bücher werden im Bureau der Geschäftsleitung Dragonerstr. 15, Hofparterre, entgegen genommen. Da einigen Kameraden, welche sich abmelden wollten, die Beiträge noch über die vereinbarte Zeit abgefordert wurden, können die restierenden Beiträge dort ebenfalls entrichtet werden.

In den Zahlstellen werden jeden Sonntag vormittag Kameraden angewiesen sein, welche die Bücher in Empfang nehmen. Außerdem können dieselben in deren Wohnung abgegeben werden und zwar für Zahlstelle:

2. Wilhelm Neuschläger, Große Frankfurterstr. 95.
- Gustav Krüger, Pankowstr. 44, v. III.
- 2a. Otto Meyer, Wanteuffelstr. 114, Seitenfl. part.
3. Ernst Starke, Adalbertstr. 84, v. III.
4. Wilhelm Köfde, Arndtstr. 41, Hof part.
5. Westen: Max Lehmann, Bauhenerstr. 3, Duergeb. III.
- Schöneberg: Wilhelm Schäfer, Merseburgerstr. 6.
6. Wilhelm Schmidt, Swinemünderstr. 55, v. I.
7. Ernst Gung, Pankowallee 7, v. II.
8. Emil Rankau, Neue Hohestr. 11, v. III.
9. Ferdinand Labigte, Pappel-Allee 84, Seitenfl. II.
10. Jonny Hinrichsen, W. Schaperstr. 31.
11. Stephan Schöps, Gohlswaldstr. 36, v. IV.
12. Wilhelm Vensch, Kopenhagenerstr. 73, Duergeb. I.
13. Ludwig Berneder, Weihensee, Schönstr. 1.
14. Jonny Hinrichsen, W. Schaperstr. 31.
16. Bruno Viermarks, Niddorf, Hermannstr. 120.
17. Heinrich Vorstelmann, Lichtenberg, Verlängerung Lessingstr. 12.
18. Gottfried Böring, Friedenau, Fehlerstr. 1.
19. Julius Wälsch, Schöneberg, Hauffstr. 5.
21. Otto Jädel, Zehlendorf, Alsenstr. 56.
22. Hermann Kirbis, Auglerstr. 11, Seitenfl. III.

Kameraden! Angesichts des planvollen Vorgehens des Unternehmertums müssen alle persönlichen Momente beiseite geschoben werden. Wir werden schwere wirtschaftliche Kämpfe zu führen haben, nicht nur zur Abwehr weiterer Verschlechterungen und Lohnreduzierungen, sondern auch für die Behauptung unserer Organisation. Sorgt dafür, daß wir dem gemeinen Unternehmertum eine geeinigte und kraftvolle Zimmererorganisation gegenüberstellen können, damit die Pläne der Scharfmacher zunichte gemacht werden können.

Die Geschäftsleitung. Der Ausschuß.

## Deutsches Reich.

### Unternehmer-Annoyance.

Von „ihren“ Zuschneidern verlangen die Stettiner Konfektionäre, daß bei Lösung des Arbeitsverhältnisses die während desselben gefertigten Schnittmuster in den Besitz des Arbeitgebers übergehen sollen. Gegen derartige Ausbeutungsgelüste wehren sich natürlich die Zuschneider entschieden. In einer großen Versammlung erklärten sie sich bereit, dem Schneiderverband beizutreten. Heute sind nämlich die meisten Zuschneider noch in verschiedenen Bergnützlichkeitsvereinen zerstreut. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dürfte es in der Stettiner Konfektion bald wieder zu Kämpfen kommen. Auch die Zuschneidervereine rüsten sich zu neuem Kampf. Am 1. April läuft nämlich der bisherige Tarif ab, nachdem er kürzlich gekündigt worden ist und vorläufig Aussicht auf Abschluß eines neuen Arbeitsvertrages nicht besteht.

### Folgen der Krise oder der Scharfmacherei?

Infolge Mangel an Absatz hat die Zementfabrik Wodejuch-Pinkenwalde 120 Arbeiter entlassen. Dieselben sind fast sämtlich organisiert und teilweise bereits 25—30 Jahre auf dem Werke tätig. Aufsehend hat die mehrwöchige Aussperrung, die im Vorjahre von der Firma über sämtliche Arbeiter verhängt wurde, ungünstig auf die Absatzverhältnisse eingewirkt.

Ohne Kampf hat der Verband der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen in Liegnitz mit Hilfe des Gauleiters Clement beachtenswerte Erfolge erzielt. Bei sechs Firmen erhielten die Arbeiter eine Lohnzulage von 10—15 Proz., so daß sie jetzt einen Minimallohn von 4,75 M. fürs Taufend haben; auch den Wickelmachern wurden Lohnzulagen von 10—20 Proz. zugesprochen.

Die Maschinisten und Heizer des Rheinstroms sind bei den Duisburger, Ruhrortter und Wülheimer Firmen in eine Lohnbewegung eingetreten. In dem vom Zentralverband eingereichten Tarif wird unter anderem gefordert: 2 M. Lohnreduzierung pro Woche, achtstündige statt der jetzigen sechsstündigen Nachtruhe, Verzählung der Ueberstunden mit 70 Pf. bis 1 M. pro Stunde, Sonntagsarbeit an freien Tagen gilt als Ueberstundenarbeit und ist mit weiteren 50 Proz. Zuschlag zu bezahlen; endlich wird alle drei Wochen ein freier Samstag gefordert.

Kabazu 90 Proz. der in Betracht kommenden Arbeiter sind organisiert. Sie haben bereits bei der Lohnbewegung im vorigen Jahre bewiesen, daß sie Disziplin zu halten und geschlossen zu kämpfen wissen, wenn das nötig werden sollte.

## Ausland.

### Das Antistreibgesetz des Kantons Zürich.

Zürich, 26. Februar. (Eig. Ber.) Nach dem Zürich! Der Kanton Bern hat am Dienstag in der Volksabstimmung ein Streikbrechergesetz beschlossen und der Züricher Kantonsrat hat gestern ebenfalls nach viertägigen Debatten ein solches mit 142 gegen 58 Stimmen beschlossen, zu dem die Initiative, wie früher schon, von dem reaktionären Züricher Bürgerverband ausging. Das Gesetz ist eine Novelle zum Strafgesetz, von dem verschiedene Paragraphen bedeutend verschlechtert und verschärft wurden. Die Novelle lautet (wobei die Verschlechterungen durch gesperrte Schrift hervorgehoben sind):

### I.

§ 70. Wer vorsätzlich zur Verhinderung einer durch das Strafgesetzbuch mit Zuchthaus oder Arbeitshaus bedrohten Handlung oder zum Vergehen der Widerlegung gegen amtliche Verfügungen öffentlich auffordert, soll, auch wenn die Aufforderung keine Folgen hatte, zu Gefängnis bis zu einem Jahr mit oder ohne Geldbuße oder nur zu der letzteren allein verurteilt werden. (Im Strafgesetz ist nur von Aufruf die Rede.)

§ 221. Ein öffentlicher Beamter oder Bediensteter, welcher seiner Amts- oder Dienstpflicht zuwiderhandelt, um sich oder einem andern einen rechtswidrigen Vorteil zu verschaffen oder jemandem einen Schaden zuzufügen, macht sich des Vergehens der Amts- oder Dienstpflichtverletzung schuldig.

Des gleichen Vergehens machen sich schuldig Angestellte und Arbeiter, welche die Pflicht übernommen haben, öffentliche Betriebe von Staat und Gemeinden zu bedienen, wenn sie vorsätzlich und rechtswidrig ihrer Dienstpflicht zuwiderhandeln und dadurch Leib und Leben von Personen oder wertvolles öffentliches oder privates Gut gefährden.

§ 225. Die Strafe besteht in Einstellung im Amte, in Gefängnis oder Buße bis zu 1000 Fr. In den schwersten Fällen kann auf Amtsentsetzung beziehungsweise Entlassung aus dem Dienste, in ganz geringen Fällen auf bloße Buße erkannt werden.

### II.

§ 87. Wer in die Wohnung, in die dazu gehörende Umgehung, in den Geschäftsraum, Werkplatz oder Bauplatz eines andern widerrechtlich eindringt, oder trotz der Aufforderung, sich zu entfernen, darin verweilt, oder wer an solchen Orten Gewalt an Personen oder Eigentum, ohne dazu berechtigt zu sein, ausübt, wird wegen Störung des Hausfriedens mit Gefängnis oder Buße bestraft.

§ 154. Wer entweder ohne Recht oder mit Ueberschreitung der Grenzen seines Rechtes durch körperliche Gewalt oder Drohungen jemanden zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zwingt, soll, insofern die Tat nicht unter eine andere Strafbestimmung fällt, wegen Nötigung mit Gefängnis verbunden mit Buße bis zu 2000 Franken, oder mit der letzteren allein bestraft werden.

Derselben Strafe unterliegt, wer rechtswidrig oder mit Ueberschreitung seines Rechtes, durch körperliche Gewalt, Drohung oder ernstliche Verlesung jemanden von der Ausübung seines Berufes abhält oder abzuhalten sucht.

Die perfideste und hinterhältigste Verschlechterung ist die „ernstliche Verlesung“ in dem neuen Zusatz zum § 154. Die Bourgeoisrichter in den Städten und die herrenhauerlichen Richter auf dem Lande haben hier einen so weiten Spielraum, daß sie ihren Haß ungezügelt und unbegrenzt betätigen können. Den Zusatz verleiht nämlich in der Spezialdebatte wie vorher schon in der Generaldebatte der demokratische Oberrichter Dr. Strauß, der sonst bei den Bürgerlichen großes Ansehen genießt, ebenso erfolglos wie eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Redner.

Erfolglos waren auch die Bemühungen unserer Genossen, dem obigen neuen Zusatz noch einen weiteren zum Schutze des Vereins- und Streikrechts der Arbeiter anzuhängen. Ihr Antrag lautet:

„Mit der gleichen Strafe wird belegt der Arbeitgeber, der durch Anwendung körperlicher Gewalt, Verleumdung, erhebliche Verleumdung, Drohungen, insbesondere durch Drohung mit Nichtanstellung oder Entlassung, mit Verurteilung Arbeiter bestimmt oder zu bestimmen sucht, Vereinigungen, deren Zweck in der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen besteht, nicht beizutreten oder aus solchen Vereinigungen auszutreten, oder es den Arbeitern, weil sie an solchen Verbindungen oder an Streiks und Lohnbewegungen teilgenommen haben, durch irgendwelche Mittel erschwert oder zu erschweren sucht, Arbeit zu finden.“

In wenigen Monaten wird über dieses neue Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter eine Volksabstimmung stattfinden, in der seine Annahme durchaus nicht sicher ist.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Das russische Polizeigesetz.

Petersburg, 28. Februar. (B. L. B.) Reichsduma. In der heutigen Sitzung wurde über eine von 41 Abgeordneten, Kadetten und Okzobristen, eingebrachte Interpellation an den Ministerpräsidenten wegen der ungeschicklichen Handlungsweise der Sicherheitspolizei in Wilna verhandelt. Die Polizei hatte, wie vom Militärgericht festgestellt worden ist, zum Zwecke der Provokation revolutionäre Literatur eingeschmuggelt und die Grenzwaache bestochen.

### Die kroatische Opposition.

Agram, 28. Februar. (B. L. B.) Die kroatischen Landtagswahlen zeigen ein Anwachsen der oppositionellen Koalition, die von 88 Mandaten bisher 44 errungen hat. Seitens der kroatischen Landesregierung wird erklärt, das Wahlergebnis sei nicht überraschend und dürfte zu einer neuerlichen Auflösung des Landtags führen. (!)

### Bergmanns Tod.

Larebo (Lagos), 28. Februar. (Auf deutsch-afrikanischem Kabel.) Nach den letzten Meldungen wird die Zahl der bei dem Minenunglück in Kostia in Mexiko Umgekommenen auf vierzig bis neunzig angegeben.

### Am Sturmgerät.

Stettin, 28. Februar. (B. L. B.) Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich vorgestern nachmittags auf dem hiesigen Landübungsplatz des Pionierbataillons beim Ueben mit dem Sturmgerät. Am Sturmübungsgerät stürzte ein Gefreiter der 2. Kompanie ab und brach sich die Halswirbelsäule, so daß er auf der Stelle tot war. Die Leiche wurde alsbald nach dem Garnison-Lazarett gebracht.

### Die Lucca.

Wien, 28. Februar. (B. L. B.) Die Kammerfräulein Pauline Lucca ist heute gestorben.

Reichstag.

111. Sitzung, Freitag, 28. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg. Der Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission, die Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Schefbed (Z.) als Zeuge in einem Privatklagenverfahren an Gerichtsstelle zu verneinen nicht zu erteilen, wird debattellos angenommen.

Auf Antrag des Abg. Geld (natl.) hat die Geschäftsordnungs-Kommission beantragt, die Genehmigung zur Erteilung eines Strafverfahrens gegen ihn zu erteilen.

Der Reichstag erhebt diesen Antrag debattellos zum Beschluß. Es folgt die Fortsetzung der ersten Beratung eines Gesetzes betr. die Abänderung der Gewerbeordnung (kleiner Befähigungsnachweis).

Abg. Mallewitsch (L.) verwahrt sich dagegen, der nationalliberalen Partei gestern Mangel an Handwerkerfreundlichkeit vorgeworfen zu haben. Der Abg. Lehmann hat mir vorgeworfen, ich habe die Meisterprüfung nicht gemacht. Das ist richtig; ich habe die Prüfung ebensowenig wie der frühere sozialdemokratische Abgeordnete Herbst diese Prüfung gemacht, und zwar deswegen, weil im Buchdruckgewerbe der Meisterbrief nicht existiert.

Abg. Gans (frz. Rpt.): Die Fassung des Entwurfs befriedigt uns in allen Einzelheiten nicht. Wir hoffen jedoch, daß er nach der Kommissionsberatung eine Fassung erhält, der wir werden zustimmen können.

Abg. Ullrich (Z.) bringt einzelne Handwerkerwünsche vor und polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Albrecht. Nicht von Lehrlingszuchterei könne man sprechen, in der Tischlerei z. B. herrsche vielmehr ein Lehrlingsmangel.

Abg. Bindewald (Antiz.): Wir halten daran fest, daß dem kleinen Befähigungsnachweis der große folgen muß. Dann wendet sich der Redner polemisierend gegen einige Ausführungen, die gestern die Abgeordneten Albrecht und Lehmann gemacht haben.

Abg. Schefbed (Z.) behauptet, daß man den niederbayerischen Handwerkern Lehrlingszuchterei nicht vorwerfen dürfe. Der Abg. Lehmann hat gesagt, daß im Bädergewerbe jeder Geselle im Durchschnitt nach 7 Jahren den Beruf schon verlässe. Ja, woher kommt denn diese Lehrlingszuchterei im Bädergewerbe? Weil die Bäder infolge des Kinderschutzgesetzes jetzt mehr Lehrlinge gebrauchen als früher. (Hört! Hört! v. d. Soz.) Damit schließt die Diskussion.

Der Gesetzentwurf wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betr. die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit in Verbindung mit der ersten Beratung des Gesetzes betr. die Abänderung der Gewerbeordnung und der ersten Beratung zweier internationaler Abkommen über das Verbot der Nachtarbeit der gewerblichen Arbeiterinnen und über das Verbot der Verwendung von weissem (gelbem) Phosphor zur Anfertigung von Zündhölzern.

Der erste Gesetzentwurf enthält Bestimmungen über die Arbeitsräume, in denen Zigarren in der Hausindustrie hergestellt werden dürfen, über die Beschäftigung von Kindern und jungen Leuten in diesem Zweige der Hausindustrie, sowie über die Kontrolle und Aufsicht, ferner Strafbestimmungen, die Strafen bis zu 2000 M. für die Beschäftigung von fremden Kindern, bis zu 150 M. bei der Beschäftigung der eigenen Kinder unter 12 Jahren festsetzen. Bei der gewohnheitsmäßigen Verwendung von Kindern werden Gefängnisstrafen bis zu 6 Monaten festgesetzt.

Die Novelle zur Gewerbeordnung sieht eine anderweitige Fassung der Bestimmungen über die Ausstellung von Zeugnissen für gewerbliche Arbeiter und eine Ergänzung der Bestimmungen über die Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln vor, ferner Abänderungen der Bestimmungen über die Verpflichtung zum Besuche von Fortbildungsschulen, sowie Erweiterungen der Ermächtigung des Bundesrats zur Bekämpfung der aus den übermäßigen Arbeitszeiten herrührenden Gefahren. Weiter enthält er Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse der Werkmeister, Techniker usw., ferner Bestimmungen über die Herabsetzung der elftägigen Dauer und Vorschriften über die Einführung einer elftägigen ununterbrochenen Nachtruhe für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. Schließlich werden die Arbeitsverhältnisse in der Hausarbeit geregelt.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Die Uebersichtlichkeit unseres Gewerberechts wird durch den neuen Entwurf nicht besser, das gebe ich zu, und ich verhoffe den gestern geäußerten Wunsch nach einer Vereinheitlichung unseres Gewerberechts. Es wurde von der neuen Novelle zur Gewerbe-

ordnung gesagt, sie bilde einen Blick auf dem alten Kleide. Um in diesem Sinne zu bleiben, möchte ich das zu bekleidende Wesen mit einem jungen Menschen in den Jahren seines Wachsstums vergleichen, der beständig aus seinen Kleidern herauswächst und immer neue Kleider auf dem Anzug braucht, um seine Wölfe zu decken. — Ich will nicht auf Einzelheiten des Entwurfs eingehen, sondern nur einige Bemerkungen zu dem letzten Teil der Novelle machen, welche neue Vorschriften über die Heim- und Hausarbeit enthält. Das Interesse an der Hausarbeit redet sich nicht allein schon aus der großen Zahl der darin Beschäftigten. Nach der Berufszählung von 1895 waren allein in der Textilindustrie 195 000 Personen in der Heimindustrie beschäftigt, darunter 140 000 Kinder, im ganzen waren 428 000 Personen in der Hausindustrie beschäftigt, und die Zahlen sind wohl noch niedriger als sie in Wirklichkeit waren, und in der Zwischenzeit sind sie nicht geringer geworden. Welche Bedeutung die Hausindustrie hat, zeigt der Umstand, daß allein in der Konfektion darin für 300 Millionen Mark Werte jährlich hergestellt werden. Hinzukommt, daß sie fast über ganz Deutschland ausgebreitet ist und den wirtschaftlichen Charakter einzelner Landstriche vollkommen beherrscht. Ferner kommt hinzu, daß die allerwertvollsten Klassen in der Hausindustrie beschäftigt sind, von den Kunstleuten bis zu denen, die einen Lebensdienst darin suchen. Am lebhaftesten ist das Interesse für die Hausindustrie wohlgerufen durch die Mütter, welche in familiärer und sittlicher Beziehung in ihr herrschen. Hier sucht die Novelle durch Uebertragung von Schutzvorschriften auf die Hausindustrie Besserung zu schaffen. In der Kritik, die in der Presse einsetzte, hat man die Vorsicht getadelt, mit der die verbündeten Regierungen vorgegangen sind. Einerseits fordert man energische Maßnahmen, andererseits aber will man nicht erkennen, daß auch der Kerne den Wunsch hat, in seiner Häuslichkeit frei zu schalten und zu walten ohne polizeiliche Eingriffe. Von dem Abg. Mollenhuth ist in einem Artikel der „Neuen Zeit“ auch der Vorwurf erhoben worden, der Entwurf der Regierung brächte gar nichts. Er führt aus, daß alle Vorschriften, die wir über die Heimarbeit bringen, einen Rückschritt bedeuten, weil schon nach dem geltenden Recht die Bestimmungen der §§ 120a bis e auf Hausarbeiter im Sinne des Entwurfs Anwendung finden. Das beruht auf einer mißverständlichen Auffassung des § 120a. Seine Bestimmungen finden nur auf diejenigen Arbeiter Anwendung, bezüglich deren ein Arbeitsverhältnis zwischen Arbeiter und Betrieb unternehmer besteht, nicht aber auf diejenigen Fälle, bei denen nicht auf Grund eines Vertragsverhältnisses die Beschäftigung von Familienangehörigen stattfindet. Gerade auf diesen Teil des Familienbetriebes in der Hausindustrie erstrecken sich aber im wesentlichen die Bestimmungen der neuen Novelle. Ich bemerke dabei, daß ungefähr die Hälfte aller Hausindustrie sich in dieser Form in Familienbetriebe abspielt. — Mit diesen Bemerkungen will ich schließen und nur noch hinzufügen, daß die Novelle betr. die Herstellung von Zigarren in der Hausindustrie mit der Gewerbenovelle zugleich vorliegt, hat wesentlich einen historischen Grund. Die erste Novelle ist schon seit einem Jahre fertig, während die zweite Novelle erst im Herbst eingebracht werden konnte. Ich halte es nicht für unmöglich, beide Novellen in eine zusammenzuarbeiten. In der Kommission, an welche die Novellen ja wohl verwiesen werden, wird die Regierung gern mitarbeiten. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Pieper (Z.): Die Vorlage bewegt sich in der Richtung der zahlreichen Anträge, die von meiner Fraktion seit Jahren gestellt sind. Wir begrüßen sie daher trotz mancherlei Ausstellungen, die wir im einzelnen zu machen haben. So wünschen wir Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen auf das Handwerk; die Meister sollten sich nicht dem Vorwurf aussetzen, sie wollen nur Schutz für sich, nicht auch für Gesellen. Ferner vermissen wir die obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen die um so notwendiger sind, als bekanntlich nach dem Willen der Regierung die Arbeiterkammern auf den Arbeiterausschüssen basieren sollen. Ferner vermissen wir die Heraushebung des Schutzes für Wöchnerinnen auf vielleicht acht Wochen. Ich komme nun zu dem wichtigsten, der Heimarbeit. Die Bestimmungen, die für die Hausarbeit getroffen werden, müssen auch auf die Werkstattarbeit ausgedehnt werden. Redner macht noch eine Reihe von Wünschen, die über die Vorlage hinausgehen, geltend, bleibt aber im einzelnen auf der Kritik unverständlich. Er beantragt schließlich die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Wir hoffen, daß die wichtigsten Wünsche der Arbeiter — alle Gewerkschaften, auch die sozialdemokratischen, zeigen ein reges Interesse für diese Vorlagen — in Erfüllung gehen werden. Ein großer Teil der Forderungen, die hier erfüllt werden sollen, sind schon eingeholt durch die wirtschaftliche Entwicklung. Man hat gesagt: wir bedürfen nicht der Sozialdemokratie, um Sozialpolitik zu treiben. Hier ist in der Tat eine Gelegenheit, moralische Eroberungen bei den Arbeitern zu machen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Sielermann (L.) begrüßt die Vorlage, die sowohl im Interesse der Arbeiter liege wie auch den Wünschen der Arbeitgeber entspreche. Das Wichtigste ist für uns, die Einführung des zehntägigen Maximalarbeitstages für Arbeiterinnen und die Unterstellung der Heimarbeiter unter die Gewerbeordnung. In sehr darf die Heimarbeit aber nicht erschwert werden. Die Einzelheiten der Vorlage werden in der Kommission zu prüfen sein.

Abg. Frhr. v. Herrnsheim (natl.): Wir begrüßen die Vorlage mit besonderer Genugtuung, da wir seit 1896 die hier erfüllten Forderungen vertreten haben. Ich hoffe, daß sowohl die Arbeiter wie die Industriellen mit Dankbarkeit die vom Reichstag geleistete sozialpolitische Arbeit begrüßen werden, mit der wir an der Spitze aller Nationen marschieren. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) In der Bewährung des Abgangszeugnisses schon bei der Kündigung liegt zweifellos ein großer Vorteil für die Arbeiter. Die grundlegende Bestimmung der Gesetze ist, daß die Fabrikgesetze ausgedehnt werden auf alle Werkstätten mit mindestens 20 Arbeitern. In der Schweiz sind sogar alle Betriebe mit zwei Arbeitern der Fabrikgesetzgebung unterstellt. Mit besonderer Freude begrüßen wir die Beschränkung der Arbeitszeit. Alle mit der Verkürzung der Arbeitszeit gemachten Versuche können und nur ermutigen, auf diesem Wege fortzuschreiten. Wir vermissen in dem Gesetzentwurf ein Verbot der Mitgabe der nicht fertigen Arbeit nach Hause; wir stimmen in diesem Punkt mit den Sozialdemokraten und den Christen überein, daß hierin gerade die größte Ausbesserung stattfindet. Wir vermissen ferner die Ausdehnung des Verbotes der Nachtarbeit auf alle Arbeiter unter 18 Jahre; wir vermissen ferner eine Ausdehnung des Schutzes der Wöchnerinnen, vor allem aber vermissen wir die Ausdehnung der Versicherungs-gesetzgebung auf die Heimarbeiter. Im ganzen jedoch begrüßen wir den Entwurf als einen wesentlichen Fortschritt bei dem großen Kulturwerk des Arbeiterschutzes. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Mollenhuth (Soz.):

In das unbedingte Lob, welches die Vorredner den verbündeten Regierungen dafür gespendet haben, daß sie diese Vorlage gebracht haben, kann ich für meinen Teil nicht einstimmen. Nicht etwa deshalb, weil ich überhaupt keine Novelle gewollt hätte, sondern weil nach meiner Auffassung etwas ganz anderes geboten werden müßte, um selbst den bescheidensten Anforderungen der Arbeiter zu genügen. (Wachen rechts.) Daß aber überhaupt in der gegenwärtigen Session etwas für die Arbeiter geschehen wird, glaube ich nicht, weil ja der letzte Wahlkampf unter dem Zeichen des Kampfes gegen die Sozialdemokratie geführt worden ist. Nun wird der Kampf gegen die Sozialdemokratie doch nicht etwa deshalb geführt, weil wir in philosophischen oder historischen oder ökonomischen Auffassungen von den anderen Leuten abweichen, sondern lediglich wegen unserer Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Darin sieht man eine Gefährdung der Interessen der anderen Klasse. (Lebhaftes Obol! und Unruhe rechts und unter den Freisinnigen, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich kann meine Auffassung leicht mit Tatsachen belegen. Die gegenwärtige Politik soll ja nach den Wünschen des Reichstages lediglich eine Blockpolitik sein, also eine Politik, welche die Konservativen, die Nationalliberalen, die Freisinnigen und die Antisemiten umfaßt. Am 30. November sagte der Herr Reichstagskanzler hier, wir müssen uns vor allen Dingen vor Augen halten, was möglich ist, was die Blockpolitik will und soll. Es kann nicht die Rede davon sein, daß die Konservativen über Nacht liberal und die Liberalen über Nacht konservativ werden. Konservativ und Liberaler werden ihre Weltanschauung behalten, es müssen also die Fragen zurückgestellt werden, über welche eine Verständigung in absehbarer Zeit nicht möglich ist. Wenn das aber geschehen soll, so kann es eine Sozialpolitik nicht geben. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herrscher ist jetzt zweifellos der „Zentralverband der deutschen Industriellen“. Finden doch selbst Bundesregierungen nicht solche Beachtung wie diese Körperschaft. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein aldenburgischer Regierungsrat beklagte sich darüber, daß die aldenburgische Regierung über die grundsätzlichen Fragen des Gesetzentwurfs nicht gehört worden sei. Aus den Beratungen des Zentralverbandes im Oktober v. J. aus den Beschlüssen, die dort gefaßt sind, geht aber hervor, daß der Zentralverband damals bereits im Besitz der Novelle war. Bei der Begründung der antworfenden Regierungsvorrede erklärte ja auch Herr Popelius ausdrücklich, daß außer den anderen Herren auch Herr v. Rheinbaben antworfend sei, der eigentlich nicht Ressortminister des Zentralverbandes ist. Die anderen Herren werden also von ihm als

Reformminister des Zentralverbandes

angesehen und ich will ausdrücklich konstatieren, daß weder der Herr Staatssekretär des Innern noch der Minister Del-

Drum mach' er Willen, jeder Untertan Erkennt dankbar die Verfassung an, Die Du so weise illustriert dem Reich: „Vor dem Gesetz sind alle Preußen gleich!“

Notizen.

Die erste internationale Kautschuk-Ausstellung. Kautschuk und Gorkummi werden heute zu so unzahligen Dingen gebraucht, daß es wohl der Mühe wert erscheint, allein dafür eine Ausstellung abzuhalten. Zu erstemal, wenigstens für Europa, wird eine solche internationale Ausstellung im September dieses Jahres in London in der großen Halle der königlichen Gartenbaugesellschaft stattfinden. Bei dieser Veranstaltung soll alles gezeigt werden, was mit dem erwähnten Material in Beziehung steht: die Pflanze vom Samen bis zum erwachsenen Baum, dann die industrielle Verwendung vom Rohmaterial bis zu den tausend Dingen, die ganz oder teilweise daraus hergestellt werden.

Die Bevölkerung Griechenlands betrug nach den jetzt veröffentlichten Ergebnissen der Volkszählung von 1907: 2 831 952 Personen. Seit 1896 trat nur eine Vermehrung von 198 146 Personen ein. Da der natürliche Bevölkerungszuwachs ein viel größerer ist, so ist der relative Bevölkerungsverlust durch die starke Auswanderung zu erklären. 1907 wanderten allein nach Amerika 83 000 Personen aus. Die größte Stadt ist Athen, das mit den Vororten 175 430 Einwohner zählte.

Der Tunnel unter dem Hudson. Die Eröffnung der Untertunnelung des Hudson, die New York nunmehr mit New Jersey verbindet, gestaltete sich zu einer großen offiziellen Feier der beiden beteiligten Staaten. Mit einem Kostenaufwand von mehr als 200 Millionen Mark ist das gewaltige Werk vollendet; weitere 120 Millionen stehen bereit, um die Tunnelverbindung noch zu erweitern und zu vergrößern. Die 160 000 Arbeiter und Beamten, die alltäglich in kleinen Dampfbooten den Hudson über kreuzen, werden von jetzt an durch die neue Untertunnelung rasch und bequem ihre Ziele erreichen können. Acht Kilometer lang läuft der Tunnel längs des Flusses; dann kommt eine scharfe Kurve und die Route schiebt sich unter den Stromlauf, der hier eine Breite von gegen 1500 Metern und eine Wassertiefe bis zu 80 Metern erreicht. Wenn der Zug bei Hoboken wieder an das Tageslicht kommt, sind kaum 11 Minuten verstrichen. 6500 Arbeiter waren acht Jahre lang unangesehnt an diesem Riesentunnel tätig. Ein Franzose erlaubte sich bei dem Bürgermeister von New York nach der Feiterparade, die die neue Bahn den Arbeitern bringen soll. „Sie werden eine gewaltige Menge Zeit gewinnen, annähernd 10 Minuten“. Die Antwort ist charakteristisch für den amerikanischen Geschäftsgott, der bereitwillig 200 Millionen anlegt, um 10 Minuten zu gewinnen.

Kleines feuilleton.

Einem famosen Wählerlaß teilt H. v. Gerlach in einem Aufsatz über das preussische Wahlrecht im „Zürner“ mit. Ein Herr v. Salbern richtete im 1863 an die „Königlich Preussischen Wähler der Herrschaft Messersdorf, Schwerta und Volkersdorf“. Er lautet:

„Se. Majestät unser allergnädigster König und Herr hat befohlen, daß am 20. d. M. die Wahlen stattfinden und ausgesprochen, daß nur in dem Falle frei gewählt wird, wenn die Wahl auf solche Personen fällt, welche im Sinne und Willen Sr. Majestät und Sr. Minister stimmen. Die bisherigen Abgeordneten unseres Wahlkreises haben gegen Sr. Majestät Willen und Sr. Minister gestimmt, eine Wiederwahl derselben ist also gegen den Willen Sr. Majestät des Königs und Sr. Minister. Da ich nicht will, daß diejenigen Königlich Preussischen Wähler, welche ihre Stimmen einem Wahlmann geben, der am 28. d. M. in Gölitz einen Abgeordneten wählt, der gegen den Willen Sr. Majestät und Sr. Minister handelt, mit mir in irgend einer geschäftlichen Beziehung fernerehin stehen, so habe ich befohlen, daß diejenigen Wähler, welche dem entgegen handeln, wenn sie Arbeiter in der Forst oder in den Oekonomien sind, entlassen werden, und daß dasselbe auf die Ziegelei, die Torfstiche und die Olen- und Tonwarenfabrik Anwendung findet: den Beamten der Forst, der Oekonomie, des Gartens, der Mühle, der Bäckerei, der Schneidemühle gekündigt wird; mit Handwerkern, welche für die Güter oder die übrigen Verwaltungszweige gearbeitet haben, sowie mit den Kaufleuten, welche an dieselben etwas veräußert, Schlußrechnung gemacht wird. Ferner, daß denjenigen, welche eine Wohnung gemietet oder Ader oder Forstland gepachtet, sofort gekündigt wird, sobald die kontraktliche Verbindlichkeit ausfällt. Vor allen vorstehend genannten Artwählern, welche mit mir in irgend einer Beziehung stehen, verlange ich, daß sie am 20. d. M. sich an der Wahl beteiligen. Wer mir persönlich wegen seines Ausbleibens keine genügende Entschuldigung angebracht hat, für denjenigen gilt dasselbe, was für diejenigen Artwähler gilt, welche am 20. d. M. solchen Wahlmännern ihre Stimme geben, die am 28. d. M. in Gölitz die bisherigen Abgeordneten wiederwählen. Rein Generalvollmächtigter, der Oberinspektor Demnig, erhält den Auftrag, aus den Wählern die erforderlichen Zusammenstellungen extraktiv nach den einzelnen Kategorien, den vorstehenden Anordnungen gemäß, anzufertigen und mir zur weiteren Verfügung vorzulegen. Da die Kürze der Zeit die Einsicht der Wählerlisten hier nicht gestattet, so wolle der Oberinspektor Demnig zu diesem Behufe nach Gölitz nachreisen und vom Herrn Wahlkommissarius, Landrat v. Seydewitz, sich dieselben vorlegen lassen, und zwar gleich nach dem 28. d. M., der

Abgeordnetenwahl, um gleichzeitig Kenntnis von der Stimmabgabe der Wahlmänner zu nehmen.“

Da die Junker in gewissen Fällen Anhänger für Tradition sind, so bemühen sie sich heute noch, nach diesem gangbaren Rezepte Wahlen zu machen. —

Ein Verfassungsgericht gegen die Zensur. Die englischen Dramatiker haben sich zusammengesetzt, um einen energischen Feldzug gegen die Zensur zu eröffnen, und am Dienstag wurde von dem Staatssekretär des Innern ihre Deputation empfangen. Der bekannte Bühnenschriftsteller Pinero ergriff zuerst das Wort und geißelte freimütig und mit bemerkenswerter Energie den Mißstand, der darin liege, daß ein einzelner Beamter über das Schicksal von Geisteswerken entscheiden dürfe, ohne daß es dagegen eine Berufung gäbe; er wies darauf hin, daß England das einzige Land der englisch-sprechenden Nation sei, wo die Zensur noch aufrecht erhalten werde, und verlangte die Aufhebung einer Einrichtung, die den Anschein erwecke, als ob die britische Nation ohne den Zensur ihre Bühne nicht rein und gesund erhalten könne. Sir W. S. Gilbert plaidierte dann für die Errichtung eines Verfassungsgerichtes, das eventuell über die Entscheidung des Zensors das letzte Wort zu sprechen habe. Dieses Gericht soll aus drei Personen bestehen; die eine wird von dem Schriftstellerverband ernannt, die zweite von dem Lordkanzler, während die dritte von den beiden vorigen berufen wird. Der Minister versprach, sich sofort mit dem Premierminister in Verbindung zu setzen, um den Wünschen der englischen Dramatiker soweit entgegenzukommen, wie es möglich erscheint.

Humor und Satire.

Vor dem Gesetz sind alle Preußen gleich.

„Vor dem Gesetz sind alle Preußen gleich!“ — Drum ist Dein Wahlrecht anders als im Reich. — Erfolgreich darfst Du da nur wählen geh'n, Wenn Dir Moneten zur Verfügung steh'n. —

Wenn gegen diese Gleichheit gar Du opponierst, Für's freie Wahlrecht etwa demonstrierst, Bestraft der Schutzmännchen diesen Streich, — Denn vor'm Gesetz sind alle Preußen gleich! —

Doch will man vor dem Schloß „mehr Volk“ mal seh'n, Darfst hurradrollend Du zum Schloßplatz geh'n, Das stimmt den schlimmsten Schutzmännchenwich —, Vor dem Gesetz sind alle Preußen gleich! —

Dann wirst Du nicht gepökt und arretiert, Gefesselt nicht und auch nicht prozessiert, — Rein Staatsanwalt scheid' Dir was ans Zeug, Denn vor'm Gesetz sind alle Preußen gleich!

**Brüder noch einer der anderen Herren es abgelehnt** haben, als Minister des Zentralverbandes deutscher Industrieller bezeichnet zu werden. Wir können deutlich sehen, wie unsere ganze Sozialpolitik je nach dem Verhältnis schwankt, wie der Zentralverband und die Regierung zueinander steht. Ist die Freundschaft zwischen ihnen groß, so fließt die Sozialpolitik, ist eine Feindschaft zwischen ihnen vorhanden, so haben wir ein gewisses Fortwärtsgeschehen. Als der Zentralverband seine rückständigen Äußerungen über die Eingriffe des Herrn v. Verleppich in die Fabrikordnung, über die gefährliche Arbeitszeit für Jugendliche machen ließ gegen Herrn v. Verleppich, kam es dazu, daß etwas Sozialpolitik betrieben wurde. Aber 1896 war es endgültig damit vorbei, und Herr Wedd konnte schreiben, es ist ein gelungenes.

### Verleppich klein zu kriegen.

In seiner Antrittsrede als Staatssekretär des Reichsamts des Innern, sagte Graf Posadowski, daß mit der Sozialpolitik Halt gemacht werden müsse, daß das schnelle Tempo nicht eingehalten werden dürfe. Als er ein Jahr später die Novelle zum Invaliditätsgesetz brachte, war die Freundschaft noch so groß, daß man sich 12 000 M. für ein Jugendgesetz geben ließ. Als aber Posadowski begann, etwas Sozialpolitik zu treiben, wurde die Spannung schärfer und schärfer, und im Jahre 1900 sind es ja die Herren vom Zentralverband gewesen, welche die Sache von den 12 000 M. in die Offenheit brachten, um dem Grafen Posadowski zu schaden. Man kann sich also denken, wie sehr, wo mit dem Zentralverband wieder Frieden geschlossen, eine Sozialpolitik auszuheben wird. Man mühte doch endlich einmal mit der Arbeit aufhören, wie hier schon gesagt worden ist, aber man sollte vor allen Dingen nicht das Gewerbeamt kodifizieren, sondern das Arbeiterrecht. Vor allen Dingen mühte man ein

### einheitliches Arbeiterschutzgesetz

schaffen. Es ist ein großer Mißstand, daß es so viele verschiedenenartige Gesetze für die verschiedenen Arbeitsverhältnisse gibt. Ein geprüfter Arbeiter z. B. fällt unter die verschiedensten Gesetze, je nachdem er auf einem Binnenwasserfahrtdampfer tätig ist oder auf einem Seemannsdampfer oder in einer Fabrik oder in einem Bergwerk. Ist er bei der Eisenbahn tätig, so unterliegt er sogar gar keinem Arbeiterschutzgesetz. Ein so buntes Durcheinander, wo sich kaum ein Jurist durchfindet, ist für die Arbeiterschaft am wenigsten angebracht. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) **Weite Kreise der Arbeiter fallen heute noch überhaupt aus der Arbeiterschutzgesetzgebung heraus.** Ich erinnere an die Bureauangestellten bei Rechtsanwälten, Gerichtsvollziehern usw., an die Arbeiter bei Theatern, in Laboratorien und andere mehr. Selbst die Arbeiter in den Werkstätten der Eisenbahnen haben keinen Schutz gegen schrankenlose Ausbeutung.

Die Regierung aber macht keinerlei Anstrengungen, hierin Wandel zu schaffen. Wir haben bereits im Norddeutschen Reichstag, als zum ersten Male die Frage des Arbeiterschutzes behandelt wurde, durch z. B. v. Schweitzer einen Entwurf vorgelegt, der den Arbeiterschutz für alle Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern verlangte. Dieser „perfid“ Antrag, um mit dem Herrn Reichsminister zu reden, wird auch heute erst zum Teil Gesetz. Herr Feil zu Herrnsheim preis es als großen Vorteil, daß die Arbeiter nach der Vorlage bereits ein Abgangszugungnis bei der Kündigung verlangen dürfen. Ich weiß nicht, ob das ein so großer Vorteil ist. Es gibt Fälle genug, in denen ein solches Zugungnis

### zum Urinabtrieb

wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der ganzen Zeit, in der ich praktisch gearbeitet habe, habe ich kein einziges Zeugnis gehabt. Das war bei uns nicht Unus, und es wäre schlimm, wenn es eingeführt würde. Die Löhne der Zigarrenarbeiter sind die alleruntersten. Nur eine Berufsgenossenschaft, aber im ganzen haben doch die Zigarrenarbeiter höhere Löhne als die Zigarrenarbeiter. Ihr Durchschnittslohn beträgt 574 M. gegenüber 1027 M. Durchschnittslohn aller beschriebenen Arbeiter. All diesen niedrigen Löhnen aber sind die Fabrikanten noch nicht zufrieden, sondern sie haben eine Vereinbarung dahin getroffen, daß kein Arbeiter, der an einem Streik oder einer Aussperrung beteiligt war, drei Monate nach Beendigung desselben ohne Zustimmung seines früheren Arbeitgebers von einem Mitgliede der Zigarrenfabrikantenvereinigung wieder eingestellt werden darf. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind Mißstände, in welche die Gewerbeordnung eingetreten sollte. Herr Feil zu Herrnsheim hat auch von den Lohnbüchern gesprochen. Diese sind auf Wunsch der Arbeiter eingeführt worden. Für die Durchführung der Sozialpolitik ist es ein geradezu klassisches Beispiel, daß bei einer Erhebung über die Lohnbücher festgestellt wurde, daß es bei den Konfektionären in ganz Deutschland überhaupt keine Lohnbücher gab. Die Konfektionäre konnten sich also einer kräftigen Sanftlung schuldig machen, ohne daß irgendwo die Polizei eingegriffen hätte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die neue Novelle gibt der Regierung die Befugnis, in gefährlichen Betrieben Bestimmungen über das Benehmen der Arbeiter in Betrieben zu erlassen, und die Begründung verweist auf das Verbot des Rauchens oder das Gebot des Händewaschens vor dem Essen. Das konnte der Bundesrat auch bisher schon die Unternehmer zwingen, in den Arbeitsordnungen festzusetzen. Jetzt aber kann er weitergehen und z. B. den Arbeitern unbedingten Gehorsam gegen die Vorgesetzten zur Pflicht machen, wie in der Seemannsordnung oder in der Gefinndordnung. Ich komme deshalb darauf, weil die Geldstrafe, die hier festgesetzt ist, genau dieselbe ist wie in der Seemannsordnung — 300 M. Dieselbe Strafe, die den Arbeitern treffen soll, der seine Gesundheit gefährdet, soll auch den Unternehmern treffen, wenn er die Gesundheit von Tausenden von Arbeitern in Gefahr bringt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter aber ist bei einer Geldstrafe von 300 M. die Überzeugung einer solchen Vorschrift ein Vergehen, und wer bei einem Vergehen verurteilt, verliert seine Ansehensrechte. Der Arbeiter ist also in der größten Gefahr, seine Rechte zu verlieren. Die Gefahr, daß der Bundesrat seine Befugnisse überschreitet, liegt um so näher, als schon im Februar v. J. der Bundesrat in einer Verordnung bestimmt hat, daß bei wiederholter Zuwiderhandlung gegen die Bundesratsvorschriften die Fabrikarbeiter ohne Kündigung entlassen werden können. Das überschreitet seine Befugnisse bei weitem. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Außer dem Bundesrat sollen auch die Landeszentralbehörden jetzt gewisse Rechte erhalten, Vorschriften gegen Mischstände, insbesondere zu langer Arbeitszeiten in einzelnen Gegenständen zu erlassen. Angeht es durch die Erhebungen des Reichsamts für Arbeiterstatistik solche Mischstände in den genannten Betrieben nur für einzelne Gegenstände festgestellt worden sein. Der Verstoß kann bei seiner jetzigen Methode, nur 10 Proz. der Betriebe zu untersuchen, das gar nicht genau wissen. So wurde z. B. für Süddeutschland festgestellt, daß die Konditorengeschäfte nirgends über 14 Stunden arbeiteten. In Wahrheit arbeiten in allen Konditoreien mit Ausnahme der Geschäfte und sogar die

### 16 bis 18 Stunden!

(Hört! hört!) über die Erhebungen des Reichsamts hatten eben solche Betriebe nicht getroffen.

Nach § 120 I sollen außer durch Beschluß des Bundesrats auch auf Anordnung der Landeszentralbehörden Dauer Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit vorgeschrieben und die zur Durchführung erforderlichen Anordnungen erlassen werden können. Nun ist der Normalarbeitszeit bekanntlich die tägliche Frage, weil die Unternehmer immer glauben, wenn sie nicht solange arbeiten lassen dürfen wie ihre Konkurrenten, so würden sie nicht konkurrenzfähig sein. Ich halte das gar nicht für richtig, aber stellen Sie sich vor, wir hätten bei der Arbeiterverordnung die Befugnis dazu nicht dem Bundesrate, sondern den Landes-

zentralbehörden gegeben, und sie wäre etwa in Hamburg durchgeführt worden, so hätten die Hamburger Bäckermeister doch gewiß mit einem Schrei von Recht behauptet, sie seien gegenüber ihren Konkurrenten in den anderen Bundesländern geschädigt. Bei allen Arbeiterschutzbestimmungen ist Sturm gelaufen worden gegen die vom Bundesrat erlassenen Bestimmungen. Wird jetzt den Landeszentralbehörden die Befugnis gegeben, so wird der Bundesrat vollständig ausgeschaltet werden, und die Landeszentralbehörden wiederum werden sagen, für unser Land können wir nichts machen, denn wir können unsere Unternehmern nicht der Schmarrenkonkurrenz anderer Unternehmern preisgeben.

### Und so wird gar nichts geschehen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiter läßt der Entwurf die Konkurrenzklauseel bestehen. Ich behaupte, sie hat die entgegengesetzte Wirkung. Die sie haben soll, sie schützt die Unternehmer nicht vor der Konkurrenz, denn sie kommt ja vor allem von ausländischen Konkurrenten zugute. Der auswärtige Konkurrent kann ja ruhig einen Angestellten engagieren und mit ins Ausland nehmen. So wird also die Industrie in ihrer Gesamtheit durch die Konkurrenzklauseel weit eher geschädigt als geschützt. Alle chemischen Fabriken in Deutschland und Oesterreich, außer der Sauerbräuereien, haben sich gegenseitig verpflichtet, keinen Techniker anzuheuern zu wollen ohne Zustimmung des Chefs, bei dem er zuvor gearbeitet hat. Hierdurch ist eine

### Fessel für alle Chemiker

geschaffen. Sie werden gezwungen, sich allen möglichen Schikanen auszuweihen. Derartige Fesseln für einen großen Teil der Intelligenz zu schaffen, mühte ohne weiteres verboten werden! Sind doch diese Großunternehmungen nicht durch die Intelligenz ihrer Arbeiter in die Höhe gekommen, sondern durch die Intelligenz ihrer Techniker und Angestellten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nur für die Zeit, für die er den Lohn bezahlt, hat der Unternehmer Anspruch auf die geistigen und körperlichen Fähigkeiten der Angestellten. Mit der Lohnzahlung sollte auch sein Eigentumsrecht an dem geistigen Eigentum des Technikers aufhören. Wenn jemand in einer Farbenfabrik angestellt ist und ein Verfahren zur Herstellung besonders glänzender Farben erfindet, und in der Fabrik werden dann diese Farben hergestellt, und wenn dann der Chemiker aus seiner Stellung geht und in einer anderen Fabrik sein Verfahren anwenden will, so verletzt er das Fabrikgeheimnis, und sein Gesetz gibt es in Deutschland, das ihn und sein geistiges Eigentum schützt. Man lasse doch den Technikern die Bewegungsfreiheit, die auch jeder andere hat. Sie werden doch immer so viel von der persönlichen Freiheit, die Sie schützen wollen. Auf Grund der hier vorgeschlagenen Bestimmungen kann der Unternehmer den Angestellten für sein ganzes Leben hindern, von dem Gebrauch zu machen, was er gelernt hat. Man sollte die ganzen Konkurrenzklauseeln und Personalabkündigungen also durch Gesetz verbieten und so die Techniker von der Fessel befreien, die sie heute noch bedrückt. Das Betriebsgeheimnis wird doch nicht gewahrt, denn durch diese Konventionen werden die Techniker geradezu gedrängt, ins Ausland zu gehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Bestimmung, daß die Arbeitvergebung für Betriebe gelten soll, in denen mindestens 20 Arbeiter und mehr beschäftigt sind, enthält noch eine Lücke. Es müßte heißen, wie z. B. in dem Entwurf v. Schweizers: Betriebe, „in und für die“ 20 Arbeiter und mehr beschäftigt sind, sonst würde das Gesetz geradezu einen Anreiz nach der Richtung bilden, daß Betriebe mit mehr als 20 Arbeitern einen Teil der Arbeit an Heimarbeiter übergeben,

### um das Gesetz zu umgehen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun will das Gesetz auch die Hausarbeit regeln. Ich behaupte, daß die § 120a—e der Gewerbeordnung schon heute für die Hausarbeit Gültigkeit haben. Der Herr Staatssekretär hat das Gegenteil behauptet, aber er hat keinerlei Beweis für seine Behauptung beigebracht. Daraus, daß in der Gewerbeordnung nicht gesagt ist, diese Paragraphen gelten nicht für die Hausarbeit, muß man schließen, daß sie in der Tat für die Hausarbeit gelten. Dieser Ansicht bin ich nicht allein, ihr haben auch bekannte Kommentatoren der Gewerbeordnung wie Wilhelm Ausdrud gegeben. Ebenso vertritt der Bundesrat in dem Motiven zu einer Gewerbeordnungsnovelle, die uns am 6. Mai 1900 zugeht, diesen Standpunkt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Verordnung des Bundesrats über die Verwendung von weihem Phosphor traf doch zweifellos auch auf die Hausindustrie zu. Andere Verordnungen auf Grund dieser Paragraphen betonen besonders, daß sie sich auf die Hausindustrie nicht beziehen. Das wäre überflüssig, wenn das Gesetz selbst diese Beziehung ausschloß. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bundesrat und Landeszentralbehörden haben nur bedauerlicherweise vor den Bestimmungen dieser Paragraphen der Gewerbeordnung nicht den Gebrauch gemacht, den sie hätten machen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun sollen diese Bestimmungen sogar noch in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt werden. Man hat es versäumt, bei dieser Gelegenheit vorzustellen, daß die Arbeiter in den Eisenbahnbetriebswerkstätten der Gewerbeordnung unterliegen. Sehr wichtig wäre auch eine

### Herabsetzung der Arbeitszeit

namentlich in den Betrieben der Eisenindustrie, in denen die Arbeit besonders schwierig und gesundheitsgefährlich ist. Die Durchführung der Arbeitszeitbestimmungen wäre hier durchaus möglich, da die Profite seit 1896 bis 1904 bei dieser Industrie pro Tonne von 106 auf 146 M. gestiegen sind, während die Löhne pro Tonne von 45 auf 44 M. gesunken sind. Dazu kommt, daß die Intensität der Arbeit bei Verkürzung der Arbeitszeit erfahrungsgemäß steigt. Wir werden in der Kommission all unsere Kraft dafür einsetzen, daß die Vorlagen in den angeordneten Richtungen ausgebaut werden, wir werden dem Volke beweisen, wie Gesetze gemacht werden müßten. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 1 Uhr.

Schluß 7 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom Freitag, den 28. Februar 1908, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Rolffe.

Die zweite Beratung des Eins des Ministerium des Innern wird beim Titel „Ministergehalt“ fortgesetzt.

Abg. Fischel (fr. Sp.) (bei der großen Unruhe im Hause fast unverständlich) weist zunächst die Ausführungen des Abg. Stroffer über das Berliner Nachleben als Uebertreibungen zurück. Redner führt des weiteren Beschwerde über zu viel Kontrolle der inneren Verwaltungstätigkeit der Gemeinden durch die Regierungsbehörden. Den kleinen Städten sollte auf den Kreistagen mehr Einfluß gewährt werden. — Was die Bekämpfung der Prostitution anbelangt, so ist ein Erlaß der Regierung in Aussicht gestellt, den wir anworten müssen. Sehr erwünscht wäre eine Bekämpfung der Bedingungen der Naturalisation, die oft Leuten verweigert wird, obwohl sie jahrelang unsere Handelsbeziehungen zum Ausland gefördert haben. Redner rügt des weiteren einen Fall, in dem der Landrat eine Gemeinde gezwungen habe, bis zu einem bestimmten Termin einen Jagdvertrag mit bestimmten Bedingungen mit dem Prinzen Schönaich-Carolath abzuschließen. — Ueber Wahlvereinfassungen haben wir uns auch bei den letzten Reichstagswahlen wieder zu beklagen gehabt. Offentlich findet die Zuführung des höchsten Wälows in Bezug auf die unparteiische Haltung der Regierung bei den bevorstehenden Wahlen bei den Behörden auch wirklich Berücksichtigung. (Bravo! links.)

Minister v. Rolffe: Wir sind Fälle nicht bekannt geworden, in denen Gemeindebehörden die Abschrift von Wählerlisten gegen Erstattung der Kosten verweigert haben. Der vom Abg. Fischel angezogene Erlaß ist wahrscheinlich entfallen, als das Oberverwaltungsgericht entschieden hatte, daß die Gemeindebehörden nicht verpflichtet seien, solche Abschriften zu erteilen. Wenn weiter sich der Redner über Uebertreibungen von unteren Polizeibehörden bei den Wahlen beklagt, so erkläre ich, daß ich der Erklärung des Ministerpräsidenten entsprechend handeln werde, die er hier über das unparteiische Verhalten der Beamten bei den Wahlen abgegeben hat.

Abg. v. Arnim-Jäsekom (L.) schließt sich den gestrigen Klagen des Abg. Stroffer über die Auswüchse des Automobilsports an. Die Unterbringung geisteskranker Verbrecher legt den Provinzen sehr schwere Kosten auf.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Ich muß bestreiten, daß es in der Vergangenheit gelungen ist, die Behörden zu veranlassen, sich bei den Wahlen vollständig neutral zu verhalten. Namentlich ist vielfach darüber geklagt worden, daß die Gendarmen für politische Zwecke und Agitationen verwendet werden.

Abg. Dr. Bierck (H.): Die Bekämpfung der Unsitlichkeit muß vor allem in der Familie erfolgen. Auch das Zentralamt für Wohlfahrtspflege könnte auf diesem Gebiete gut wirken. Die Anstaltsregeln müßten eingeschränkt werden.

Minister v. Rolffe: Dem Abg. Friedberg gegenüber bemerke ich, daß mir Material über die Verwendung von Beamten zu Wahlzwecken im Sinne seiner Darlegungen zugegangen ist, das ich der Prüfung unterziehen werde. Wenn die Festhaltung eines Studenten deswegen erfolgt ist, weil der betreffende Polizeikommissar verhindert war, so bin ich der Meinung, daß der Kommissar für eine Vertretung zu sorgen hatte.

Abg. Noeren (Z.): Wenn der Minister gestern darauf hingewiesen hat, daß viele unzüchtige Bilder und Schriften aus dem Auslande eingehen, so bemerke ich, daß in Deutschland 52 Firmen bestehen, die sich an der Herstellung und dem Vertrieb literarischer Schmuges beteiligen. Sehr bedauerlich ist die Bahlagitation, die viele Kriegervereine und Kriegerverbände bei den letzten Reichstagswahlen betrieben haben, entgegen ihren Statuten, wie wir es ja auch beim Flottenschein gesehen haben. Die Folge dieser Agitation ist gewesen, daß viele Anhänger unserer Partei aus den Kriegervereinen und viele Vereine aus dem Landeskriegerverband ausgeschieden sind. Diesen ausgeschiedenen Vereinen werden von den Behörden gefehrwidrig alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt. So wird einzelnen Vereinen das Recht entzogen, eine Fahne zu führen, zum Teil werden sie infolge des Austritts aus dem Verbands als nicht mehr bestehende Vereine betrachtet, und es sind Versammlungen solcher Vereine polizeilich untersagt worden. In einem Falle wurde verboten, bei der Beerdigung eines Veteranen, der stets ein treues Mitglied des Kriegervereins war, die Ehrenpalde zu geben. (Hört! hört!) Ich bitte den Minister, Wandel zu schaffen und Anweisung zu geben, daß auf diesem Wege nicht fortgefahren wird. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Minister v. Rolffe: Wenn wirklich die Gefehrwidrigkeiten vorgekommen sein sollten, so würde ich das mißbilligen. Die Kriegervereine sollen fernbleiben jedem parteipolitischen Betriebe. Die Statuten der Kriegervereine schreiben als Zweck der Vereine vor die Pflege und Stärkung des Nationalbewußtseins und Pflege und Förderung der Liebe zu König und Vaterland. Auf Grund dieser Vorschrift sind die Vereinsleiter vielfach dazu übergegangen, für die nationalen Forderungen zugunsten der in Südwestafrika kämpfenden Kameraden einzutreten. Ich kann darin ein sangeswidriges Verhalten der Kriegervereine nicht erblicken. (Lebhafter Zustimmung rechts. Stürmische Oherufe und der Ruf: Ungläublich im Zentrum.) Das Verhalten der Vereinsleiter ist vom deutschen Kriegerverband gebilligt worden. Die Erlaubnis zur Führung einer Fahne wird den Vereinen unter gewissen Voraussetzungen erteilt, dazu gehört auch die Zugehörigkeit zum Landeskriegerverband. Die Vereine müßten also, nach ihnen beim Ausscheiden aus dem Verbands beibringen. (Lachen im Zentrum.)

Abg. Vell (fr. Sp.) tritt für Festsetzung einheitlicher Bestimmungen für die Behandlung der Ausländer ein.

Abg. Dr. v. Jagow (Kole) verlangt, daß der Minister auch den Polen bei den Wahlen, insbesondere auch bei den kommunalen Wahlen volle Berechtigung widerfahren lasse.

Abg. Schulte-Belkum (L.): Wenn der Abg. Fischel sich über die Haltung der Kreisblätter beklagt, so kann ich nur sagen, daß es auch freisinnige Kreisblätter gibt, von denen kürzlich eines schrieb, das Landratsamt sei eine Verbormundungsanstalt. (Hört! hört! rechts.) Wir werden uns freuen, wenn nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten die Beamten bei den Wahlen sich unparteiisch verhalten werden, denn wir haben oft die Empfindung gehabt, daß wir vielfach ungünstiger behandelt wurden, als andere Parteien. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Warg (Z.): Die Ausführungen des Ministers auf die sachlichen Darlegungen meines Freundes Noeren werden bei unseren Anhängern im Lande schmerzliches Aufsehen erregen. Er ist sich wohl der Tragweite seiner Worte nicht voll bewußt geworden, denn es lag darin der Vorwurf, daß das Zentrum antinationale Politik getrieben habe. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das ist eine Beleidigung für uns, gegen die ich schärfsten Protest einlege. (Sehr wahr! im Zentrum.) Unsere Auffassung, die wir vor der Auflösung des Reichstages vertreten haben, wird jetzt vom Staatssekretär Dornburg als zurechtend bestätigt. (Zustimmung im Zentrum.) Die Kriegervereine haben sich auf ihre Statuten gestützt, als sie aus dem Verbands ausgeschieden. Von einem Wiedereintritt in den Verband kann keine Rede sein, wenn nicht vom Verband dazu die Hand geboten wird. Man muß gesehen haben, wie den Veteranen die Tränen in den Augen standen, als ihnen das Fahnenband und die Fahne genommen wurden, als sie daran dachten, wie sie ihr Leben für das Vaterland eingesetzt haben. Die Auslegung unzüchtiger Bilder in Schaufenstern hat heute einen weiteren Umfang angenommen als früher. Auch die Kinematographentheater bringen vielfach Bilder, die für die Jugend nicht geeignet sind. Gegen die Anführung öffentlicher Vorträge über geschlechtliche Dinge, wie sie vielfach erfolgt, müßte die Polizei einschreiten. Namentlich sind trasse Fälle in dieser Beziehung in Köln und Düsseldorf vorgekommen.

Minister v. Rolffe: Ich habe nicht die Absicht gehabt, dem Zentrum antinationale Gesinnung vorzuwerfen, und ich habe es auch nicht getan, wie sich aus dem Stenogramm meiner Rede ergibt. Ich verhehe daher die Erregung des Vorredners nicht. Ich habe ausdrücklich der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Herren sich mit mir zusammen bemühen werden, den Zwiespalt zu beseitigen. Was die Ausführungen des Abg. Vell betrifft, so wird begründeten Wünschen um die Verlängerung der Aufenthaltsdauer der ausländischen Arbeiter gern entsprochen.

Abg. Wessermann (natl.) fragt über die Art der Verteilung der Unterführungen der bei der Explosion in St. Annen Geschädigten.

Abg. Dr. Wagner (H.): Es ist ein unerträglich Zustand, wenn das Vorgehen der Polizei und der Staatsanwaltschaft sich widersprechen. In Breslau hat die Polizei zwei Reproduktionen von Bildern des berühmten Malers v. Schwandt in einer Wohnung mit Beschlag belegt. Die Staatsanwaltschaft hat ja die Bilder wieder freigegeben, aber es muß doch eigenartig berühren, daß Bilder dieses Malers Anstoß erregen konnten. Wenn man demgegenüber das Bild im heutigen „Ill“, „Im Wall“ und „Trauerhaus“ sieht, so muß man allerdings fragen, ob ein solches Bild unbeanstandet bleiben soll. Zur Besserung der Verhältnisse wird es sich empfehlen, eine Kommission zu wählen, die nach Art der im Reichsbereich für Kunstwerke vorgesehenen Sachverständigenkommission gebildet werden könnte und die Auslegung von Reproduktionen von Kunstwerken zu überwachen hätte. Den ethischen Kunsthandel bitte ich, dafür zu sorgen, daß von ihm nichts Unzüchtiges vertrieben wird. (Beifall rechts.)

Abg. Preiß (natl.) bittet um den Reuben für das Statistische Handelsamt in Berlin.

Die Debatte wird geschlossen. Der Titel „Ministergehalt“ wird bewilligt.

Beim Kapitel „Vandalische Behörden und Kemer“ bemerkt

Abg. v. Bodenberg (L.): Eine Reihe meiner Freunde ist mit einer grundsätzlichen Umgestaltung der Landratsämter nicht einverstanden. Zweckmäßig ist es, den Landräten ein größeres Maß entscheidender Befugnisse zuzugestehen.

Darauf verlegt das Haus die weitere Beratung auf Sonnabend ab 11 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Ostafrika vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 28. Februar.)

Die Einnahmen, die sich zusammen auf 11 1/2 Millionen Mark belaufen, wovon 6 1/2 Millionen auf den Reichszuschuß entfallen, werden genehmigt.

Unter den jährlichen Ausgaben befindet sich auch ein Posten von 2500 M. für wöchentlich je zwei Prekeltogramme. Es soll damit dem Bureau Reuters, das bisher allein die Kolonie mit Nachrichten versorgt und das im Interesse der englischen Politik arbeitet, entgegenzuwirken werden. Der Telegrammdienst ist dem Bureau Wolff übertragen. Nach kurzer Debatte wird der Posten genehmigt.

Zu den Ausgaben für Schulen im Betrage von 126 880 M. beantragt Arning eine eingetragene interprofessionelle Regierungsschule wieder zu eröffnen. Diese sogenannte Europäerschule in Dar es Salam ist wegen schwachen Besuchs, zwei bis sieben Kinder, und aus angeblich hygienischen Gründen geschlossen worden. Die Kinder wurden einem evangelischen Pflarrer und der katholischen Mission zugesührt. — Derburg stellt sich auf den Standpunkt des Arningschen Antrages, es sei die Fortführung der Schule beabsichtigt. Die Weltfrage spiele keine Rolle. Aber es heißt eben die Kinder. Gegenwärtig seien drei Kinder dort und für jedes Kind habe die Regierung 200 M. Schulgeld zu zahlen. Es sei billiger, wenn die Kolonisten ihre Kinder in Europa einschulen und die Regierung hierzu eine Unterstützung gewähre. Erzbischof ist sehr zufrieden mit der Schließung der Schule, Lattmann dagegen verlangt Schulen, welche ganz unabhängig von den Missionen sind.

Derburg wehrt sich gegen die auf ihn erhobenen Angriffe. Er habe nur Vorstich wälzen lassen wollen, da ja noch nicht feststehe, ob die Weisen sich überhaupt dauernd in der Kolonie halten können. Prof. Koch habe das für gewisse Bezirke erst kürzlich wieder versichert. Er verpflanze sich schließlich die Schule sofort wieder zu eröffnen. Ledebour spricht sich dahin aus, daß die Regierung die Verpflichtung hat, für den Unterricht der Kinder zu sorgen. Wir werden für die Resolution stimmen. Alle Gründe, welche die Regierung für die Einziehung des Unterrichts angeführt hat, sind nicht durchschlagend. Selbst wenn nur einige Kinder da sind und auch wenn diese in vorerwähntem Alter stehen, muß für Unterricht gesorgt werden, den ein Lehrer sehr wohl besorgen kann.

Schließlich wird der Antrag Arning in der Form angenommen, daß der Reichszuschuß erwidert wird, die Schule unverzüglich wieder zu öffnen und dauernd zu unterhalten. Beim Klänge kommt es zu einer Währungsdebatte. Von mehreren Rednern wird bemängelt, daß die deutsche Markwährung statt der Markwährung eingeführt werde. Derburg gibt zu, daß das ein Fehler sei, der aber nicht so bald verbessert werden könne. Das Streben der Pflanzen, die Markwährung einzuführen, habe allerdings einen recht wenig idealen Grund, sie wollen die Löhne in Markwährung auszahlen, um auf diese Weise einen erheblichen Profit zu machen, denn die Kupie hat einen Wert von 1,83 Mark. Eine Änderung der Währung im Sinne der Markwährung würde das Vertrauen der Eingeborenen zur deutschen Verwaltung erschüttern. Der Etat der Zivilverwaltung mit der Anforderung von rund 6 1/2 Millionen wird erledigt.

Am Dienstag wird die Beratung bei der Militärverwaltung fortgesetzt.

Im gestrigen Bericht ist die Antwort des Genossen Ledebour auf Derburgs Verurteilung auf den Statistiker Kongreß so kurz wiedergegeben, daß der Bericht zu Mißverständnissen Anlaß geben könnte. Ledebours Ausführungen gingen dahin, daß er im Namen der Fraktion spreche und die auf dem internationalen Kongreß zu Stuttgart und dem Parteitage zu Essen ausdrückliche gebilligte prinzipielle ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Partei gegenüber der Kolonialpolitik vertrete. Er sei auch überzeugt, daß die ganz überwiegende Mehrheit der Partei seinen Standpunkt teile.

## Das Reichsvereinsgesetz vor der Kommission.

Die Kommission setzte am Freitag die Beratung des § 7, des Sprachenverbotes, fort. Genosse Hildebrand bekämpfte dieses Ausnahmegesetz mit aller Entschiedenheit. Einen Appell an die Vertreter der preussischen Regierung zur Anerkennung der Verfassung und Gerechtigkeit hatte er nach den Vorgängen in Preußen für vergeblich; für die Vertreter der übrigen Regierungen und der Volkvertretung erwachte aber die Pflicht, die Gesetzgebung und den Namen des Deutschen Reiches von solchen Herden rein zu halten. Die Folge des § 7 werde die Verdrängung von Ungratigkeiten und daß die Verbindung jeder Annäherung der unter das Ausnahmerecht gestellten Völkern und die Mischung von Rassen sein. Die Polen, gegen die dieser Paragraph allein gerichtet sei, müßten Bundesbürger sein, wenn sie jetzt nicht erst recht an ihrer Ueberzeugung und Nationalität festhalten würden. Das Verbot öffentlicher Versammlungen in polnischer Sprache treibe sie durch zu geheimen Organisationen und damit verleihe die Polizei jede Kontrolle über die Bestrebungen der Polen, die sie bei voller Oeffentlichkeit der Bewegung habe. Die Lehren der Gewalttätigkeit, welche der Regierung zeigen könnten, daß sie mit den beiden feindlichen Ausnahmegesetzen, dem Kulturkampf gegen die Katholiken und dem Sozialistengesetz gegen die Arbeiterpartei, schließlich Floß gemacht hat, scheuen für die Regierung nicht zu bestehen. Wenn schon aus diesen prinzipiellen Gründen der § 7 und, wenn er angenommen würde, das ganze Gesetz für die Sozialdemokratie unannehmbar sei, so lämen dazu noch seine Folgen auf wirtschaftlichem und gewerkschaftlichem Gebiete. Dadurch, daß den Polen allein das Recht genommen werde, öffentliche Versammlungen abzuhalten, werde es auch den deutschen Arbeitern unmöglich gemacht, sich mit fremdsprachlichen Mitarbeiter, die vielfach als Vordrucker angenommen würden, über ihre sozialen Verhältnisse zu verständigen. Das bedeute eine Verschärfung der Koalitionsfreiheit, die nicht nur den Arbeitern, sondern auch der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands schade. Aus auch diesem Grunde folge die Unannehmbarkeit des § 7.

Aus der die ganze Sitzung ausfüllenden Debatte sei nur hervorgehoben, daß das eifrige Bestreben des Konservativen Dietrich, die Freisinnigen zu überzeugen, daß das Prinzip des Liberalismus fordere, den § 7 anzunehmen, bis jetzt, nach einer guten Rede Traeger, zu keinem Erfolg geführt hat. Dietrich wollte Herrn Traeger zu Gemüte führen, daß die Liberalen doch auch mitgeholfen hätten das Reich zu gründen und nun — durch den § 7 — dafür sorgen müßten, daß es nicht zugrunde gehe. Man schreibe doch nicht mehr 1848, wo Traeger im roten Gewand im Raumburg sah und leuchtete! Die Zeiten sind vorbei, und der Liberalismus solle sich hüten, heute noch Prinzipien zu reiten. Traeger aber erwiderte, daß der Antrag Müller-Reinholden den Konservativen gerade weit genug entgegenkomme.

Womit er wirklich recht hat. Die polnische Gefahr werde doch ungeheurer übertrieben, und Feldmarschall Graf Haeferle habe im Herrenhause schon die nötige Antwort auf dieses Argument gegeben. Doch selbst den Nationalliberalen der § 7 der Regierungsvorlage zu weit geht, zeigt die Tatsache, daß ihr Sprecher Dr. Junz einen Abänderungsantrag anfündigte, der wenigstens die internationalen Kongresse und die Wahlversammlungen vor der Gefahr dieses Ausnahmegesetzes schützen sollte. Im übrigen wollte er natürlich die Polenfreiheit mitmachen. Die Ausführungen des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg zeigten deutlich, daß die Regierung sich der Schwäche ihrer Position bewußt ist. Bethmann-Hollweg gab die preussische Volksschule im Osten als vollkommen ungenügend ohne weiteres preis, schob aber die Hauptsache daran, daß die Polen heute noch nicht deutsch lernten, auf ihr Widerstreben gegen das Erlernen der deutschen Sprache. Die Anträge Müller-Reinholdens seien absolut ungenügend. 18 000 fremdsprachige Versammlungen hätten allein im letzten Jahre stattgefunden, wo solle er die Beamten benehmen, um sie alle zu überwinden. Die Zulassung der polnischen Sprache würde mangels jeder Ueberwachungsmaßnahme geradezu eine Bevorzugung der Polen vor den deutschsprechenden Reichsbürgern sein. Rückhaltlos auf den Standpunkt der Regierung stellte sich Abg. Graef (Wirtsch. Vg.). Er dankte dem Staatssekretär für sein energisches Festhalten am § 7 und erklärte freisinnig, daß für ihn nicht die Frage des Rechts, sondern die des nationalen Interesses entscheidend sei. Herr Graef ist natürlich deutscher Politiker, aber er bekannte sich ohne weiteres zu der bekannten Devise des Polenrechtes und Reichsverbandspräsidenten v. Liebert, daß in nationaler Beziehung Gewalt vor Recht gehen müsse! Den Polen gegenüber, deren Jugend durch und durch antideutsch und zersetzend sei, halte er nur Gewalt für geboten. Das Interesse der Gewerkschaften müsse auch zurückgedrängt hinter diesen nationalen Bedürfnissen. Er lehne jede Abmilderung des § 7 ab und stimme mit der großen Mehrheit seiner Freunde für die Regierungsvorlage. Die Ablehnung des § 7 würde ein Ausnahmegesetz gegen die große Mehrheit des deutschen Volkes bedeuten. Das solle auch der Freisinn bedenken, und sich seiner nationalen Pflichten — die bekanntlich erst von der Blockwahl herrühren — bewußt sein. Nachdem dann noch der lompische Arth (L) die „liberalen“ Schulen in Ostpreußen gefeiert und das Reichsbereinsgesetz als liberale Großtat gefeiert hatte, wurde die Weiterberatung auf Sonnabend 10 Uhr vertagt.

## Parlamentarisches.

**Wahlprüfungskommission des Reichstags.** (Sitzung vom 27. Februar.) Zur Prüfung stand die Wahl des Abg. Wilde (1. Kreis, Burg, Lögau und Liebenwerda). Er ist in der Stichwahl gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Pfeiffer mit 18 775 gegen 7208 Stimmen gewählt worden. Der von sozialdemokratischer Seite eingelegte Wahlprotest rügte, daß Bürgermeister und Gemeindevorsteher Wahlaufrufe für Wilde unter Verletzung ihres Amtskarakters unterzeichneten, was von der Mehrheit der Kommission in Anbetracht eines früher gefaßten Beschlusses als unbedeutlich angesehen wurde. Weiter wird gerügt, daß im Orte Warenbrück im Kreise Liebenwerda sozialdemokratische Stimmzettler an der Verteilung verhindert, indem sie stützten und später mit einem Strafmandat bedacht worden seien. Auf eingelegte Beschwerden der Landrat Sorge geantwortet, daß der Oberpräsident eine Verordnung erlassen, wonach an Sonn- und Feiertagen alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten zu unterbleiben hätten. Das Verteilen von Flugblättern und Stimmzetteln falle unter diese Bestimmung. Die Kommission beschloß, diesen Protestpunkt für unerheblich zu betrachten, da diese unzulässige Verbindung etwa zwei Wochen vor der Hauptwahl stattgefunden, die Partei also noch Zeit gehabt habe, die Wähler mit Agitationsmaterial und Stimmzetteln zu versehen. Weiter wird behauptet, daß in einigen Orten die Oeffentlichkeit ausgeschlossen und sozialdemokratischen Kontrolleuren, trotz genügender Legitimation der Zutritt zu den Wahllokalen verweigert worden sei.

Die Kommission beschloß mit Rücksicht auf die große Mehrheit von 6477 Stimmen, mit welcher Wilde gewählt worden ist, von einer Beweisüberlegung auch der für beachtenswert angesehenen Protestpunkte abzusehen und die Wahl für gültig zu erklären.

Sodann verhandelte die Kommission den gegen die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Bögl für München II von sozialdemokratischer Seite eingelegten Protest. Bögl ist in der Stichwahl mit 1425 Stimmen Mehrheit gewählt worden. Der Wahlprotest behauptete in erster Linie, daß die bekannte Proklamation des Erzbischofs von München eine amtliche Wahlbeeinflussung darstelle. Nach der Verlesung genossen die Geistlichen die Rechte und die Leitung von Staatsbeamten. Ohne Zweifel aber hätten die Bischöfe Amtskarakter, denn sie leisteten den Eid in die Hand des Monarchen.

Die Kommission beschloß gegen die Stimme des sozialdemokratischen Mitgliedes, diese Protestpunkte für unerheblich zu erklären. Auch der formelle Vorbehalt, daß in vielen Wahlbezirken die Wählerlisten entweder überhaupt nicht oder nur von einem Wahlvorstandsmitglied unterzeichnet waren, hieß die Kommission gut und erklärte die Wahl für gültig.

Was jetzt hat die Kommission 24 Wahlen geprüft, während noch 24 der Erledigung harren. Nächste Sitzung Dienstag, den 3. März.

### Einlauf.

- Im Reichstag gingen ein:
  - Junz Etat des Januars
  - Resolution Radek, Hauver u. Gen. (Z.) betreffend Unfallfürsorge für Feuer- und Wasserwehren
  - Resolution Wassermann, Dr. Junz u. Gen. (natl.) betreffend Ummittelung der Angehörigen der Rechtsanwälte, Rechtsagenten, Notare, Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Versicherungs-Gesellschaften, Vereine, Auskunftsstellen, Güterverwalter usw. unter die Schutzbestimmungen des Handelsgesetzbuches und der Gewerbeordnung
  - Resolution Wed (Weidberg) und Dr. Pledert u. Gen. betreffend Abänderung des Gesetzes vom 1. Juni 1870 über Erwerb und Verlust der deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeit

## Soziales.

### Ver spätet eingezogene Auskunft.

Ueber die Konsequenzen einer erst nach Antritt des Angestellten eingeholten Auskunft bei einem früheren Arbeitgeber fällt geltend die dritte Kammer des Kaufmannsgerichts eine zureichende wichtige Entscheidung. Der als Kläger auftretende Kontorist Hermann R. war aus einer früheren Stellung wegen einer Veruntreuung entlassen worden, und sein damaliger Chef hatte den Entlassungsgrund auch im Zeugnis angegeben. R. hatte aber seinerzeit vor dem Kaufmannsgericht einen Vergleich dahin gehend erzielt, daß der betreffende Fallus über die Führung ganz gestrichen würde. Auf Grund des neuen Zeugnisses, das sich über die Führung gar nicht ausdrückte, erhielt der Kontorist Stellung bei dem Militär-effektentabrikanten Paul J. Nach einiger Zeit stiegen dem neuen Chef Zweifel an der Redlichkeit des R. auf, und er ließ ihn bei seinem früheren Chef eine direkte Auskunft über die Führung des jungen Mannes während seiner dortigen Tätigkeit einholen. Der Prinzipal berichtete nunmehr über die vorgekommenen Veruntreuungen des Kontoristen, und daraufhin verhängte J. dessen sofortige Entlassung. Der Kläger bestritt die Berechtigung der Entlassung, indem er geltend machte, daß er sich in seiner Stellung bei Beklagtem nicht das Geringste habe zu schänden kommen lassen, während der Prinzipal ausführt, daß er sich zur Entlassung für berechtigt hielt, nachdem er von den Vorgehen des Klägers Kenntnis erhielt.

Das Kaufmannsgericht beurteilte den Beklagten zur Zahlung des Gehalts bis zum Ablauf der Kündigungsfrist. Die verpönte Kenntnisverlangung von der Verletzung des Klägers sei Schuld des Beklagten. Im Zeugnis war keine Versicherung über die Führung enthalten. Das hätte dem Beklagten gleich aufzählen müssen, und eine sofort eingezogene Auskunft hätte ihn rechtzeitig gewarnt über die unzulässige Führung des Klägers in seiner früheren Stellung verhandelt. Dem Beklagten war somit die Gelegenheit geboten, nach Erhalt einer Auskunft von einem Engagement des Klägers abzusehen. Da er aber die Anstellung ohne Kenntnis der Führung vorgenommen hat, so kann er aus der unzulässigen Führung her nach keine Rechte herleiten.

### Terrorismus gegen höhere Eisenbahnbeamte.

Die Staatsbürgerrechte der Beamten werden nicht minder vom Eisenbahnminister Breitenbach wie von seinen Kollegen im Postsekretariat bekämpft. So wird ein Erlaß mitgeteilt, den die Beamten der preussisch-berliner Staatsbahnen erhielten, als sie sich mit dem ganz unerhörten Gedanken trugen, einen eigenen unabhängigen Verband zur Vertretung ihrer Interessen zu gründen. Der Wortlaut dieses Erlasses ist folgender:

„Die höheren technischen Staatsbahnenbeamten sind mit dazu berufen, unmittelbar an der Staatsverwaltung teilzunehmen, ihnen sind sehr wichtige Funktionen in der Verwaltungstätigkeit übertragen; sie müssen sich daher auch als Glieder des großen Verwaltungskörpers betrachten, der seine Aufgaben nur erfüllen kann, wenn jeder einzelne bemüht ist, sich dem Ganzen unterzuordnen und unvermeidliche Gegensätze nicht zu verschärfen. Es wäre jedenfalls tief zu beklagen und für die Aufgaben der Staatsverwaltung schädlich, wenn es Gemeinheits würde, daß die höheren Beamten, die an der Staatsverwaltung teilzunehmen berufen sind, z. B. auch Landräte, Regierungsräte bis zu den Ministerien hinauf, sich zu Kampfbündeln zusammenschließen und jede Geltung ihrer Wünsche gegen die andere und gegen den Staat mit allen Mitteln durchzusetzen suchte.“

Der Minister hält es gleich seinem Amtsvorgänger für seine Aufgabe, die berechtigten Wünsche der höheren Techniker, die auf Befreiung von Ungleichheiten innerhalb der einzelnen Beamtenkategorien der Staatsbahnenverwaltung abzielen, mit Nachdruck zu unterstützen. Er hat sich aber andererseits für verpflichtet gehalten, die in Frage kommenden Beamten vor Schritten zu warnen, die schließlich eine Schädigung der Verwaltung und damit auch eine Minderung des Ansehens der Beamten selbst herbeiführen müßten.“

Es ist dasselbe Mittel, welches auch die Großindustrie ihren Angehörigen gegenüber anwendet. Wenn hier irgendeine unbedeutsame Koalitionsbestrebungen sich zeigen, so reißt man dem Ingenieur, Techniker, Betriebsbeamten usw. vor, daß er „ein geistiger Mitarbeiter des Unternehmens“ ist, daß er etwas Besseres vorstellt wie der einfache Handarbeiter, daß er seine Forderungen nicht in so ungeklärter Weise vertreten darf, wie es die bösen sozialdemokratischen Gewerkschaftler tun. Man sucht einen Gegenatz zur Ansichtsbildung des Arbeiters zu bilden, man sucht die verborgenen Standesvorurteile, den blödesten Standesdünkel künstlich zu stärken. Dadurch schafft man sich strebsame und zuverlässige Karrierebauern, die denn auch in schwierigen Situationen für den Unternehmer sich als Streikbrecher zur Verfügung stellen.“

Dem Staatsbeamten gegenüber appelliert man an seine gute Staatsbürgerliche Gesinnung. Man braucht den gefügigen Subalternbeamten, der schneidrig auf Advancement hofft und die Waade und das Wohlwollen seines hohen Herrn sich fortgesetzt zu erstreben sucht. Sowie hier oder irgendwo der Versuch gemacht wird, auf Grund organisatorischer Selbsthilfe sich zusammenzuschließen und selbst ihre Rechte zu vertreten, ist es mit dem Wohlwollen vorbei. Mit strenger Miene werden die Beamten väterlich ermahnt und wenn auch das nicht hilft, folgen einschüchterns und kleinliche Unterdrückungsmaßnahmen.

Dieses Bevormundungssystem beeinträchtigt das Vereinsrecht der Beamten aufs tiefste und sehr die Beamten selbst herab, denen man nicht eigenen Willen und eigenes Wirken für die Interessen zugestehen will, die sie für richtig halten, sondern von ihnen man Unterwürfigkeit und Gefügigkeit erwartet, deren Voraussetzung Gesinnungslosigkeit und deren Folge Gesinnungslumperei sein muß. Ein härterer Terrorismus den Beamten gegenüber ist schwer denkbar.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sachverständigen haben Einverständnis Nr. 3, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 107. Jahrgang 1890, wochentäglich abends um 7 1/2, bis 9 1/2 Uhr. Briefkasten 7 Uhr, Sonnabend beginnt die Besprechung um 6 Uhr. Jeder Beitrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Verleumdung Anstößt wird nicht erwidert. Eilige Fragen trägt man in der Besprechung vor.

J. D. 105. Treppen Sie ein Abkommen mit dem Wirt. Das Personal der Sachen ohne dessen Einwilligung ist strafbar. — W. G. 70. I. und 2. A. — G. P. 32. Wenn ihr Vertrag nicht ausdrücklich den Abzug von der Wirt unterliegt, so sind Sie berechtigt, für den notwendigen Teil der Wohnung einen entsprechenden Abzug zu machen; sonst könnten Sie nur auf Schadenersatz klagen. — G. D. Ein gültiger Wechsel ist auch im Auslandes gültig. Ob und unterwerft in dessen Falle der Ausländer für den Wechsel haftbar ist, ist ohne Einfluß in den beiden nicht zu beantworten. Unterlassen Sie es zu unterzeichnen, wenn Sie über die Natur des Wechsels ununterrichtet sind. Aus jeder anderen Unterfertigung könnte gegen Sie geklagt werden. — A. Z. 29. I. Rein. 2. Rein; auf Quittung kann überhaupt nicht in Anspruch gegen Wahlzähler erkannt werden. 3. In Ihren Fall rein. 4. Nach Ihrer Darstellung besteht keine Forderung. — W. G. 789. Das ist unzulässig. — Wiener 92. I. und 2. Der Schuldner ist bei dem Gericht zu verklagen, in dessen Bezirk er wohnt. In welchem Bezirke einer der Vororte gehört, ersehen Sie aus dem Adressbuch. 3. Ja. — S. 1. G. 6. Der unzureichende Vater hat nicht das Recht, die Vermögensgegenstände des Kindes zu verlangen. Nur der Mutter, nicht dem, heißt das Verfügungsrecht zu. — G. P. 62. Wenn die Frau vollständig ist, das 21. Lebensjahr vollendet hat, so kann sie aus dem Verträge, sonst nicht. — A. 200. Die Kinder würden unterben. Das Unmöglichkeit ist, Sie erkläre ein weisheitsvolles Testament mit dem Ehemann, durch das dem Verlebenden die Vermahlung des gesamten Vermögens bis zu seinem Tode eingeräumt und das Kind, das hiermit nicht einverstanden ist, auf Winkeln gelegt wird. Ein Beispiel für ein solches Testament finden Sie auf den letzten Seiten des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Adressbuch durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus.

A. P. 23. Innerhalb eines Jahres nach dem Tode kann die Erbschaft unter Umkehrung der Annahmefristen den Antrag auf Rückzahlung der Erbschaft stellen, wenn vor der Erbschaft mindestens 200 Markten gestellt waren. Der Antrag auf Rückzahlung ist an den dortigen Richter zu richten. Vorzuziehen ist es, den Antrag zu unterlassen und weiter zu erklären. Die Weiterverpflichtung erfolgt in der Weise, daß für je zwei Jahre mindestens 20 Markten, gleichzeitig welcher Klasse gestellt werden. Durch die Weiterverpflichtung halten Sie Ihren Anspruch auf eventuelle Abzug und Kapitalverrentung aufrecht und können auch von der Verjährungsfrist einer Heilstätte übersehen werden. — W. G. 5. Da die Rückzahlung ist zu zahlen. Wenn Sie in diesem Jahre aus der Klasse aussteigen, so sind Sie vom Schulds des nächsten Jahres ab von der Weiterzahlung befreit. — A. G. 26. Der Wirt ist im Recht. Er hat einen mündlichen Rückvertrage über Kündigung nicht vereinbart, so ist spätestens bis am 3. des Quartals zum Schluß derselben zu kündigen. — W. G. 81. Ein Kamal am dortigen Ort ist und nicht bekannt. Ihr Bruder könnte nach einmal bei dem Gericht beantragen, ihn von dem persönlichen Erbvermögen zu erlösen. — Wiener 98. I. A. 2. Aber! 3. Die Strafe ist Geldbusse beträgt 1 Tag bis 6 Monate Gefängnis. Bestrafung tritt nur ein, wenn wegen des Verbrechens die Ehe geschieden ist und der beizuliegende Strafmangel fehlt. — G. D. 13. I. 1. Sie müßten zunächst beim Amtsgericht Schönerberg beantragen. Dann beantragen Sie bei dem Magistrat, Ihnen die Verheimlichung zu erteilen, daß Sie die Führung des Geschäfts übernommen sind. Die Verheimlichung überreicht Sie dem Landgericht, gegen das, weshalb Sie klagen wollen und welche Beweismittel Ihnen zur Seite stehen und beantragen Ummäßigung des Vermögens. — Friedrich. 20. Rein. Beantragen Sie einen Rechtsanwalt mit Ihrer Vertretung. Die Rechtsfrage ist rechtlich richtig; ein Erkenntnis höherer Instanz über die Rückzahlung ist und nicht bekannt. Wir halten die Strafe nicht für berechtigt, doch, daß Ihr Vermögensanspruch nicht in Anspruch genommen ist, Geld zu verlangen. — A. P. 11. 1. Die Klage hätte Anstöß auf Erwerb. — G. 23. I. Die Erbschaft ist in drei gleiche Teile. 2. 4. Prop. A. 1. 46. Ein eigenhändiges ge- und unterzeichnetes Testament ist gültig. Anweisung und Beispiele dazu finden Sie in dem unter A. 200 genannten Buch. — G. 26. Wochenschrift 1890 Nr.

1 Brotkapsel 95 Pf.  
oval, hellblau mit  
Goldschrift . . .

# H. Greifenhagen Nachf.

1 Küchenleiter 1.95  
sechsstufig . . .

Brunnenstrasse 17-18

Veteranenstrasse 1-2

## Besonders vorteilhafte Artikel zu 3 Einheitspreisen

95 Pf.

1.95

2.95

- 1 Damenbluse, imit. Leinen mit Stickerei
- 1 Kostümrock aus Stoffen engl. Geschmacks
- 1 Matinée, Waschst. m. Spitze
- 1 Knaben-Bluse, aus Forster Stoff, mit Krawatte, Grösse 1-6
- 1 Knaben-Hose, blauem Cheviot, mit Leibchen, Grösse 1-6
- 1 Knaben-Schulhose, a. Forster Stoff, mit Leibchen, Grösse 1-6
- 1 bunte Kinder-Hängeschürze, in schön. Ausfüh., 45-60 cm lang
- 1 extraweite Haussch. m. Tasche
- 1 Halbreform-Schürze, ringsum mit Volant
- 1 Achsel-Ziersch. m. schön. Besatz
- 1 schwarze Hausschürze
- 1 schwarze Satin-Tändelschürze mit Besatz und Spitze
- 1 weisse Batist-Tändelschürze mit reicher Stickereigarnierung
- 1 modefarbige Satin-Tändelschürze mit Spitzengarnitur
- 1 Dtzd. Prim. Linon-Taschent.
- 1 Dtzd. Seidenbatist-Taschentücher mit bunter Kante
- 2 Stück eleg. Spachtel-Passen, bunt gestickt
- 2 Stück elegante Batist-Jabots in 2 Façons
- 1 elegante Spitzen-Schleife
- 1 elegantes Spitzen-Jabot
- 1 Ballgarnitur
- 1 Kinder-Ueberkragen aus coru Leinen mit Spachtelspitze
- 1 weisser Kinderkragen mit Valenciennespitzen
- 1 Meter Tüllstoff, geeignet für Blusen oder Passen
- 1 Coupon Stickerei, 4,10 bis 4 1/2 Meter
- 1 Unterrock-Volant aus Alpaca oder Satin
- 1 Taffet-Miedergürtel, schwarz oder weiss
- 1 eleganter Goldgürtel
- 1 Gürtel aus Seiden-Gummiband, 6 cm br., m. Points, alle Farb.
- 1 schwarzer Sammet-Gummigürtel mit Points
- 1 Sport-Gummigürtel in eleg. Ausführung
- 1 Damen-Hemd, Achselschluss
- 1 Knie-Beinkleid mit Stickerei
- 1 weisse Untertaille mit Hohlraum u. Motiven
- 1 weisser Anstands-Rock mit Stickerei-Volant
- 1 Parade-Kissen mit Spruch
- 6 Paar schw. Damenstrümpfe, engl. lang
- 3 Paar gestreifte Damenstrümpf.
- 1 Paar durchbroch. Damenstrümpfe, schwarz oder braun
- 3 Paar deutschlange Frauenstrümpfe, schwarz oder braun
- 5 Paar Herren-Sock., maccolarb.
- 4 Paar Herren-Sock., lederfarb.
- 3 Paar Herren-Sock., geringelt
- 2 Paar Herren-Sock., schwarz
- 6 Paar schw. Kinderstrümpfe für 1-3 Jahre
- 3 Paar schw. Kinderstrümpfe für 4-6 Jahre
- 2 Paar schw. Kinderstrümpfe für 7-14 Jahre
- 4 Paar Kindersöckchen, einfarbig oder bunt, für 1-3 Jahre
- 3 Paar Kindersöckchen, einfarbig oder bunt, für 4-6 Jahre
- 6 Paar Kindersöckchen, einfarbig oder bunt, für 7-10 Jahre
- 2 Paar weisse Damen-Glacedhandschuhe
- 1 Paar Damen-Glacedhandschuhe, farbig, weiss, schwarz
- 10 Stück Korsettschoner
- 1 weisses Lammfell-Jäckchen mit Mütze
- 1 Knaben-Sweater für 3-11 Jahre

- 1 weisser Sport-Schal
- 1 Damen- oder Herrenschrirn
- 1 reinwooll. Damen-Untertaille
- 1 Normal-Herrenhemd
- 1 Normal-Herren-Beinkleid
- 1 Paar feine Tuchpantoffel mit Ponpon
- 1 Paar Filzpantoffel mit Filz- und Linoleumsohle
- 1 Paar Pflüsch-Pantoffel mit Ledersohle
- 1 Paar Tuch-Haushuhe mit Cordelsohle
- 1 Paar Kind-Spangenschuhe, schwarz oder farbig, 18/22
- 1 Paar Babyschuhe od. Stiefel in Leder, reizende Ausführung
- 1 elegantes Gürtel-Korsett
- 1 Konfirmanden-Korsett
- 1 halbhohes Korsett mit schöner Garnitur
- 1 Herren-Jagdklub-Mütze
- 1 Knaben-Mütze mit Lederschrirn
- 1 Jockey- od. Matrosenmütze
- 1 Paar gute Hosenträger
- 1 elegante moderne Herren-Krawatte
- 1 Erbstill - Scheibenschleier mit Stange
- 2 engl. Tüll-Scheibenschleier
- 1 engl. Tüll-Lambrequin, weiss oder crème
- 1 Filztuch - Kommodendecke mit Applikation
- 1 Bettvorleger, Perser imitiert
- 1 Filztuch-Lambrequin, reich bestickt
- 1 Tischdecke mit Schnur und Quasten
- 1 Wachstumdecke, 60x100
- 1 Frottier-Handtuch, extra-schwer, Jacquard
- 1 Plättdecke
- 1 Gartendecke
- 2 Frottier-Handtücher
- 1 Frottier-Badelaken
- 1 Rolltuch
- 1 Wachstum-Wandschoner
- 1 Erbstill-Garnitur (Deckchen und Läufer)
- 1 eleganter Spachtel-Läufer
- 1 Küchentischdecke, vorgez. (Fischerlinien)
- 1 Küchentischdecke, vorgez. (Satin Augusta)
- 1 Küchenhandtuch, vorgez., garniert
- 1 Brotbeutel, vorgeseichnet
- 1 Bestecktasche, vorgeseichnet, für 12 Paar
- 1 Nähmaschinen-Decke, vorgeseichnet
- 1 Besenhandtuch, vorgez., garniert
- 1 Klammernschürze, vorgez., gestickt
- 1 Küchengarnitur, vorgeseich. (Lampen- u. Topflappentasche)
- 1 Küchengarnitur, vorgeseich. (Lampen-Topflappen-u. Leuchtungs-schoner)
- 1 Garnitur, vorgez. (Klammer-schürze u. Klammerbeutel)
- 2 Stück vorgez. Volant-Kissen
- 1 garnierter Arbeitskorb
- 1 garnierte Zeitungsmappe
- 1 garnierter Staubtuchkorb
- 2 Stück Staubtuchkörbe mit Band garniert
- 1 Futtertaille, weiss oder grau
- 3 Paar Strumpfbänder mit Schleiße
- 1 eleganter Strumpfhalter für gerade Frontkorsetts

- 1 Knaben-Schulhose aus reinwoollenem blauem Cheviot, mit Leibchen, Grösse 1-6
- 1 Matinée aus bestem Velour, mit Tressengarnitur
- 1 grosse Hausschürze mit Volant und Tasche
- 1 schwarze Hausschürze mit Volant, aus Panama
- 1 Träger-Tändelschürzen.reich. Stickerei- und Besatz-Garnierung
- 1 Dtzd. Batist-Taschentücher mit buntem Zierraum, im Karton
- 1 Dtzd. reinleinenen Taschentücher m. unmerk. Webefehlern
- 1 elegante Tüll-Passe in moderner Form
- 1 Gummigürtel, 6 u. 8 cm breit, mit Stahlpoints
- 1 Gold-Gummigürtel, 6 cm breit, sehr elegant
- 1 Damen-Achselschluss-Hemd mit Stickerei-Passe
- 1 elegantes Phantasie-Hemd mit Spitzen und Banddurchzug
- 1 elegantes Beinkleid dazu pass.
- 1 Knie-Beinkleid m. Stick.-Vol.
- 1 elegante Untertaille.reicher Spitzengarnitur u. Banddurchzug
- 1 Parade-Kissen mit Stickerei-Einsatz und Säumchen
- 3 Paar Kinderstrümpfe für 11-14 Jahre, bunt geringelt
- 3 Paar Fil d'ecosse-Herrensocken, bunt gestreift
- 1 Paar farbige Herren-Glaced-Handschuhe
- 1 Damen- od. Herren-Regenschirm mit Futteral
- 1 Phantasie - Damen - Plaidtuch
- 1 weisses Kinder-Cape aus Lammfellstoff, 70 cm lang
- 1 gestrickte Herrenweste
- 1 gutes Normal-Herrenhemd
- 1 gutes Normal-Beinkleid

- 1 Paar Damen-Lastingschuhe mit Ledersohle u. Gummizug
- 1 Paar Damen - Lacktuch-Salon- od. Spangenschuhe
- 1 Paar Leder-Pantoffel, prima, für Damen oder Herren
- 1 Paar Kinder-Schnür- oder Knopfstiefel, 22/24
- 1 halbhohes Korsett, elegant garniert
- 1 halbhohes Spiral-Korsett
- 1 elegante Herren-Weste
- 1 steifer Herren-Filzhut
- 1 Tapestry-Bettvorleger
- 1 engl. Tüll-Bettdecke
- 1 Filztuch - Tischdecke, reich bestickt
- 1 Tuch-Lambrequin, mit Applikation
- 1 Fenst. engl. Tüll-Gardinen
- 1 Dtzd. Wischtücher, 60/60, gesäumt und gebändert
- 1 Rolltuch mit Figur
- 1 Tischgedeck m. 6 Servietten
- 1 grosses Badelaken
- 1 Barchend-Bettlaken
- 1 weisses Tischtuch, 130/130
- 5 Mtr. Hemdentuch, prima
- 5 Mtr. Louisiana-tuch, prima
- 1 vorgezeichnetes Kinderkleidchen
- 1 Erbstill - Garnitur (Läufer und Deckchen)
- 1 Spachtel - Tüll - Garnitur (Läufer und Deckchen)
- 1 eleganter Spachtel - Läufer
- 1 elegantes vorgez. Besen-Handtuch
- 1 eleganter Erbstill - Läufer mit Point lace-Bändchen

- 1 Matinee aus Prima Velour, mit Passenvolant u. Tressengarnitur
- 1 Morgenrock aus Waschstoff, mit reicher Kragengarnitur
- 1 Knaben-Schulhose aus bestem reinwoollenen Cheviot, mit Leibchen, Grösse 1-6
- 1 Knaben-Knie-Hose für das Alter von 10-14 Jahren, aus bestem blauen Cheviot
- 1 Knaben-Anzug aus blauem Cheviot oder Phantasiestoff, in verschiedenen Fassons und Macharten, Grösse 1-6
- 1 schwarze Damen-Reformschürze aus Panama, mit Volant
- 1 Brautschleier mit gestickt. Ecke
- 1 Damen-Hemd, Reformschnitt, mit reicher Stickerei-Garnierung und Banddurchzug
- 1 Damen-Achselschluss-Hemd mit Motiven und Languettes
- 1 elegantes Phantasie-Damen-Hemd mit Stickerei u. Durchzug
- 1 elegantes Knie-Beinkleid, dazu passend
- 1 elegante weisse Untertaille in feinsten Ausführung
- 1 Paar Glacé - Handschuhe, Mousquetaire, farb., weiss o. schwarz
- 1 Paar schwarze Damen-Leder-Spangenschuhe
- 1 Paar Damen-Leder-Haushuhe mit Pompons, schwarz oder farbig
- 1 Paar Leder-Knopf- oder Schnürschuhe
- 1 Paar weisse Glacéleder-Spangenschuhe

- 1 Paar Goldstoff-Tanzschuhe mit Spange
- 1 Paar Lacktuchschuh. Spang.
- 1 Paar Herren-Lederhaus-schuhe, schwarz oder farbig
- 1 elegantes halbhohes Korsett grauer Drell
- 1 elegante Herren-Weste
- 1 Haarfilzhut, schwarz, steif, neue Form
- 1 steifer Filzhut, braun od. grau
- 1 Portieren-Garnitur, reich bestickt
- 1 Pflüsch-Kommoden-Decke mit Applikation
- 1 engl. Tüll-Bettdecke
- 1 Pflüsch-Bettvorleger
- 1 Fenster engl. Tüllgardinen
- 1 engl. Tüll-Stores
- 1 Phantasie-Tischdecke
- 1 Filztuch-Tischdecke mit Applikation
- 1 Sofaschoner, üb. Sitz u. Lehne
- 1 elegante Spachtel-Garnitur, (Läufer, Mittendecke, 2 kleine Deckchen)
- 1 Dtzd. Drell-Handtücher, Gerstenkorn, m. bunter Kante
- 1 weisses Tischtuch 130x160
- 1 Kaffeegedeck m. 6 Servietten
- 1 extragrosses Badelaken aus prima Kräuselstoff
- 1 Dtzd. Gerstenkorn-Handtücher
- 1 Monteur-Anzug (Jacke u. Hose)
- 1 Herren-Stoff-Hose in schönen Mustern

### Galanterie und Lederwaren

#### Holzwaren, Bijouterien

Grosses Sortiment in Aufsätzen, Figuren, Wandbildern, Photographie-Rahmen, Postkarten-Albums, Photographie-Albums, Nippesartikeln, Marktaschen, Handtaschen, Portemonnaies, Salon-Tischen, Etageren, Parfümerie-Kartons und vielen anderen praktischen und Luxusgegenständen

Jedes Stück 95 Pf. 1.95 2.95

Wir bitten dringend unsere Schaufenster-Ausstellung für diese Artikel zu besichtigen.

- 6 Stück Viktoriabecher mit Goldrand . . . 95 Pf.
- 1 Küchenlampe 10", Delt mit Spiegelbleche . . . 95 Pf.
- 6 Stck. bunte Porzellan-Butterbroteller . . . 95 Pf.
- 6 Stck. bunte Porzellan-Tassen . . . 95 Pf.
- 1 Satz = 6 Stück Milch-töpfe, echt Porzell., bunt . . . 95 Pf.
- 12 Porzellantassen mit Untertassen . . . 95 Pf.
- 1 Bierservice 7teilig . . . 95 Pf.
- 1 Satz = 5 St. Glasnapfe . . . 95 Pf.
- 1 Emaille - Eimer nebst Schrubber mit Stiel . . . 95 Pf.
- 12 Stck. Britannia-Kaffeelöffel . . . 95 Pf.
- 1 Holztablett mit bunter Blechelnage . . . 95 Pf.

**Echt Porzellan-Küchengarnitur**  
Perlmutter mit Gold!  
Vorratstonne . . . 95 Pf.  
Essig- oder Oelflasche . . . 95 Pf.  
Salz- oder Mehlmetze . . . 1.95  
6 Stück Gewürztonnen . . . 1.95  
6 Stück Maschinentöpfe . . . 95 Pf.  
Satz = 6 Stck. Milch-töpfe . . . 2.95

- 6 Stck. Britannia-Esslöff. 95 Pf.
- 1 Waschänder, nebst Emaille-Waschbecken und Seilnapf . . . 95 Pf.
- 1 Besen mit Stiel, 1 Handfeger und 1 Emaille-Kehrschaufel . . . 95 Pf.
- 1 schöne Tischlampe . . . 95 Pf.
- 1 Schmortopf mit Ring . . . 95 Pf.
- 1 Emaille-Garnitur (Sand, Soda, Seife) . . . 95 Pf.
- 1 Reibemaschine . . . 95 Pf.
- 1 Plättbrett, bezogen . . . 1.95
- 1 Kaffeeservice für 2 Personen, bunt od. weiss/gold . . . 1.95
- 1 bunter Emaille-Eimer mit Deckel . . . 1.95
- 1 Petroleumkocher, 2 Fl. . . 1.95
- 1 FBII-Löffelblech m. 5 Löff. . . 1.95
- 1 Kaffeeservice, 9 teilig, bunt oder weiss/gold . . . 2.05
- 1 Dtzd. Soling-Bestecke . . . 2.95
- 1 verzinnter Waschtopf mit Ring (mittelgross) . . . 2.95
- 1 Emaille - Wanne, ca. 60 cm lang, neublau . . . 2.95
- 1 Emaille-Waschservice (Delt) . . . 2.95
- 1 Handtuch - Halter mit Säulen-Etagere . . . 2.95
- 1 Emaille-Toilette-Eimer mit Einsatz u. Korbbengel . . . 2.95

## Konfektion:

- Damen-Blusen**  
aus imit. Leinen mit Stickereibesatz, alle Farben . . . 95 Pf.  
aus Halbflanell oder Tennisstreifen, Hemdfacon, zum Teil mit Stickereikragen . . . 1.95  
aus Mousseline mit reicher Bändchen-Stichgarnitur oder reicher Spitzengarnitur, oder mit gezogener Passe, ganz auf Putier, enour Facon mit Phantasiekragen, oder aus mod. Tennisstoff, schalartig gestrickt, oder aus gutem Wollstoff, ganz gefüttert . . . 2.95
- Kostüm-Röcke**  
aus englisch-gemusterten Stoffen, richtige Weiten . . . 95 Pf. u. 1.95  
aus gestr. u. karr. Stoffen m. eingewebt. Bordüre u. Faltenvolant oder mod. Faltenrock mit breiter Sammetblende . . . 2.95
- Unterröcke**  
aus Satin Augusta mit Volant und reicher Garnitur, regulärer Wert bis 3.50 Mk. . . . 95 Pf.  
aus Leinen oder Satin Augusta, mit Spitzeneinsatz oder reicher Garnitur, regulärer Wert bis 6.00 Mk. . . . 1.95  
aus Leinen m. reich. Spitzenvolant, reg. Wert bis 8.00 Mk. aus Alpaca mit reichem Volant und Spitzengarnituren, regulärer Wert bis 10.00 Mk. . . . 2.95
- Kinderkleider**  
aus gutem Velour mit Sammetbesatz, Länge 40-60 cm . . . 95 Pf.  
aus modernen karierten oder Bordürenstoffen mit doppeltem Volant und Gürtel, Länge 60-75 cm . . . 1.95  
aus gut. mod. Kleiderstoffen m. hübschen Garnit., doppelt. Volant und Lack- oder Sammetgürtel, Länge 60-80 cm . . . 2.95

**10000 Meter modernste Frühjahrs-Kleiderstoffe**  
passend für Blusen, elegante Kostüme, Kinderkleider, Wert bis 2 Mark . . . per Meter 95 Pf.  
seiwollene Neuheiten, Wolle mit Seide, in extra-breiter Ware, Wert 3.50 . . . per Meter 1.95

**Reinseidene farbige Taffete Meter 95 Pf.**  
**Hochelegante Blusen-Seide Meter 1.95**

Aus Industrie und Handel.

Wirkung der Warenvertenerung.

Die Breslauer Handelskammer beschäftigt sich in ihrem Jahresbericht mit den Ursachen des Konjunkturrückganges und bemerkt dazu u. a.:

Auch die Vertenerung der wichtigsten Nahrungs- und Bedarfsartikel der breiten Schichten der Bevölkerung hat zu der Abnahme der Konjunktur beigetragen. Außer den Industrieerzeugnissen haben im Berichtsjahre vor allem die wichtigsten Nahrungsmittel einen ungemein hohen Preisstand erreicht. Diese vermehrten Ausgaben für notwendige Bedarfsartikel verringern natürlich die Aufnahmefähigkeit der Bevölkerung für industrielle Erzeugnisse. Die Nachfrage nach Verbrauchs- und Produktionsgegenständen ging unter der Einwirkung dieser Verhältnisse zurück, zumal da sich bei der Gütererzeugung und dem Güterumlauf auch infolge anderer Umstände, wie einer unglücklichen Witterung, der verschlechterten handelspolitischen Lage, der ungünstigen Lage Rußlands und verschiedener Erschwernisse auf dem Gebiete des Verkehrswezens weitere Störungen bemerkbar machten. Eine Verringerung des Abzuges, eine Verschärfung des Wettbewerbs, ein Rückgang der Preise und dazu Verluste an den Vorräten waren die Folge davon.

Feierschichten im Bergbau.

Bisher kamen aus der Kohlenindustrie immer noch günstige Stimmungsbilder. In den letzten Wochen hat man aber zweifellos sehr stark auf Lager gearbeitet. Nun scheinen aber auch diese Läger verstopft zu sein und der allgemeine Rückgang der Konjunktur erzwingt eine Einschränkung in der Kohlenförderung. Wie der „N.-W.-Ztg.“ gemeldet wird, macht sich, sogar schon die Einlegung von Feierschichten notwendig. Die Bergbau-Gesellschaft Neutissen hat gestern auf ihren beiden Schächten den Betrieb ruhen lassen.

Einschränkung der Kohlen- und Koksproduktion. Der Beirat des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats beschloß in der am 28. Februar stattgefundenen Sitzung eine Einschränkung der Kohlenförderung um 10 Proz. und der Koksproduktion um 20 Proz.

Die Aktiengesellschaften der deutschen Textilindustrie.

In den letzten Jahren haben die deutschen Textilunternehmungen große Profite eingeheimst. Die Zahl der dividendenverteilenden Gesellschaften hat erheblich zugenommen, die der dividendenlosen Gesellschaften ist stark gesunken. Wie die „Deutsche Wirtschaftszeitung“ aus den alljährlichen Zusammenstellungen des Verlages für Vorkurs- und Finanzliteratur veröffentlicht, betrug in den letzten sechs Jahren

Table with 3 columns: die Gesamtzahl der Textilaktiengesellschaften, davon dividendenverteilende, davon dividendenlose. Rows for years 1900/01 to 1906/07.

Von den gesamten Gesellschaften befanden sich im letzten Jahre elf (im Vorjahre 14) in Konkurs und sechs (wie im Vorjahre) in Liquidation.

Den Hauptteil der deutschen Textilaktiengesellschaften stellt die Baumwollindustrie.

In Uebereinstimmung mit dem besseren Geschäftsgange der letzten Jahre stand auch die Zunahme der Gründungstätigkeit.

Es wurden gegründet:

Table with 2 columns: Year, Anzahl Gesellschaften mit Aktienkapital. Rows for years 1901/02 to 1906/07.

Unter den 14 neuen Aktiengesellschaften des letzten Jahres befanden sich: 1 Baumwollspinnerei mit 2 000 000 M., 3 Baumwollspinnereien mit 3 600 000 M., 2 Fäbriken mit 4 250 000 M., 1 Spinnfabrik mit 750 000 M., 1 Feinmüllerei mit 1 000 000 M., 1 Leinwandfabrik mit 500 000 M., 1 Seidenwarenfabrik mit 1 300 000 M., 1 Pappfabrik mit 1 500 000 M., 2 Wäschefabriken mit 8 000 000 M.

Gerreheimer Glasbläserwerke. Der Umsatz in allen Fabrikaten betrug für das letzte Jahr 14 900 222 M. (13 515 108 M.). Nach Abzug der Abschreibungen von 521 157 M. (484 256 M.) verbleibt ein Gewinnüberschuss von 1 719 429 M. (1 807 000 M.). Davon sollen wie im Vorjahre 15 Proz. Dividende verteilt und 412 756 M. (128 270) auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Der deutsche Hugenhandel in Eisen. Die Eisenausfuhr betrug nach der amtlichen Statistik im Januar dieses Jahres 247 128 Tonnen gegen 280 636 Tonnen im Dezember 1907 und 258 918 Tonnen im Januar 1907, die Eiseneinfuhr 41 885 Tonnen gegen 72 300 Tonnen im Dezember und 48 998 Tonnen im Januar 1907. Die Ausfuhr ist ebenso wie die Einfuhr, die sich mit nahezu der Hälfte auf englisches Hoheisen erstreckt, gegen den Vormonat betrüblich, gegen den Vergleichsmonat des Vorjahres nicht unbedeutend zurückgegangen.

Kölnener Bergwerksverein. Der Kohlenüberschuss für 1907 betrug 8 466 041 M. (im Vorjahre 8 058 810 M.), zu Abschreibungen werden 1 137 600 M. = 13,96 Proz. des Aktienkapitals (i. S. 837 782 M.) und zu Rückstellungen 250 000 M. (i. S. 150 000) verwendet, so daß nach Abrechnung der Gewinnanteile ein verfügbare Ueberschuss von 1 800 000 M. = 30 Proz. des Aktienkapitals von 6 000 000 M. verbleibt. Für 1908 wurden 30 Proz. Dividende gezahlt.

Kaiserliche Handelsbank. Der Jahresgewinn pro 1907 beträgt 3 584 004 M. gegen 3 056 530 M. aus dem Jahre 1906. Die Aktionäre erhalten 8 Proz. Dividende.

Die Aktiengesellschaften in der Schweiz. Nach der neuesten Statistik gab es Ende 1906 in der Schweiz 2044 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 2270,48 Millionen Frank.

Getreidestärkeindustrie in der Schweiz. In der Schweiz sind bis jetzt 210 000 Pferdekräfte nutzbar gemacht worden, während noch etwa 518 000 zur Verfügung stehen. Die Zahl der in der elektrischen Industrie tätigen Firmen beträgt 41 mit einem investierten Kapital von 64 000 000 Frank. Diese Betriebe beschäftigten im Jahre 1906 10 500 Arbeiter hatten einen Umsatz von 67 000 000 Frank und führten für 67 000 000 Frank Produkte aus.

Aus der Frauenbewegung.

Der weibliche Liberalismus.

Wie sie den Mund voll nehmen, die freisinnigen Damen! Der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht macht gewaltig Lärm. Tam fürs Frauenwahlrecht. Aber mit gar wenig Erfolg! Im eigenen Lager scheint man sich wirklich gar wenig fürs Frauenwahlrecht zu interessieren. Die von den Frauenwahlrechtlerinnen einberufenen Versammlungen sind hervorragend wegen ihrer — gähnenden Leere, sie klingen oft gar nicht abgehalten werden, wenn nicht Angehörige anderer Parteien sich einfinden würden. Die „Frauenbewegung“ berichtet über ruhende bürgerliche Frauenvereine, die alle unter liberaler Flagge segeln. Wer nicht

besser orientiert ist, schreibt diesen Vereinen einen gewaltigen Mitgliederstand zu. Aber meist bestehen sie nur aus Vorstandsdamen. Der Stamm ist wohl, der Kern fehlt. Es sind nur Offiziere vorhanden, die Mannschaften fehlen. Klappern gehört zum Handwerk. Es muß so aussehen, als ob wirklich etwas dahinter steckt. Frauen, die wirklich ersten Bestrebungen huldigen, können aber auch an dem jeden Bewußt der männlichen und weiblichen Freundschaften keinen Gefallen finden. Herr v. Verlach, der immer betont hat, die Liberalen würden nicht eher ruhen, als bis das Frauenwahlrecht erobert sei, hat jetzt den Damen empfohlen, sich damit zu begnügen, den Männern das Reichstagswahlrecht in Preußen erkämpfen zu helfen. Die radikalen bürgerlichen Frauen nicht das Masseninteresse zuzieh, sie mühten sich längst der Sozialdemokratie, der einigsten Partei, die für Frauenrechte voll und ganz eintritt, eingeschlossen haben. Darüber muß man sich in bürgerlichen Frauenkreisen klar sein, daß von dem sozialistischen Freisinn nichts zu erhoffen ist.

Am aldenburgischen Landtage hat sich dieser Tage aufs neue gezeigt, wie Geistes Kinder die Freisinnigen sind. Nicht ein einziger freisinniger Landtagsabgeordneter hat auch nur den Mund aufgetan für die Einführung des Frauenwahlrechtes, nicht ein einziger hat dafür gestimmt. Das heißt die Damen nicht nur nicht ab, Führerinnen der Frauenrechtlerinnen übertragen die männlichen Liberalen sogar noch in reaktionärem Tatendrang, Fräulein Wischniewska, die Vorsitzende der Liberalen Frauenpartei, hat es offen ausgesprochen, daß sie gar nicht für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht ist. In Nr. 23 der „Frauenbewegung“ schreibt sie:

Ich frage, daß es im Interesse des Staatsganzen wie auch im Interesse des Liberalismus läge, wenn die Entwicklung zum Reichstagswahlrecht nur kufengemäß erfolgt. Die sofortige Einführung würde uns die Majorität der beiden Parteien bringen, von denen die Freiheit des Geistes, die wir auf allen Gebieten erstreben, keinesfalls zu erwarten wäre. Ob der Papst, der die Freiheit des Denkens erdroffelt, Bebel oder Pius X. hier, wäre völlig gleichgültig.

Hier ist es ganz klipp und klar ausgesprochen, mit den Parteien, die für das allgemeine Wahlrecht eintreten, will man nichts zu tun haben. Die bürgerlichen Damen bleiben ihrem alten Standpunkt getreu; sie kämpfen nicht für Verbesserungen, die das gesamte weibliche Geschlecht betreffen, sondern sie ringen nur um größere Rechte für ihre eigene Klasse. Sie sind sogar bereit, auf alles zu verzichten, nur damit die arbeitende Klasse keine Vorteile erlangt. Und das nennt sich — liberal. So sieht der Rettungsdanker politischer Optimisten aus. Nun will allerdings die äußerste Linke der bürgerlichen Frauen für Frä. Wischniewskas Ansichten nicht mit demantworlich gemacht werden. In Nr. 8 der „Frauenbewegung“ vertritt sich Frau Toni Breitscheid dagegen, die Liberale Frauenpartei mit dem Frauenstimmrechtverband zu identifizieren. Doch was will das sagen! Sie sind doch alle Kinder einer Klasse. Im Lager der gesamten bürgerlichen Frauenrechtlerinnen wird man ganz gerne mit einem beschränkten Frauenwahlrecht, geführt auf Bildung und Geld, zufrieden sein.

In der aldenburgischen Stadt Bant haben unsere Genossinnen kürzlich leider erst noch traurigere Erfahrungen mit den bürgerlichen Damen machen müssen. Sie machten diesen durchaus nicht zu rechtzuziehende Konfessionen, wofür die Damen die Sozialdemokratie beschimpften. Dieses und das schwache Interesse der bürgerlichen am Wahlrechtskampf überhaupt, hat auch den Bonter Genossinnen ein Licht über den wahren Charakter ihrer Bundesgenossinnen aufgehen lassen. Es gibt kein Beispiel dafür, daß bei Kompromissen die — Linke nicht Opfer hat bringen müssen und an Ansehen verlor.

Mißstände in Blumengeschäften.

Für die Angestellten der Berliner Blumengeschäfte, die sich zum großen Teil aus weiblichen Personen rekrutieren, kommen dieselben Arbeiterschutzgesetze in Frage, die auch für das übrige Handelsgewerbe Geltung haben. Aber sie werden wenig oder gar nicht beachtet. Am meisten werden die Bestimmungen über die Sonntagsruhe übertreten. Nach den Vorschriften ist in der Zeit des Hauptgottesdienstes (in Berlin von 10—12 Uhr) jede Tätigkeit untersagt. In vielen Blumengeschäften wird jedoch während dieser Zeit durcharbeitet. Wir haben wiederholt beobachten können, daß Kadfahrer Ware während der ganzen Zeit von 10—12 Uhr ausgefahren haben. In den Geschäften selbst werden Blumen eingeführt, Strauße, Kränze und andere Blumenarrangements angefertigt, der Laden wird geputzt usw. Ob die Polizei davon wirklich nichts sieht? Wenn Arbeiter Sonntags während dieser Zeit mal mit einem Paket Flugblätter über die Straße gehen, dann hat schon mancher Ordnungswächter das „vorgezeichnete Kergernis“ genommen und den Betreffenden zur Anzeige gebracht. Eine andere Betrachter, die von sehr vielen Blumengeschäftsinhabern täglich übertreten wird, ist die der 11stündigen Ruhezeit. Die Geschäfte werden in Berlin um 9 Uhr abends geschlossen. Die Arbeit dürfte demnach erst um 8 Uhr morgens wieder aufgenommen werden. Am 7 Uhr morgens ist in dem größten Teil der Berliner Blumengeschäfte das Personal aber schon in Tätigkeit. Von sonstigen Arbeiterschutzbestimmungen, wie Wirtspause, Sittlichkeit usw. ganz zu schweigen. Sittlichkeit ist allerdings auch in den Blumengeschäften vorhanden, jedoch nur für das laufende Publikum. Und die Gewerbeinspektion ist anscheinend zu sehr überlastet, um sich wegen der Blumengeschäfte bemühen zu können. In einem größeren Blumengeschäft, wo neun Personen beschäftigt sind, fehlt jede Mosellanlage. Die weiblichen Angestellten waren dadurch gezwungen, ihre Bedürfnisse auf dem Abort eines in der Nähe liegenden Bahnhofs zu erledigen, wofür sie bei jedermaliger Benutzung 10 Pf. zahlen mußten. Nachdem die Sache einen Monat so gegangen war, begab sich ein Organisationsvertreter zu dem zuständigen Gewerbeinspektor, legte ihm die Sache dar, und wurde auch Abhilfe versprochen. Dies war am 31. Dezember vorigen Jahres, bis zum heutigen Tage hat aber noch kein Gewerbeinspektor oder Beauftragter dasselben in dem Betriebe sehen lassen.

Wie in jedem anderen Beruf, ist auch hier die Organisation berufen, Wandel zu schaffen. Die hier in Frage kommende Organisation, die Sektion der Blumengeschäftangestellten des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins, Bureau: Berlin N. 37, Reher Straße 3, hat nun für Mittwoch, den 4. März, abends 10 Uhr, eine Versammlung einberufen, die im Verbandshaus der Gastwirtschaften: Große Hamburger Straße 18/19, stattfinden. Genossin Martha Poppe wird referieren. An die Parteigenossen und -genossinnen wird die Bitte gerichtet, ihre Töchter, Verwandte und Bekannte auf die Versammlung aufmerksam zu machen.

Gerichts-Zeitung.

Rowdys.

Vor der 180. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte hatten sich gestern wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge der Berliner Wabistons Schlichte und der Kutscher Otto Wabiste zu verantworten. Am 3. Januar d. J. hatten zwei Kraftfahrzeugführer, Wüte und Franke, nach Verurteilung ihrer Tagesfahrten noch ein Lokal in der Invalidenstrasse aufgesucht. Hieran schloß sich eine kleine Bierstube; bei welcher die beiden in ein Kaffeehaus in der Adrestraße hineingekletterten. Hier machten sie die Bekanntschaft einer angeblichen Käslerin, die sie zu einer Fortsetzung der Ausflure in ihrer Wohnung einlad. Hier kam es zu verschiedenen Schlägen zu einer heftigen Auseinandersetzung, die schließlich in eine Schlägerei ausartete. Die W. öffnete plötzlich das Fenster und rief einige Worte in den Hof hinaus. Als die beiden Kraftfahrzeugführer nach einiger Zeit den besagten Hofpassierten, sprangen plötzlich die beiden Angeklagten, die der W. beschädi-

denste“ leisteten, auf sie zu und schlugen mit Schlägringen und einem Hammer auf sie ein. Zugleich verurteilten die gefährlichen Prüken die von ihnen Angegriffenen nach einem Kellereingang zu drängen und sie hineinzustößen. Es gelang den schon über Jüngerschaften, sich den Rowdys durch die Flucht zu entziehen. Beide hatten so schwere Verletzungen erlitten, daß sie längere Zeit das Bett hüten mußten. Vor Gericht legten die Angeklagten wiederholt ein überaus dreistes Benehmen an den Tag. Das Gericht erkannte, da es sich anscheinend um ein paar höchst gemeingefährliche Rowdys handelte, gegen Schlichte auf neun Monate und gegen Wabiste auf drei Monate Gefängnis. Schlichte wurde außerdem sofort verhaftet. Er begann schon während der Urteilsverkündung den „wilden Mann“ zu spielen und konnte erst nach einem heftigen Kampf durch drei Gerichtsdienere überwältigt und in das Gefängnis abgeführt werden.

Aus der Mecklenburger Rechtspflege.

Mecklenburger Zeitungen entnehmen wir folgende Berichte über an ein und demselben Tage von dem Wismarer Schöffengericht gefällte Urteile.

1. Gegen das Mädchen Frieda R. in Barnelow war von dem vereinten riterrichtlichen Kollegium für Barnelow in Wismar unterm 11. Januar d. J. eine Straferfügung, lautend auf zehn Mark Geldstrafe ausshäufig drei Tage Haft, erlassen, wegen der Beschuldigung, ihren Dienst bei der Köchlerin W. in Ruppelshof am 28. Oktober v. J. und darauf, nachdem sie zwangsweise dorthin zurückgeführt war, am 11. Dezember v. J. nochmals ohne Rechtsgrund verlassen zu haben. Wegen dieser Straferfügung hatte die Angeklagte auf gerichtliche Entscheidung angetragen. Das Gericht erkannte gegen die Angeklagte auf eine Geldstrafe von zwanzig Mark ausshäufig sechs Tage Haft.

2. Aus der Haft wurde vorgeführt der Arbeiter S. aus Ezlanow, welchem zur Last gelegt war, am 27. Januar d. J. sich als obdachlos und mittellos auf der hiesigen Polizeiwache gemeldet zu haben, um freies Nachtquartier zu erhalten, obgleich er noch ganze 82 Pfennige bei sich trug und auch wußte, daß nur mittellose Personen freies Obdach gewährt wird. Der Angeklagte wurde deshalb — wegen verführerischer Betrug zu einer Gefängnisstrafe von drei Tagen verurteilt.

3. Wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs und Dienstvergehens hatten sich vier Arbeiter zu verantworten. Dieselben waren am 21. Januar d. J. abends in Weitenhof gemeinschaftlich gegen den Willen ihres Dienstherrn in das Wohnhaus desselben eingedrungen, um diesem Vorhaltungen wegen schlechten Essens zu machen. Als sie dann mehrfach zum Verlassen des Hauses aufgefordert wurden, haben sie sich nicht sogleich aus demselben entfernt. Hierdurch hatten die Angeklagten aber auch ihre vertragmäßigen Verpflichtungen als Diensthöten verletzt, da sie den schuldigen Gehorsam verweigerten und sich einer großen Ungebühr schuldig machten. Dem Arbeiter S. war außerdem noch zur Last gelegt, sich am 28. Januar d. J. gegen den ausdrücklichen Befehl seines Dienstherrn in dessen Wohnhaus begeben zu haben, um die Wirtschaftlerin zu belästen. Der Angeklagte R. wurde zu einer Gefängnisstrafe von fünf Wochen, S. zu einer solchen von zwei Wochen, G. zu einer solchen von einer Woche und B. zu einer Gesamtsstrafe von drei Wochen und drei Tagen Gefängnis verurteilt.

Das Schöffengericht, das solche weltfremden Urteile fällt und gar den armen obdachlosen Arbeiter wegen Betruges verurteilt, weil er seinen Reichtum von 82 Pfennigen verschwiegen hatte, war mit keinem Arbeiter belegt: ein Färbereibesitzer, ein Schmiedemeister und ein Gerichtsoffizier fällten die angeführten Urteile.

Flugblattverteilen ist kein großer Unfug. Die organisierten Arbeiter in Bernath bei Düsseldorf hatten zwei Saalbesitzer beschlössert, weil diese ihre Lokale zu Versammlungen verweigerten. Um den Vorkauf wirklich zu gestalten, beschloßen die Arbeiter, Flugblätter zu verteilen, in welchen auf die Sperre hingewiesen wurde. Zwei Genossen ließen sich von der Polizeibehörde Erlaubnisheine zur Verbreitung der Flugblätter auf der Straße ausstellen. Trotz der Erlaubnisheine erhielten die beiden Strafmandate zu 20 bzw. 10 M., weil das Verteilen der roten Zettel eine Belästigung des Publikums und eine Störung der Sonntagsruhe und, wie das Gericht später annahm, großer Unfug sei. Die Strafmandate wurden von dem Schöffengericht in Gerresheim und von der Strafkammer in Düsseldorf bestätigt. Auf die Revision der Angeklagten hin hatte das Kammergericht das Urteil aufgehoben.

Die Düsseldorf Strafkammer beschäftigte sich dieser Tage deshalb zum zweiten Male mit der Angelegenheit. Der Staatsanwalt küßt, der schon im ersten Verfahren für Freisprechung eingetreten war, begründete seinen wieder auf Freisprechung lautenden Antrag damit, daß von einer unmittelbaren Belästigung durch Flugblattverteilen keine Rede sein könne. Die öffentliche Ruhe würde auch nicht dadurch gefährdet, wenn eine Person dem Wirte gegenüber seinen Unmut darüber ausdrücke, oder wenn von einigen Personen die Zettel beiseite geworfen würden. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts an und sprach die Angeklagten frei mit Ueberbürdung aller Kosten auf die Staatskasse.

Verfammlungen.

Holzarbeiterverband. Die Generalversammlung der Zahlstelle Berlin wurde am Mittwoch in Freyers Saal abgehalten. Viele erkrankte den Kassenbericht für das abgelaufene Jahr. Insbesondere gab er eine ausführliche Darstellung der durch die Ausperrung verursachten Kosten. — Glöde, der den Vorstandsbericht erstattete, gedachte ebenfalls der Ausperrung und des Resultats derselben. Er betonte, daß wenn auch nicht alles erreicht wurde, was die Mitglieder wünschten, so könne man doch mit Befriedigung auf den Ausgang des Kampfes zurückblicken; denn die Absicht der Unternehmer, den Verband kampfunfähig zu machen, sei nicht gelungen. Der Verband habe nach beendeter Ausperrung neue Kämpfe mit Erfolg geführt, sowohl bei den nicht unter dem Vertrage stehenden Werkstätten in Berlin, als auch in anderen Orten. — Die Arbeitslosigkeit sei in Berlin besonders groß, in auswärtigen Orten lägen aber die Verhältnisse erheblich günstiger, wie aus der Statistik des Verbandes hervorgehe. Es sei anzunehmen, daß zum Frühjahr viele Kollegen, die sich jetzt in Berlin aufhalten, auswärtige Arbeit finden und finden werden, so daß sich dadurch die Verhältnisse für die in Berlin Zurückbleibenden bessern würden.

Huth erstattete den Bericht vom paritätischen Arbeitsnachweis. Die höchste Zahl der Arbeitslosen war am 7. Januar d. J. zu verzeichnen. An diesem Tage meldeten sich 3400 Arbeitslose zur Kontrolle. Da nicht alle Eingetragenen täglich zur Kontrolle kommen, so kann die Zahl der Arbeitslosen am 7. Januar auf 4200 angenommen werden. Seitdem ist die Zahl etwas zurückgegangen, sie beträgt jetzt 3307. Während im Januar vorigen Jahres 47 Proz. der Arbeitsuchenden Arbeit erhielten, waren es im Januar dieses Jahres nur 33 Proz. — Es folgte eine längere Aussprache über die Arbeitslosigkeit und die Arbeitsvermittlung. Dann wurde beschlossen, den Arbeitslosen eine Vertretung in den Vertrauensmännerversammlungen zuzubilligen und alle 14 Tage eine Arbeitslosenversammlung abzuhalten.

Ueber die beantragte Anstellung eines neuen Verbandssekretärs kam es zu einer längeren Debatte. Schließlich wurde beschlossen, die weitere Diskussion über diese Angelegenheit sowie die Revision der Urteilsverkündung zu vertagen und in einer besonderen Generalversammlung zu erledigen.

Eingegangene Druckschriften.

Le Tomolo (Der Feuge, Bild- und Karikaturenblatt). 2. Jahrgang Nr. 7 vom 15. Februar. Preis 20 Cent. Das Wissen für Alle. Populärwissenschaftliche Wochenschrift. Preis 30 Pf. Vierteljährlich 3 R. Erscheint wöchentlich. Verlag Gutenberg, Hamburg-Großportel. Reclam Universum. Moderne illustrierte Wochenschrift. Heft 21. Wöchentlich ein Heft. Preis 30 Pf. Verlag von Philipp Reclam jun., Leipzig, Inselstr. 2. Der Kunstwart. Halbmonatsschau für Kunst- und Kultur auf allen Lebensgebieten. Herausgeber: Ferdinand Koenig. Verlag von Georg D. W. Callwey in München. (Vierteljährlich 4 R., das einzelne Heft 75 Pf.) Anton Wenger. Das bürgerliche Recht und die bestellten Volksklassen. Vierte Auflage. Preis geb. 3 R. Leinwand geb. 4 R. Verlag der D. Knapp'schen Buchhandlung, Tübingen. Dr. Karl Sonnenschein. Kampf der modernen Student sozial arbeiten? Preis 50 Pf. Volkswirtschafts-Verlag, München-Bladbach.

Wärg. Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: Ludwig Thoma, Hermann Dörsch, Albert Langen, Kurt Kram. Zweites Heft vom 1. März 1908. Preis 1,20 R., Quartal (3 Hefte) 3 R. Verlag von Albert Langen, München. Weltpolitik und Schulpolitik. Festschrift, gehalten von Professor Richard Eichhoff. Preis 40 Pf. Verlag von S. O. Teubner, 1908. Leipzig-Berlin. Wünsche für die Agitation und Organisation. Herausgegeben vom Agitationskomitee für die obere Rheinprovinz. 16 Seiten. Verlag der 'Rheinischen Zeitung', Köln. Der Mensch und die Erde. Die Entstehung, Entwicklung und Verwertung der Schätze der Erde als Grundlagen der Kultur. Herausgegeben von Hans Kraemer. Preis pro Heft 60 Pf. Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin - Leipzig - Wien - Stuttgart. G. Gauermeister und W. Rieck. Lehr- und Nachschlagewerk für Werkstatt und Bureau des gesamten Maschinenbaues. Preis 3 R. Verlag von August Hülger, Unter-Bochum. Jahresbericht. Deutscher Metallarbeiter-Verband 1907. Verwaltungsratsbericht. Frankfurt a. M., Selbstverlag.

'Kultur und Fortschritt'. Heft 142. Die Trennung von Staat und Kirche in Frankreich. Von Dr. Rüdiger Schürmayer. - Heft 143. Die moderne Friedensbewegung in Deutschland und Frankreich. Von Wfr. D. Feiler. - Heft 144. Der 'Mehrwert' der Arbeit. Von W. Blauf. - Heft 145. Hauswirtschaftslehre - eine soziale Notwendigkeit. Von Marianne Linn von Waldkamp. - Heft 146. Fichte als Erwerber. Von Wilm von Winterfeld. - Heft 147. Der moderne, landschaftliche Zentralort in den Groß- und Industriegebieten. Von Emil Wernick. - Heft 148. Das Vereinswesen in seiner kulturellen Bedeutung. Von Dr. F. Winterstein. - Heft 149/150. Der öffentliche Wohnungsnachweis. Von W. v. Ralstheim. 50 Pf. - Heft 151. Der Bund für Vaterland und seine Gegner. Von Heide Schreiber. Einzelh. 25 Pf. Verlag: F. Dietrich, Gaußstr. 5, Leipzig. Dr. Joseph W. Sacreuilher. Grundfragen der sozialen Versicherung in Österreich. Ergebnisse der Beratung des Arbeitsrates. Preis 1 R. Ranzsche L. u. I. Hof-Verlags- und Universitäts-Buchhandlung, Wien. Nord und Süd. Heft 2. Monatschrift. Vierteljahr 6 R. Verlag: S. Schottländer, Berlin W. 35.

Aus den Jansen der Jansen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Sonnabend, 29. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Wida. Königl. Schauspielhaus. Geschloß. Desirée. Die Räuber. Kammerstücke. Lystra. (Anfang 8 Uhr.) Berliner Hoftheater. Vorking. Don Juan. Theater an der Spree. Ungültig.

Leffing. Das Tal des Lebens. Neues. Simson. Lustspielhaus. Panna. Nachmittags 8 Uhr: Winterm. Neues Schauspielhaus. Wolkenkratzer. Nachmittags 8 Uhr: Der Barbier von Sevilla. Vorher: Genen aus Arabadour. Schiller O. (Wagner-Theater.) Auf der Sonnenseite. Schiller Charlottenburg. Der rote Leutnant. Komische Oper. Tiefland. Kleines. 2x2=5. Friedrich. Wilhelmshöhe. Schauspielhaus. Madame Sans Gène. Heibel. Frau Warrens Gewerbe. Weiten. Ein Holztraum. Reibung. Sibi. Der selbige Octave. Zentral. Ein seltsamer Fall. Luise. Unser Doktor.

Nachmittags 4 Uhr: Aschenbrödel. Thalia. Immer oben auf. Trianon. Baron Tots. Bernhard Niese. Trilby. Nachmittags 4 Uhr: Königlicher. Metropoli. Das muß man seh'n. Stosch. Mitißlaw der Moderne. La belle Mitiß. Beim schönen Vinton. Helles Caprice. Jeunesse dorée. Paraphrase 143. Mal was andres. Gebr. Herrnsfeld. Papa und Genossen. Salomonisches Urteil. Bürgerl. Schauspielhaus. Geblößen. Katus. Die Freuden der Hauslichtel. Parodie. Rosenmontag. Wintergarten. Otto Kratter. Spezialitäten. Wahage. Rde. Guerrilla. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Gustav Behrend. Spezialitäten. Carl Haberland. Spezialitäten. Walhalla. Spezialitäten. Helles Bergere. Spezialitäten. Palast. Neujahrsgestaltung. Spezialitäten.

Urania. Taubenstr. 49/49. Nachmittags 4 Uhr: Frühlingsstage an der Riviera. Abends 8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt. Hörsaal 8 Uhr: Das Auge und die subjekt. Farbenwahrnehmungen. Rixdorfer Theater. Bürgeräle, Bergstraße Nr. 147. Sonntag, den 1. März: Gastspiel des Opern-Ensembles (Theater d. Westens) Der Waffenschmied. Oper in 3 Akten von Vorking. Anfang 7 1/2 Uhr.

Residenz-Theater. - Direktion: Richard Alexander. - 8 Uhr. 'Bibi.' 8 Uhr. Schwan in 3 Akten von de Gorce und de Marlan. Dreißigst. Richard Alexander. Hierauf: Der selbige Octave. Sonntag, den 1. März, 3 Uhr: Haben Sie nicht zu verzocken? Heibel-Theater, Königsgräber. Abends 8 Uhr: Frau Warrens Gewerbe. Drama in vier Akten von S. Scham. Lustspielhaus. Nachm. 3 Uhr & 1 R.: Winterm Zaun. Abends 8 Uhr: Panna. Zentral-Theater. Heute und folgende Tage: Ein seltsamer Fall mit Alwin Neuß. Raffeneröffnung. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Ein glücklicher Familienvater. Luise-Theater. Reichenbergerstr. 34. Nachmittags 4 Uhr: Aschenbrödel. Abends 8 Uhr: Unser Doktor. Sonntag nachm. 3 Uhr: Ein verlorener Sohn. Abends: Des Wädhens Lebenswege. Montag: Unser Doktor.

Metropol-Theater. Abends 8 Uhr: Das muß man seh'n!! Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schults. Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary. - Rauchen überall gestattet. - Sonntag, 1. März, nachm. 3 Uhr: Neues! Allerneuestes!

Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Gastspiel Hansi Niese: Die Förster-Christel. Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Ferdinand Bonn als Gast. Simson. Sonntag: Simson. Montag zum 25. Male: Simson. Kleines Theater. Abends-8 Uhr: 2 mal 2 = 5. Sonntag nachm. 3 Uhr: Maria Wogdalene. Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5. Theater des Westens. 8 Uhr: Ein Walzertraum. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr habe Preise: Die lustige Witwe. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Madame Sans Gène. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachspiel. Abends 8 Uhr: König Heinrich. Fortzing-Oper. Belle-Alliance-Straße 7/8. Abends 7 1/2 Uhr: Don Juan. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Troubadour. Abends 8 Uhr: Jar und Zimmermann.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Madame Sans Gène. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachspiel. Abends 8 Uhr: König Heinrich. Fortzing-Oper. Belle-Alliance-Straße 7/8. Abends 7 1/2 Uhr: Don Juan. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Troubadour. Abends 8 Uhr: Jar und Zimmermann.

Residenz-Theater. - Direktion: Richard Alexander. - 8 Uhr. 'Bibi.' 8 Uhr. Schwan in 3 Akten von de Gorce und de Marlan. Dreißigst. Richard Alexander. Hierauf: Der selbige Octave. Sonntag, den 1. März, 3 Uhr: Haben Sie nicht zu verzocken? Heibel-Theater, Königsgräber. Abends 8 Uhr: Frau Warrens Gewerbe. Drama in vier Akten von S. Scham. Lustspielhaus. Nachm. 3 Uhr & 1 R.: Winterm Zaun. Abends 8 Uhr: Panna. Zentral-Theater. Heute und folgende Tage: Ein seltsamer Fall mit Alwin Neuß. Raffeneröffnung. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Ein glücklicher Familienvater. Luise-Theater. Reichenbergerstr. 34. Nachmittags 4 Uhr: Aschenbrödel. Abends 8 Uhr: Unser Doktor. Sonntag nachm. 3 Uhr: Ein verlorener Sohn. Abends: Des Wädhens Lebenswege. Montag: Unser Doktor.

Metropol-Theater. Abends 8 Uhr: Das muß man seh'n!! Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schults. Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary. - Rauchen überall gestattet. - Sonntag, 1. März, nachm. 3 Uhr: Neues! Allerneuestes!

Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Gastspiel Hansi Niese: Die Förster-Christel. Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Ferdinand Bonn als Gast. Simson. Sonntag: Simson. Montag zum 25. Male: Simson. Kleines Theater. Abends-8 Uhr: 2 mal 2 = 5. Sonntag nachm. 3 Uhr: Maria Wogdalene. Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5. Theater des Westens. 8 Uhr: Ein Walzertraum. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr habe Preise: Die lustige Witwe. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Madame Sans Gène. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachspiel. Abends 8 Uhr: König Heinrich. Fortzing-Oper. Belle-Alliance-Straße 7/8. Abends 7 1/2 Uhr: Don Juan. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Troubadour. Abends 8 Uhr: Jar und Zimmermann.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Madame Sans Gène. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachspiel. Abends 8 Uhr: König Heinrich. Fortzing-Oper. Belle-Alliance-Straße 7/8. Abends 7 1/2 Uhr: Don Juan. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Troubadour. Abends 8 Uhr: Jar und Zimmermann.

Residenz-Theater. - Direktion: Richard Alexander. - 8 Uhr. 'Bibi.' 8 Uhr. Schwan in 3 Akten von de Gorce und de Marlan. Dreißigst. Richard Alexander. Hierauf: Der selbige Octave. Sonntag, den 1. März, 3 Uhr: Haben Sie nicht zu verzocken? Heibel-Theater, Königsgräber. Abends 8 Uhr: Frau Warrens Gewerbe. Drama in vier Akten von S. Scham. Lustspielhaus. Nachm. 3 Uhr & 1 R.: Winterm Zaun. Abends 8 Uhr: Panna. Zentral-Theater. Heute und folgende Tage: Ein seltsamer Fall mit Alwin Neuß. Raffeneröffnung. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Ein glücklicher Familienvater. Luise-Theater. Reichenbergerstr. 34. Nachmittags 4 Uhr: Aschenbrödel. Abends 8 Uhr: Unser Doktor. Sonntag nachm. 3 Uhr: Ein verlorener Sohn. Abends: Des Wädhens Lebenswege. Montag: Unser Doktor.

Metropol-Theater. Abends 8 Uhr: Das muß man seh'n!! Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schults. Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary. - Rauchen überall gestattet. - Sonntag, 1. März, nachm. 3 Uhr: Neues! Allerneuestes!

Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Gastspiel Hansi Niese: Die Förster-Christel. Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Ferdinand Bonn als Gast. Simson. Sonntag: Simson. Montag zum 25. Male: Simson. Kleines Theater. Abends-8 Uhr: 2 mal 2 = 5. Sonntag nachm. 3 Uhr: Maria Wogdalene. Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5. Theater des Westens. 8 Uhr: Ein Walzertraum. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr habe Preise: Die lustige Witwe. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Madame Sans Gène. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachspiel. Abends 8 Uhr: König Heinrich. Fortzing-Oper. Belle-Alliance-Straße 7/8. Abends 7 1/2 Uhr: Don Juan. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Troubadour. Abends 8 Uhr: Jar und Zimmermann.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Madame Sans Gène. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachspiel. Abends 8 Uhr: König Heinrich. Fortzing-Oper. Belle-Alliance-Straße 7/8. Abends 7 1/2 Uhr: Don Juan. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Troubadour. Abends 8 Uhr: Jar und Zimmermann.

Residenz-Theater. - Direktion: Richard Alexander. - 8 Uhr. 'Bibi.' 8 Uhr. Schwan in 3 Akten von de Gorce und de Marlan. Dreißigst. Richard Alexander. Hierauf: Der selbige Octave. Sonntag, den 1. März, 3 Uhr: Haben Sie nicht zu verzocken? Heibel-Theater, Königsgräber. Abends 8 Uhr: Frau Warrens Gewerbe. Drama in vier Akten von S. Scham. Lustspielhaus. Nachm. 3 Uhr & 1 R.: Winterm Zaun. Abends 8 Uhr: Panna. Zentral-Theater. Heute und folgende Tage: Ein seltsamer Fall mit Alwin Neuß. Raffeneröffnung. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Ein glücklicher Familienvater. Luise-Theater. Reichenbergerstr. 34. Nachmittags 4 Uhr: Aschenbrödel. Abends 8 Uhr: Unser Doktor. Sonntag nachm. 3 Uhr: Ein verlorener Sohn. Abends: Des Wädhens Lebenswege. Montag: Unser Doktor.

Metropol-Theater. Abends 8 Uhr: Das muß man seh'n!! Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schults. Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary. - Rauchen überall gestattet. - Sonntag, 1. März, nachm. 3 Uhr: Neues! Allerneuestes!

Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Gastspiel Hansi Niese: Die Förster-Christel. Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Ferdinand Bonn als Gast. Simson. Sonntag: Simson. Montag zum 25. Male: Simson. Kleines Theater. Abends-8 Uhr: 2 mal 2 = 5. Sonntag nachm. 3 Uhr: Maria Wogdalene. Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5. Theater des Westens. 8 Uhr: Ein Walzertraum. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr habe Preise: Die lustige Witwe. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Madame Sans Gène. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachspiel. Abends 8 Uhr: König Heinrich. Fortzing-Oper. Belle-Alliance-Straße 7/8. Abends 7 1/2 Uhr: Don Juan. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Troubadour. Abends 8 Uhr: Jar und Zimmermann.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wagner-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: Auf der Sonnenseite. Lustspiel in 3 Akten von Oskar Blumenthal u. Gustav Kadelburg. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Kaiserjäger. Sonntag, abends 8 Uhr: Reiterattacke. Montag, abends 8 Uhr: Der Revisor. Schiller-Theater Charlottenburg. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der rote Leutnant. Schauspiel in drei Akten von Eduard Gubbed und Hermann Kienzl. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Richter von Zalamea. Sonntag, abends 8 Uhr: Kaiser und Gallier. Erster Teil: Solars Abfall. Montag, abends 8 Uhr: Auf der Sonnenseite. Schiller-Saal (Schiller-Theater) (Charlottenburg) 6 Uhr: Vortrag von Prof. Dr. P. Schabring: Anleitung zum Vertragen von Kunstwerken. 9 Uhr: Dr. W. Burkhart: Richard Wagner und Franz Liszt: Die Entstehung des modernen Liedes.

WINTERGARTEN Sonntag, den 1. März 1908 und folgende Tage: Das neue glänzende Spezialitäten-Programm, ferner Große Internationale Ringkampf-Konkurrenz um die Siegesprämie von 10000 Mark. Ehrenprotectorat: Herr Professor Reinhold Begas. Laurent le Beaucalais Jacob Koch Ahmed Madrail Weltmeister Frankreich Weltmeister Deutschland Türkei Michael Hitzler Antonitsch Gerigkoff der Türkenbesieger der serbische Riese Polen Albert Sturm Noël le Bordelais Marchand Berlin Südfrankreich Frankreich Wachtrow Bambusa (Salvator) Longeyk Rußland West-Indien England Bernard Max Schneider Gambler II (Vranken) Belgien Berlin Belgien Raoul de Lyon Willy Chase Oskar Schneider Frankreich Singhaleso Sachsen Altman Savanug Schbliski Berlin Rheinland Berlin Hans Schwarz Banola de Vriat Bayern Italien Holland Victor le Marin Franz Sauerer Frankreich München Die Kämpfe werden unter strengster Kontrolle der Presse und des Schiedsgerichts ausgefochten, und wird jeder Ringler, welcher sich einer Unrechtheit schuldig macht, unannäherlich disqualifiziert.

Zirkus Schumann Heute Sonnabend, 29. Februar, 1/2 8 Uhr: XXIV. gr. Soirée High Life. Das Tagesgespräch v. Berlin. Resisto das elektrische Rätsel. Neues Wunder aus Amerika. Kunstschiffahrtstuppe Klein. Prachtantenne AMERIKA Morgen Sonntag 2 Vorstellungen 1/4 und 1/2 8 Uhr. Nachm.: Die lustigen Hebelberger mit dem urdröhligen Programm. In beiden Vorst. Relitto, das elektr. Rätsel. Nachm. 1 Kind frei, jedes weitere halbe Preis.

Sanssouci Kottbusor Straße 6. Direktion: Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Nordd. Skinger und Tanzkränzchen Beg. Sonntag, 5. wochent. 8 1/2. Morgen Sonntag: Große Circ-Soirée. - Tanz.

Deutsche Konzerthallen An der Spandauer Brücke 3. Täglich Deutsch-Amerikanischer Urbock-Trubel.

XIII. Saison. Zirkus Busch Sonnabend abends 7 1/2 Uhr: Gala-Abend. II. a.: Novität! Gr. Sensation! Novität! Mr. Lytton! Automobil-Zeltomortale! Die phän. Aurora-Truppe! Herr Kommissionsrat Gustav Stansbeck, Direktor des Berliner Zeltzirkus, als Gast. Herr Ernst Schumann, Redirektor. Art. Estelle Prévale, Schauspielerin. Um sechs 10 Uhr: Auf der Hallig! Vorher: Gala-Programm. Sonntag: Zwei Vorstellungen.

Trianon-Theater. 8 Uhr. Baron Toto, 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Fräulein Josefette - meine Frau.

Passage-Panoptikum. Der größte Soldat Insel Schippers der lange Karl. Sizilianische Bandenkappelle. Ohne Extra-Entree! Eintr. 50 Pf. Kind u. Sold. 25 Pf.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstr. 49/49. Nachmittags 4 Uhr: Frühlingsstage an der Riviera. Abends 8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt. Hörsaal 8 Uhr: Das Auge und die subjekt. Farbenwahrnehmungen. Rixdorfer Theater. Bürgeräle, Bergstraße Nr. 147. Sonntag, den 1. März: Gastspiel des Opern-Ensembles (Theater d. Westens) Der Waffenschmied. Oper in 3 Akten von Vorking. Anfang 7 1/2 Uhr.

WINTERGARTEN Letztes Auftreten von Otto Reutter und dem großen Februar-Programm von Publikum u. Presse glänzend beurteilt! Entree, Garderobe und Programm zusammen 1,- Mark.

Gebr. Herrnsfeld-Theater. Allabendlich der interessante Prozeß wie er stürmischer nie belacht wurde: Salomonisches Urteil. Ein Nachspiel zu Papa und Genossen. Selbe Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen. Sonntag 3 Uhr: Endlich allein! Der Fall Blumentopf.

Palast-Theater Burgstraße 24. Heute 8 Uhr. Entree 20 Pf. Ab 1. März: Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um den Preis von Berlin 10000 M. bar. Gensel bis jetzt u. a.: John Pohl-Abt II, Deutschland, Chemjakin, Rußland, Strongo, Berlin, Pugatschoff, Rußland u. a. m. Berufsringler von Ruf sind zugelassen. Streng sportliche Leitung.

Passage-Theater. Letzte Woche! Guerrerito Spaniens schönste Tänzerin und das kollos. Februar-Prgr. Ab 1. März Gastspiel Madame Hanako Japans größte Tragödin mit ihrem Ensemble.

Brunnen-Theater Badstraße 53. Direkt.: Bernh. Rose. Morgen Sonntag, den 1. März 1908, nachmittags 3 Uhr: Die Memoiren des Teufels. Abends 7 Uhr: Pfeffer-Rösel. Nach der Vorstellung: Gr. Volk. Vorverkauf: Sonntagvormittags 10-11 Uhr. Voranzeige. Montag, 9. März: Große Festsitzung für Franz Rühle: Die Elfe vom Eichenhof, oder: Schild und Säule.

Freiheitliche Bühne. 12 Jahre! polizeilich verboten war das soziale Drama 'Ausgewiesen!' Nächsten Sonntag 3 Uhr wird dieses aus der Zeit des Sozialistengesetzes stammende packende Schauspiel im Theater an der Spree Köpenicker Straße 68 zum 19. Male!!! aufgeführt. Gutschein zum Ausschneiden! Vorzeiger dieser Anzeige zählt an der Theaterkasse nicht die Kassenpreise, sondern nur 95 Pfennige für Orchesterfauteuil. Gältig für 1-3 Personen zu Sonntag, den 1. März 1908.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor. Anfang 8 Uhr. Das großartige Februar-Programm. Grandiose, amüsante Spezialitäten. Tanz: Hochdierfest, Schrammeln, Regimentskapelle usw. Theaterbesuchern heler Eintritt.

Kasino-Theater. Vorkingstr. 37. Täglich 8 Uhr: Hanni weint - Hansi lacht. Neu! Steid-Duo. Neu! Der urkomische Rügamer. Neu! Käti Gärtlin. Neu! Die Freuden d. Häßlichkeit. Sonntag 4 Uhr: Siederente.

W. Noacks Theater. Direktion Rob. Oll. Brunnenstr. 16. Große Extra-Vorstellung. Das Schloß am Meer. Schauspiel in 5 Akten v. D. Wallfer. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Nach der Vorstellung: Tanz. Sonntag 1/2 8 Uhr: Diefelbe Vorst.

Happoldt's Neuer Konzertsaal. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: Großes Militär-Konzert.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Zum Schluß: Neu: Hasaren-Streiche. Anfang: Wochent. 8 Sonnt. 7 U.

Neue Welt. Kafenzelle 108-114. Größtes und originellstes bayerisches Bockbierfest. Morgen letzter Tag. Gr. Abschieds-Konzert der Bauernkapelle Baron Muckls. Auf wochent. 7 Uhr. Entree 20 Pf. Sonnt. 5 " " 50 Pf.

**Jeder Arbeiter,  
jeder Handwerker  
sollte zur Arbeit**

die Lederhose **Herkules** tragen.  
Unvergleichliche Leistungsfähigkeit.  
Unvergleichliche Haltbarkeit.  
Unvergleichliche Weichheit.  
Unvergleichliche Eleganz.  
Unvergleichliche Reinlichkeit.  
Unvergleichliche Schönheit.  
Unvergleichliche Bequemlichkeit.  
Unvergleichliche Zweckmäßigkeit.  
Unvergleichliche Ausdauer.  
Unvergleichliche Widerstandsfähigkeit.  
Unvergleichliche Flexibilität.  
Unvergleichliche Elastizität.  
Unvergleichliche Dehnbarkeit.  
Unvergleichliche Reißfestigkeit.  
Unvergleichliche Rissfestigkeit.  
Unvergleichliche Abriebfestigkeit.  
Unvergleichliche Verschleißfestigkeit.  
Unvergleichliche Alterungsbeständigkeit.  
Unvergleichliche Witterungsbeständigkeit.  
Unvergleichliche Chemikalienbeständigkeit.  
Unvergleichliche Temperaturbeständigkeit.  
Unvergleichliche Feuchtigkeitsbeständigkeit.  
Unvergleichliche Schmutzbeständigkeit.  
Unvergleichliche Fleckbeständigkeit.  
Unvergleichliche Geruchsbeständigkeit.  
Unvergleichliche Färbeständigkeit.  
Unvergleichliche Lichtbeständigkeit.  
Unvergleichliche Strahlungsbeständigkeit.  
Unvergleichliche Magnetfeldbeständigkeit.  
Unvergleichliche Elektromagnetfeldbeständigkeit.  
Unvergleichliche Radioaktivitätsbeständigkeit.  
Unvergleichliche Kernstrahlungsbeständigkeit.  
Unvergleichliche Teilchenstrahlungsbeständigkeit.  
Unvergleichliche Kosmischenstrahlungsbeständigkeit.  
Unvergleichliche Schwermetallbeständigkeit.  
Unvergleichliche Giftbeständigkeit.  
Unvergleichliche Bakterienbeständigkeit.  
Unvergleichliche Pilzbeständigkeit.  
Unvergleichliche Virenbeständigkeit.  
Unvergleichliche Parasitenbeständigkeit.  
Unvergleichliche Allergienbeständigkeit.  
Unvergleichliche Unkrautbeständigkeit.  
Unvergleichliche Insektenbeständigkeit.  
Unvergleichliche Tierbeständigkeit.  
Unvergleichliche Pflanzenbeständigkeit.  
Unvergleichliche Mineralbeständigkeit.  
Unvergleichliche Gesteinbeständigkeit.  
Unvergleichliche Metallbeständigkeit.  
Unvergleichliche Holzbeständigkeit.  
Unvergleichliche Kunststoffbeständigkeit.  
Unvergleichliche Glasbeständigkeit.  
Unvergleichliche Keramikbeständigkeit.  
Unvergleichliche Porzellanbeständigkeit.  
Unvergleichliche Emaillebeständigkeit.  
Unvergleichliche Lackbeständigkeit.  
Unvergleichliche Anstrichbeständigkeit.  
Unvergleichliche Beschichtungbeständigkeit.  
Unvergleichliche Beschichtungsmittelbeständigkeit.  
Unvergleichliche Beschichtungsmittelbestandteilebeständigkeit.  
Unvergleichliche Beschichtungsmittelbestandteilebestandteilebeständigkeit.

Die **Herules-Hose** 4 M. 50  
Monteur-Hose „Edison“  
schwarz oder grau 2 M. 25  
Monteur-Hose „Edison“  
schwarz oder grau 2 M. 25  
Manchester-Hosen-Gambirius 6 M. 50  
Manchester-Hosen-Gambirius 11 M. 50  
Rader-Mittel . . . . . 3,50, 2 M. 40  
Rehmann-Mittel (braun) 3,35, 2 M. 75  
Reise Lederhose . . . . . 4,50, 3 M.  
Reise Lederhose . . . . . 7,25, 6, 5 M. 50  
Reise Lederhose für Arbeiter, Kellner,  
Konditoren, Köche usw.  
Die Preise gelten für normale Größen.  
**Baer Sohn**  
Brückenstr. 11. Chausseestr. 29/30.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Hauptkatalog gratis und franko.  
Bei Bestellung von Hosen ist die  
Hosenweite und die Schrittlänge, bei  
Jacken und Mänteln die Brustweite  
anzugeben. 14712\*

**Baer Sohn**  
Brückenstr. 11. Chausseestr. 29/30.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Hauptkatalog gratis und franko.  
Bei Bestellung von Hosen ist die  
Hosenweite und die Schrittlänge, bei  
Jacken und Mänteln die Brustweite  
anzugeben. 14712\*

Wachstum verboten!  
**8 Theater 8**  
**8 Folies Caprice 8**

**Neu! Jeunesse dorée.**  
Paraphr. 343.  
**Mal was Anderes**  
Szenen mit Gesang in 3 Bildern.



**Gustav Behrens-Theater.**  
Berlin W.,  
Goltzstr. 9.  
Für kurze Gaitspiele des berühmten  
Kopffüßers vom Krustall-Palast in  
London (derselbe erregte durch seinen  
Strahlenplan in allen Großstädten  
Brecht. Aufsehen) sowie 16 erstklass.  
Spezialitäten. Duodes-Biograph.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 8 1/2 Uhr.  
Jeden Sonntag und Sonntag nach  
der Vorstellung: Familienkonzert  
bei freiem Tanz.

**A. B. Koch**  
Kohlen-Groß-Handlung  
Berlin O. 24, Brombergerstr. 16.  
Preise für nur 10 Marken ab 10  
von 10 Str. an!  
Prima la Halbsteine (bekannte  
Marken). pr. Str. 97 Pf.  
Pfanterichheit 1,02 M.  
la Diamant pr. Str. (110  
bis 120 Stk.) . . . 1,05 M.  
la Silb. u. Elb. . . . 1,05 M.  
la Anthrazit-Gabb. Str. 2,40 M.  
Koh. Steinkohlen usw. zu den  
billigsten Tagespreisen. Anlieferung  
frei Keller je nach Quantum pr. Str.  
10-15 Pf. mehr. — Bei Original-  
Baggons und größeren Wägen  
verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

**Anzüge u. Paletots**  
aus la Stoffen. Monats- u. nicht  
abgeholt. Sachen stannend billig.  
**Maßschneiderei Voß,**  
nur Brunnenstr. 3, 1 (Hofenpl. Tor)

**Auf Credit!**

**Möbel- u. Waren-Credithaus**  
20821.\* von  
**L. Silberstein**  
Spandauerbrücke 2, 1.  
Bahnhof-Börse.

Kleinste Anzahlung.  
Bequemste Ratenzahlung.  
Separat-Abteilung Eleg. Trauermagazin  
für Damen und Mädchen.  
— Verkauf zu konkurrenzlosen Preisen. —

**Billige Preise**

**Reich werden**

kann jeder, der bei mir einen Anzug oder Paletot kauft, denn jeder Käufer eines Anzuges oder Paletots erhält ein Los der 19ten Berliner Lotterie, Ziehung am 12ten und 13ten März d. J.

**Hauptgewinn 10,000 M.**

**vollständig gratis**

**Ausnahmepreise bis 12. März**

Herren-Anzüge 9<sup>m</sup>. 36.- 24.- 18.- 15.- Herren Paletots 8<sup>m</sup>. 50 14.- 17.- 23.- 32.-

Einsegnungs-Anzüge 8<sup>m</sup>. 50 12.- 15.- 18.- 21.-

Gesellschafts-Anzüge, Gehrock-, Frack- u. Smoking-Anzüge **spottbillig**

Zur großen Kleiderfabrik Heinrich Schendel

**Nur Rosenthalerstr. 25**  
Ecke Gipsstraße 18

**Keine Filialen Keine Filialen**

**Feste Preise**

**Nathan Wand**  
129 Stallherstr. 129.  
Die schönsten Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu sowie spezial Monats-Garderobe von Kavallieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sorgfältig gewaschen sind in großer Auswahl stets zu stannend billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
129 Stallherstr. 129.  
Hochbahnstation Kottbusser Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung selbst eleganter letzter 1920  
**Herren-Garderoben**  
Gründl. u. nach Anfertigung nach Maass. Tadellos Kautschuk.  
**Julius Fabian,**  
Schneidemeister,  
Gr. Frankfurterstr. 37,  
Eingang Stralauer Weg.

**Neuesten Vorteil**  
auf dem Gebiete der modernen Bekleidungsbranche bietet das **Versandhaus Berliner Herrenmoden** Stralauer Straße 28, Hochparterre, am Rottenturm, indem es an Jedermann nur selbst hergestellte, solide, gediegene Garderoben fertigt und nach Maß, auch gegen Teilzahlung von 1.- M. wöchentlich an, liefert. Eigene Zuschneiderei, eigene Werkstätten. Kein Warenkredit. Reelle Bedienung. Lagerbestellung sogleich. Kein Kaufzwang. Auf Wunsch besucht Sie unser Stadtreisender mit reichhaltigen neuesten Mustern.  
Auch Sonntags geöffnet.  
**Billige Rohfabrik.**  
Max Jacoby, Streitzerstr. 52

**F. J. Emil Schmidt,**  
Restaurant,  
Lindenstr. 3, 2. Hof part.  
Sonntags nachm. von 6 Uhr:  
Gemüthlicher Familien-Knatsch  
Räume 4. Berl. 30-120 Berl.  
Pahlstr. d. Weinb. Verb. Zahlabend.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Hygienische Bedarfsartikel,**  
Gummiwaren, 1000e Anerk. V. Prof. u. Aerz. empf., bill. Apoth. S. Schweitzer's Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Off. vorlang.



**Einmaliges Angebot!**  
ca. 1000 Stück Uebergangsmäntel, Wert bis M. 30, für M. 8 zum Aussuchen!!  
Gültig nur für wenige Tage!!  
**Einsegnungskleider** in reicher Auswahl **enorm billig!**  
Ehe die Auswahl vergriffen ist, vorgehen nur Stunden.  
**Daher ist die größte Eile geboten!!!**  
Täglicher Eingang von Frühjahrsneuheiten, Originalmodellen, Reismustern vom einfachsten bis zum raffiniertesten Genre, in jeder nur denkbaren Größe, von der Backfischfigur bis zum stärksten Körpermaß, in nur ausgewählten, gediegenen Stoffen, zu Preisen, wie anderweitig kaum denkbar, teilweise sogar für die Hälfte:  
**Kostüme, Paletots, Jacketts, Frühjahrsstolletten, Taffelliftboys.**  
Die noch vorhandenen Herbst- und Winterläger, bestehend in Plüschkonfektion, Pelzkonfektion, Abendmänteln, Astrachanmänteln, Winterkostümen, Röcken, Blusen, Kinderkonfektion usw. usw.  
gebe ich zu ein Viertel des Wertes nach folgenden 5 Beispielen und billiger ab:  
früher bis M. 18 bis M. 50 bis M. 50 bis M. 90 bis M. 150 usw.  
heute nur M. 4 1/2 nur M. 7 1/2 nur M. 16 1/2 nur M. 22 1/2 nur M. 40  
**Gratis um zu räumen:** Ein elegantes Kammgarn-Frühjahrsjackett oder ein Kinderpyjakk bei Einkauf von M. 20,- an.  
Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a, u. d. Kolonnen.  
**Konfektionshaus Westmann** NO., Gr. Frankfurterstr. 115.  
2. Haus an der Andreasstraße.  
Man achte im eigenen Interesse. Interessengenuß auf meine Firma und Hausnummer!

**Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.**  
Todes-Anzeige.  
Den Genossen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gastwirt **Franz Bahlow** verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofes, Fürstendammweg, aus statt.  
200/5 **Der Vorstand.**

**Verband der freien Gast- u. Schankwirte Deutschlands** (Ortsverwaltung Charlottenburg).  
Todes-Anzeige.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Franz Bahlow** Ostendstraße 1, gestorben ist. 74/10  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofes, Fürstendammweg, aus statt.  
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.  
Unseren sowie den Mitgliedern des Gefangenenvereins zur Nachricht, daß unser Ehrenmitglied **Karl Lufsky** am 27. Februar im Alter von 64 Jahren an Herzlähmung verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Vichtenberger Gemeinde-Friedhofes, Krugsteige, aus statt.  
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

Für die Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, des Stellenvermittlers **Robert Bombitzky** sage ich allen Verwandten, sowie dem Verein Berliner Stellenvermittler, dem Idealverein und den für ihre Teilnahme und reichen Kranzpenden meinen herzlichsten Dank. 882B  
**Wwe. Emilie Bombitzky** geb. Neufest nebst Kindern.  
**Dankfagung.**  
Für die sehr zahlreiche Beteiligung und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines geliebten Vaters, unseres guten Vaters **Gustav Onnscheit** sagen wir allen Freunden und Bekannten und seinen Kollegen von der Gasanstalt, Müllerstraße, unseren herzlichsten Dank. 3775  
Die trauernde Witwe **Minna Onnscheit** nebst Kind, Schwestern und Brüdern.

**Dr. Schönemann**  
Spezial-Arzt für 14752\* **Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis Bezirk 153.**  
Nachruf.  
Am Sonntag, den 22. Februar, verstarb unser Mitglied **Karl Hürtler** Tischler.  
Die Beerdigung hat bereits am Dienstag stattgefunden. Wir verlernen in dem Dahingegangenen ein treues Mitglied.  
Ehre seinem Andenken!  
210/9 **Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Stokarbeiter **Gustav Hoffmann** (Berckstatt Schulte) am 27. Februar am Schlaganfall gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes in Konstrich aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
80/13 **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe.** (Senefelder Band.)  
Am Dienstag, den 25. Februar, verstarb unser Mitglied, der Lithograph **Hermann Hilpert** im Alter von 34 Jahren an der Lungenschwindsucht.  
Wir verlernen in ihm einen aufrichtigen Kollegen.  
Sein Andenken behält in Ehren die Filiale Berlin II (Lithographen).  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jerusalemer Kirchhofes, Kirchhof, Hermannstraße, aus statt. 284/2

**Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins u. Umg.**  
Todes-Anzeige.  
Am Mittwoch, den 29. Februar, verstarb nach langem Krankenlager der Kollege **August Schmidt** im Alter von 53 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 29. d. Mis., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Kolbergerstr. 5 aus, nach dem Danksiedhof, Blankenstraße, statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
36/1 **Der Vorstand.**

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin. **Nachruf.**  
Am 24. Februar verstarb unser Mitglied **Ernst Rothe** im Alter von 34 Jahren an Lungenschwindsucht. 136/10  
Ehre seinem Andenken!  
**Die Verbandsleitung.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe unvergeßliche Frau **Klara Schombel** geb. Thiele nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist. 883B  
**Der tieftrauernde Gatte** nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedenauer Friedhofes, Stubenrauchstraße, aus statt.

Nach kurzem aber schwerem Leiden verstarb am Donnerstag früh 6 Uhr unser Freund und Meister **Karl Abmann.**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle der Lazarusgemeinde, auf dem Markus-Andreas-Kirchhof in Wilhelmshagen aus statt. 20612  
Die Kollegen der Firma **Abmann, Glombigau, Koppe.**

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme an der Beerdigung meines lieben Vaters **Karl Stein** sage ich mir allen Freunden und Bekannten, sowie dem Wohlfahrtsverein des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises (Bezirk 10), unseren besten Dank.  
**Alfred Stein** nebst Frau.



Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste. Am heutigen Sonnabend findet in Nieder-Schönhausen in den Räumen des Lokals „Zwiebs Gesellschaftsgarten“, Wismar- und Kaiserin Augustastr. Ecke ein Maskenball statt, zu dem auf großer Einladung aus Arbeiterkreisen gerechnet wird.

Im 5. Kreis steht uns das Lokal Fürstberg-Säle, Rosenthaler Straße 38, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

Die Adresse des Obmanns der Lokalkommission für den Kreis Nieder-Barnim lautet jetzt: Hermann Elias, O. 112, Blumenthalstr. 24.

Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis. Sonntag, 1. März, abends 5 1/2 Uhr: Versammlung mit Frauen im Lokal von Rabe, Nichtestr. 20. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Sebering-Vielefeld. Nachdem: Geselliges Beisammensein und Tanz. Zur Debatte: Der Ungehobene. Die Stimmzettel erhalten die Mitglieder bei Vorzeigung des Mitgliedsbuches am Eingang zum Lokal. Um zahlreiche Beteiligung ersucht.

Rigsdorf. Die Mitglieder des Wahlkreises werden darauf hingewiesen, daß Sonntag, den 1. März, vormittags von 11 bis 12 Uhr im Lokal von Thiel, Bergstr. 151/152, und Hoppe, Hermannstr. 49, die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung von Groß-Berlin stattfindet. Die Stimmzettel erhalten die Mitglieder bei Vorzeigung des Mitgliedsbuches am Eingang zum Lokal. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Steglitz. Am Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung zur Gemeindevahl in allen Bezirken. Um vollständiges Erscheinen ersucht. Das Wahlkomitee.

Treptow-Baumfalkenweg. Morgen Sonntag früh 8 1/2 Uhr findet für den ganzen Ort eine Flugblattverbreitung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zahlreich in ihren Bezirkslokale einzufinden. Der Vorstand.

Mariendorf. Sonntag, den 1. März, früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von den Bezirkslokale aus statt. Pflicht der Parteigenossen ist es, sich rege an der Verbreitung zu beteiligen. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Die Parteigenossen werden noch einmal auf die heute abend 9 Uhr im Restaurant Eiseller stattfindende öffentliche Gemeindevahlerversammlung hingewiesen, in welcher der Stadtverordnete Herrmann Schubert-Verein über „Die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Gemeinde“ referieren wird. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht der Parteigenossen. — Sonntag vormittags 8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen mögen sich im Restaurant Singuhr, Seefstr. 36 einfinden. Der Vorstand.

Die Bibliothekstunde fällt infolge der Agitationsarbeit für die Gemeindevahl am Sonntag, den 1. März aus und findet am 8. März von 10-11 Uhr vormittags statt. Die Bibliothek-Kommission.

Karlshorst. Sonntag, den 1. März, morgens 8 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Es ist Pflicht jedes Parteigenossen pünktlich zur Stelle zu sein. Der Vorstand.

Franz-Buchholz. Am Sonntag, den 1. März, nachmittags 4 Uhr, findet in Räumen des Gesellschaftshauses eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: „Was fordert die Sozialdemokratie?“ Referent: Redakteur Hans Weber. Diskussion. Die Genossen werden ersucht, für regen Besuch der Versammlung Sorge zu tragen.

Tegel. Sonntag, den 1. März, findet in Jörnsfelde bei Witwe Döring, Birkenstr. 4/5, eine öffentliche Versammlung statt. Die Genossen von Tegel treffen sich um 2 Uhr bei Kaufmann, Berliner Straße, und gehen gemeinsam nach Jörnsfelde. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen-West. Morgen Sonntag findet für unsern Ortsteil eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich rege daran zu beteiligen. Der Bezirksleiter.

Schönwalde i. d. Mark. Morgen, Sonntag, den 1. März, nachmittags 4 Uhr, findet im Gasthof des Herrn Schulz eine öffentliche Wählerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Frankel-Rigsdorf über: Das Dreiklassenwahlrecht in den Gemeinden. 2. Diskussion und Erörterung von Gemeindeangelegenheiten. Angeht die bevorstehenden Wahlen für die Gemeindevertretung fordern wir die Genossen auf, für guten Besuch dieser Versammlung Sorge zu tragen. Das Wahlkomitee.

Berliner Nachrichten.

Keine Pflicht für Staat und Gemeinden?

Ein Heilerziehungsheim für psychopathische Kinder von Unbemittelten wird geplant. Der Gedanke kommt aus einem Kreise von Privatpersonen, aus der „Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge“. Und auch die Beschaffung der Geldmittel, die zur Ausführung eines solchen Unternehmens erforderlich sind, wird der Privatwohlthätigkeit anheimgestellt.

Welchen Zweck hat die Anstalt? Ein Aufruf, der sich an „alle hilfsvorbereiten Freunde des Jugendchutzes“ wendet, sagt hierüber:

Es handelt sich um einen ersten Versuch zur Rettung unglücklicher, von Geisteskrankheit bedrohter Kinder, die in ihren Verstandesfähigkeiten zwar meist normal, in ihrem Gemütsleben aber aus krankhafter seelischer Veranlagung gestört sind. Willensschwäche, heftiger Stimmungswechsel, harter, unberechenbare Affekte lassen in ihnen gesellschaftsfeindliche Reigungen zur Entwicklung gelangen, die sie ohne rechtzeitiges Eingreifen fast ausnahmslos dem Verderben, dem Landstreichertum, der Prostitution oder dem Selbstmorde in die Arme treiben, häufig auch völliger geistiger Amnesierung überliefern. Ärztliche Untersuchungen der Insassen unserer Zucht- und Arbeitshäuser, Gefängnisse und Besserungsanstalten haben einen erschreckenden Prozentsatz dieser sogenannten psychopathischen Konstitutionen gezeigt, ebensoviele aber darüber Zweifel gelassen, daß der Mehrzahl dieser verlorenen Menschen ihr trauriges Schicksal und ihre Untaten der Gesellschaft hätten erspart bleiben können, wenn ihrer Jugend die richtige Behandlung zuteil geworden wäre. Worin diese zu bestehen hat, das ist bekannt. Man kennt den Weg zur Rettung, aber man kann ihn nicht beschreiben! Ärzte und Erzieher wissen wohl, wie sie in gemeinschaftlichem Wirken ein von der Natur so unglücklich veranlagtes Gemüt zu heilen und zu bessern haben. Nur geeignete Anstaltspläne können helfen! Mit lebenden Augen, aber gebundenen Händen müssen nun aber alle, denen die Fürsorge für diese Kinder obliegt, die ihnen zugeführt oder von ihnen entbehrten jugendlichen Kranken den sicheren Verderben preisgeben, nicht, weil im großen Deutschen Reich bisher nur eine einzige Anstalt vorhanden ist, die unbemittelten psychopathischen Kindern Aufnahme ge-

währt, wie sie die ärztliche Wissenschaft fordert.

Was die geplante Anstalt leisten soll, kann weder von Ärzten noch von Schwachsinnigen geleistet werden. Die Kranken, die in ihr Aufnahme finden sollen, haben ihren klaren Verstand, sind aber in ihrer Gefühlswelt verirrt. Der Aufruf weist darauf hin, daß es bereits einige Heilanstalten gibt, die für Kinder mit psychopathischer Konstitution bestimmt sind und Aussicht auf Genesung bieten. Sie können jedoch nur den Kindern bemittelter Eltern zugute kommen, weil in ihnen die Pflegekosten naturgemäß sehr hoch sind. Den weit schwerer bedrohten Kindern der unbemittelten Volkskreise bleiben diese Anstalten von vornherein verschlossen. Den Kindern von Unbemittelten will nun die neue Anstalt helfen, die aus Bettelepfennigen errichtet werden soll. Der Aufruf bezeichnet das Bedürfnis als „groß und dringend“; er versichert:

„Allein in der Klinik und Kolonien für Krebs- und Geisteskrankheiten der Berliner Charité werden jährlich mindestens 60 Kinder beiderlei Geschlechts festgestellt, die an einer psychopathischen Veranlagung leiden und mangels einer geeigneten Anstalt ohne Hilfe ihrem Schicksal überlassen werden müssen. Und wie gestaltet sich dieses? Auch darüber geben die Beobachtungen der genannten Klinik Auskunft; im Jahre 1906 gelangten dort beispielsweise über 70 erwachsene männliche und fast 90 weibliche Psychopathen zur Aufnahme, von denen der leitende Arzt, nach genauer Kenntnis ihrer Vorgeschichte mit Bestimmtheit sagen mußte, daß sie hätten gerettet werden können, wenn in ihrer Jugend die Unterbringung in einer geeigneten Anstalt möglich gewesen wäre. Jetzt handelte es sich größtenteils um verlorene Erbstimmen, bei welchen die Hilfe zu spät kam.“

Gegenüber dem Notstand, der hier mit so beredten Worten geschildert wird, weiß die „Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge“ wieder mal kein anderes Mittel zur Abhilfe als die vielgepriesene Privatwohlthätigkeit? Warum wird von den einflussreichen Männern und Frauen, die diesen Appell an das warme Herz unterzeichnet haben, nicht der Versuch gemacht, Staat und Gemeinden an ihre Pflicht zur Abhilfe zu mahnen? Der Aufruf gibt zu, daß diese eine Anstalt, die für ganze zwei Tausend Kinder Raum bieten soll, „entfernt nicht dem Bedürfnis genügen wird“. Aber seine Unterzeichner „hoffen zuversichtlich, daß die dort erzielten Erfolge dann Staat und Gemeinden anregen und anspornen werden, ähnliche Einrichtungen in größerem Umfang zu treffen“.

Wir haben sehr wenig Vertrauen zu der „anregenden“ Wirkung, die von privaten Unternehmungen der wohlthätigen Art erwartet wird. Durch die „Erfolge“ der Privatwohlthätigkeit werden Staat und Gemeinden in der Regel nur dazu „angeregt“, alles beim alten zu lassen. „Die Privatwohlthätigkeit reicht aus!“ das ist das Schlagwort, mit dem z. B. in Berlin oft genug der Ruf nach Gemeindevahl zurückgewiesen worden ist. Erst in der letzten Stadtverordnetenversammlung haben wir es wieder erlebt, daß die „Erfolge“ der Privatwohlthätigkeit dazu herhalten mußten, der Gemeinde die Erfüllung ihrer Pflichten zu ersparen.

Sie bekommen Weisheit!

„Ach! Tage lang gehe ich schon regelmäßig denselben Weg. Jeden Morgen habe ich dieselbe Hoffnung, heute muß es doch losgehen an der Poststelle, heute wird man doch anfangen und Arbeiter einstellen! Refusiertlos ging ich immer wieder heim. Mit jedem Tag wurden es mehr Kollegen, mehr Hoffende.“

Vor einigen Tagen wurde endlich das Arbeitsgerät angefahren, der Polier erschien und bedauernd zuckte er mit den Schultern. „Eine Kolonne ist schon angenommen und mehr können vorläufig nicht eingestellt werden.“ ist seine Antwort.

Einen Berufsgenossen, der Arbeit sucht, fertigt man nicht wie einen Bettler ab; auch will sich niemand von der schlechtesten Seite zeigen. Mit mitleidvollen Worten bekommt man zu hören, daß in einigen Tagen noch mehr eingestellt werden, und „er werde bestimmt Weisheit schreiben, denn was sich machen läßt, das mache ich“. All die Ritale, von denen jeder hoffte, eingestellt zu werden, zerstreuten sich langsam. Was soll nun werden?

Das Wissen einer Arbeitsgelegenheit war ja noch der Strohhalm in der Not, mit dem man rechnete, aber nun war es bald gar nicht mehr möglich, zu leben. Noch acht Tage warten, das heißt noch acht Tage beben, und wovon leben?

Die letzte Kraft muß zusammengenommen werden, denn noch einmal hat man ja schließlich Hoffnung, weil man vorgemerkt ist.

Wie es möglich ist, in einer solchen Situation die Familie und das Leben zu erhalten, darüber können die bürgerlichen Literaten wohl „plaudern“, aber der Kundige läßt über diese gewerkschaftliche Sentimentalität. Heutzutage braucht man keinen Mut mehr, um in den Tod zu gehen, wie in den Kriegsjahren der Nation. Die Arbeitslosigkeit, eine Folge der herrschenden Produktionsweise, sorgt reichlich, daß viele, aller viele ins Gras beißen müssen. Rein, heute braucht man Mut, um zu leben! Das Leben ist schwerer als das heldenhafte Sterben. Alle die braven Klassenkämpfer, die eine Kräftezeit mit Witternis überwinden, sie kämpfen einen schweren Kampf.

Da ist es denn notwendig, daß dem Arbeitslosen das Arbeitsuchen nicht erschwert wird. Keine Krugreden und kein leeres Singen mit doch nicht ernst gemeinten Lebensarten führe man. Der Arbeitsuchende ist wie ein Kind, er glaubt und hofft auf alles Versprechen. Um so schwerer und oft erschütternder wirkt dann die Enttäuschung.

Als ich dann einige Tage gewartet hatte und weniger eifrig wie anderswo Arbeit suchte, ging ich wieder nach der versprochenen Arbeitsstelle zurück. Viele, viele Hände waren tätig. Eine Anzahl Bekannte hatten mehr Glück beim Arbeitgeber als ich. Er sieht nicht danach, wie lange schon jemand humpelt, oder ob ein anderer von einer Arbeit in die andere trübelt. Nur gelegentlich wird er sentimental; dann sagt er dir, er wird schreiben, um dich bald los zu werden.

Dieses nicht ernst gemeinte: „Sie bekommen Weisheit!“ ist wirklich ein großer Unfug.

Die Kraftwerke der Berliner Hochbahn. Die Stromversorgung der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn in Berlin verursacht besondere Schwierigkeiten wegen des fortwährenden Wachstums des Bauplanes. Als Siemens u. Halske 1897 an die endgültigen Entwürfe dafür gingen, handelte es sich nur um die Speisung der Strecke Warschauer Brücke—Zoologischer Garten mit der kurzen Abzweigung nach dem Potsdamer Platz, zusammen also um etwa 10,5 Kilometer Doppelschienen. Auch der Plan einer Abzweigung von dem Potsdamer Platz nach dem Spittelmarkt und über das Brandenburger Tor und das Reichstagsufer nach der Schloßbrücke, wie er damals bestand, verlegte den Schwerpunkt der Strombelastung in die Gegend des Weisendreiecks. 750 bis 780 Volt das ganze Netz mit einer Sammelstromspannung von 750 bis 780 Volt sollte dort versorgt werden. Schon während des Baues der Hochbahn wurde der ursprüngliche Entwurf dahin abgeändert, daß die Bahn bis zum Wilhelmplatz in Charlottenburg verlängert wurde. Eine weitere

Verlängerung der Stammstrecke, deren Endpunkt Wilhelmplatz bereits 5,85 Kilometer vom Kraftwerk Trebbiner Straße entfernt ist, trat 1903 durch den Bau der Linie Bismarckstraße—Weidendamm ein. Der vorläufige Endpunkt am Platz B liegt vom Kraftwerk 7,8 Kilometer weit. Eine unmittelbare Stromversorgung von der Trebbiner Straße aus war wirtschaftlich ausgeschlossen. Da auch die Linie Potsdamer Platz—Schönhauser Allee gesichert war, wurde ein neuer Plan für die Stromversorgung des auf 22 Kilometer angewachsenen Netzes aufgestellt. Das jetzige Kraftwerk Trebbiner Straße wird durch zwei Dampfturbinen, System Joelly, von je 3000 bis 3800 PS vergrößert. Jede Turbine treibt zwei Gleichstromdynamomas von 1000 bis 1200 Kilowatt bei 700 Volt mit 1000 Umdrehungen in der Minute. Es steht dort eine Fläche von 15 zu 20 Metern für Erweiterungen zur Verfügung. Den Dampf liefern acht Wasserrohrkessel von je 300 Quadratmeter Heizfläche. Die westliche Erweiterungstrecke Anie—Westend wird von einem Umformerwerk gespeist, für das sich als günstigste Lage die Haltestelle Wismarstraße ergab. Es hat die Bezeichnung „Umformerwerk Krümme Straße“ erhalten. Die Strecke Spittelmarkt—Schönhauser Allee soll von einem zweiten Umformerwerk mit Strom versorgt werden. Es soll in die Nähe der Haltestelle Alexanderplatz kommen. Bei den Umformerwerken soll hochgepannter Drehstrom von 10 000 Volt mit 10 Perioden von einem neuen Kraftwerk zugeführt werden. Dieses ist in der Nähe der Spandauer Berg-Druckerei an der Spree geplant. Da dieses neue Werk vorläufig nur wenig beanprucht wurde, so wird vorläufig von der Trebbiner Straße Drehstrom an die Umformerstationen geliefert. Auf dem Weisendreieck wird eine Dampfturbinenanlage errichtet.

Antiquarisches. In dem Antiquariat von Max Perl in Berlin wurde ein sehr seltenes Werk von Ferdinand Lassalle in einer Väterauktion versteigert. Es ist betitelt: Ferdinand Lassalle—Karl Marx. Zur Kritik der politischen Ökonomie. Erstes (einziges) Heft. Das Kapital. Berlin, Verlag von Franz Duncker, 1859. Es ist das Handexemplar Ferdinand Lassalles gewesen. Bekanntlich entlehnte Lassalle die Ideen für sein Hauptwerk: System der erworbenen Rechte aus Marx, der aber mit der Art, wie sie Lassalle wiedergegeben hat, unzufrieden war. Der vorstehende Band wurde ganz von Lassalle durchgearbeitet, fast auf jeder Seite finden sich Randbemerkungen, größere und kleinere Notizen und Unterstreichungen von seiner Hand. Das Buch ist mit Papier durchschossen, auf welchem ebenfalls Notizen gemacht sind. — Auf Seite 3 bezeichnet Marx den bürgerlichen Reichtum als Warenansammlung; Lassalle bemerkt dazu am Rande: „Man solle zuerst mit der Sache beginnen, Ware ist schon eine weitere Bestimmung.“ Auf Seite 4 sagt Marx: „der Gebrauchswert liegt jenseits des Verbrauchswertes der politischen Ökonomie“, dazu schreibt Lassalle: „Ja, dies ist richtig, aber nur 1. wenn zuvor mit Definition der Ökonomie vorausgeschickt ist, daß die Ökonomie nur menschliche Verhältnisse zu einander betrachtet, 2. nur richtig in Bezug auf historische, bestimmte Stufen der Ökonomie.“ In dieser Weise gehen durch das ganze Buch die Notizen Lassalles. — Das Exemplar stammt aus dem Besitz von Gotthard Luffner, dem Vertrauten des Fürsten Bismarck und Herausgeber von Lassalles „System der erworbenen Rechte“. Luffner hat ebenfalls viele Bemerkungen in dem Buch gemacht, und darin die Notizen Lassalles kritisiert. Das als erste Ausgabe des Vorläufers von Marx grundlegendem Werke „Das Kapital“ sehr geschätzte Buch erzielte einen Erlös von 510 M.

Ein Theaterzettel für 140 Mark. Das hätte sich das schlichte, vergilbte Stückchen Papier vor 117 Jahren wohl nicht träumen lassen, daß es bereits mal tausendmal mit Gold aufgetrieben werden würde. Es ist der Theaterzettel vom Jahre 1791 zur Eröffnung des neuen Hoftheaters in Weimar, der bei einer Väterauktion im Antiquariat von Max Perl den enormen Preis von 140 M. brachte. Der Zettel lautet: „Mit höchster Erlaubnis wird heute Sonnabend, den 7. Mai 1791, auf dem Hof-Theater in Weimar aufgeführt: „Die Jäger“, ein häusliches Sittengemälde in fünf Aufzügen von Herrn Jffland. Dem Stücke geht ein Prolog vor.“ Unterzeichnet H. J. Fischer. Nachdem der Prolog Schauspieler Franz Fischer als Regisseur vom Herzog Karl August gewonnen war, wurde das neue Institut am 7. Mai 1791 mit dem bekannten Goetheschen Prolog „Der Anfang ist in allen Sachen schwer“, gesprochen von Domaratius, und dem Stück „Die Jäger“ von Jffland eröffnet. Hauptdarsteller waren die beiden Neumann, Ralchini, Finer, Fischer, Amor, Genast. Jedenfalls ist der Zettel ein hochinteressantes Dokument zur Theatergeschichte, besonders zur Geschichte von Goethes Theaterleitung.

Die Gummihäpplchen steigen im Preise. Von Rußland nach Preußen ist heutzutage kein großer Ideenstrom mehr. Aus dem ruffischen Polizeireich der Vergevaltigung kommt die Nachricht, daß die russische Polizei ihre Wachbeamten nach englischen und amerikanischen Muster mit Gummihäpplchen, die wie ein Säbel mit einem Gurt um den Leib geschnallt werden, bewaffnet hat. Ob das nicht Wasser auf die Mühle der preussischen und speziell der Berliner Polizei sein wird? Wohl gemerkt — wir erwarten nicht etwa bei uns die Abschaffung des am 12. Januar zu so trauriger Verhängnis gelangten Polizeisäbels. In einem Polizeistaat gehört nun mal der Säbel wie die Faust aufs Auge. Aber beides vereint, das gibt einen guten Klang auf den Proletariatschädel. Vielleicht fährt man bei uns auch noch die verächtliche Kogaika ein, das Nordhandwerkzeug der Kosaken, damit auch nicht einmal graduell ein Unterschied mit dem Kosakenreiche besteht.

Die Einbrüche auf dem Gesundbrunnen mehren sich in geradezu unheimlicher Weise. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht da oder dort Wöben oder Wohnungen ausgedrückt werden. So wurde in den letzten Tagen in der Buttmanstraße bei zwei vis-a-vis gelegenen Schlächtermeistern eingebrochen, indem die Schaufenster-Eisen eingedrückt wurden. Schinken und Würstwaren waren die Beute. Die guten Bürger, die im Vertrauen auf den Schutz der Polizei sich ruhig ins Bett legen, sind jetzt doch etwas schlecht auf die Polizei zu sprechen, wo sie sehen müssen, daß die Polizei doch sonst so sehr auf dem Posten ist, wenn es gilt, friedliche Arbeiter in Ausübung ihres gesetzlichen Rechts zu überwachen.

Weibliche Droschkentaxen. Ein Sieg des Pferdes über den Motor ist im Berliner Droschkenwesen zu beobachten, soweit das weibliche Geschlecht in Frage kommt. Nach den trüben Erfahrungen der Frau v. Papp hat der Andrang zum Beruf der Droschkenkäuferinnen aufgehört. Nur eine weibliche Autolenkerin fährt noch in den Berliner Straßen. Dagegen wächst ständig die Zahl der Frauen, die den Kutscherhof auf der Herbedröschke einnehmen wollen. Soeben ist wieder eine Dame von der Fachschule der Berliner Personen-Fuhrwerkvermittlung ausgebildet worden und derselben Frau sind dabei, sich durch den Kurfus auf dem Polizeipräsidium den Führerschein zu erwerben. In der Französischen Straße und an der Jerusalemer Kirche kann man jetzt täglich weibliche Droschkentaxen auf den Halteplätzen sehen. Es hält allerdings schwer, sie auf dem Hof von den männlichen Kollegen zu unterscheiden, denn die Uniformen gleichen einander aufs Haar, zumal jetzt auch bei den weiblichen Kutschern der schwarzlackierte Putz an die Stelle der Röhre getreten ist. Bei den weiblichen Droschkentaxen handelt es sich meist um die Frauen der selbstfahrenden Droschkentaxen, der sogenannten „Einspanner“. Der Mann fährt bei Nacht, die Frau bei Tage. Die gegenwärtige traurige Lage des Berliner Droschkenwesens hat eben zur Heranziehung der Mitarbeiter der Frau geführt.

Große Verwunderung erregte es gestern in der Familie des Arbeiters Franz A. in Weissenhof, Langhausstr. 147 wohnhaft, als ein Schreiben von dem Arbeitshaus in Himmelsburg einlief, das

Inhalts, daß der Sohn Franz dort gestorben sei. Man wird diese Verwunderung umso mehr begreifen, wenn man erfährt, daß M. überhaupt keinen Sohn hat. M. selbst ist 34 Jahre, während der angeblich verschollene Sohn 28 Jahre alt sein soll. Wie die Sache zusammenhängt, ist ganz unerklärlich.

Bei den Erdarbeiten am Großschiffahrtskanal Berlin-Stettin auf Oranienburger Gebiet werden durchaus nicht, wie wir einer Korrespondenz zufolge melden, nur Arbeiter aus Oranienburg beschäftigt. Und wie aus Oranienburg geschrieben: „Arbeiter, die dort nach Arbeit anfragen, wurde geantwortet, daß hiesige Arbeiter nicht angenommen würden, es würden ausschließlich Arbeiter vom Berliner Arbeitsnachweis beschäftigt, und so ist es auch. Die Arbeiter sind sämtlich durch den Nachweis hierhergekommen, und zwar bei einem Stundenlohn von 30 Pf.; angeblich sollen sich schon über 1000 Arbeiter für diese Arbeit haben eintragen lassen. Hier am Orte befinden sich annähernd 500-600 Arbeitslose und ist es begreiflich, daß sie außerordentlich erregt sind, daß ausschließlich Arbeiter von außerhalb beschäftigt werden. Bemerkenswert ist noch, daß Arbeiter beim Stubbenhude in Alford beschäftigt werden, welche für den Kubikmeter 2,20 M. erhalten, dieselben sind imstande, bei angestrebter Arbeit pro Tag 1,20 zu verdienen.“ — Demnach scheinen gewisse Unternehmer die gegenwärtige Arbeitslosigkeit noch besonders in ihrem Interesse auszunutzen und mit der Arbeitskraft in schlimmer Weise wüsten zu treiben.

#### Sankt Burenkritismus bei der Post.

Seit Jahr und Tag werden die Postfächer für die in Wilmersdorf erscheinende „Monatschrift“ für die Interessen der Hausangestellten richtig an ihre Adresse abgeliefert. Jetzt wird plötzlich die Auslieferung beanstandet ohne jeden ersichtlichen Grund, und von der Redaktionsleiterin des Monats und Leiterin des Vereins, Fräulein V., wird ein Ausweis verlangt, daß sie berechtigt sei, die Postfächer in Empfang zu nehmen. Fräulein V. begibt sich zu dem dem Postamt Wilmersdorf, Händelstraße, wohnenden Beamten und weist auf ihren Namen und ihre Adresse in der „Monatschrift“ hin und legt eine Bescheinigung vom Polizeipräsidenten von Berlin vor, daß sie die Leitung des Vereins angemeldet habe. Das genügt dem Beamten aber nicht, er verlangt in vollem Ernst — denn natürlich wird nicht gespart — die Statuten des Vereins und das Protokoll der Sitzung, in welcher Fräulein V. als Leiterin des Vereins gewählt wurde. Sehr höflich und geduldig wird ihm geantwortet, daß ihm die Statuten zu diesem Zweck nichts nützen würden und die Wichtigkeit des Protokolls vielleicht auch angezweifelt werden könnte. Etwas in Verlegenheit geraten, kommt dem Beamten plötzlich der „zeitliche Gedanke“, und er verlangt — wieder in vollem Ernst — daß an der Wohnungstür von Fräulein V. ein Schild angebracht werde mit der Aufschrift: „Monatschrift usw.“. Wenn so ein Schild zu sehen wäre, dann könnte die Post berechtigt die Sendungen weiterleiten. — Also selbst die Bescheinigung vom Polizeipräsidenten kann sich mit einem solchen Schild nicht messen; es muß eben alles „eine richtige Ordnung“ haben! Wenn aber jemand Unrechtes im Schilde führt, ist es ihm dann nicht viel leichter, das Schild auszuhängen als die polizeiliche Genehmigung zu erhalten?

Sein Wunder, wenn es einem jeden guten Bürger graut, sobald er sich auf ein Amt, und sei es selbst ein Postamt, begeben muß, von dem Steueramt, Standesamt oder gar der Polizei gar nicht zu reden!

#### Ein gefegedkundiger Standesbeamter.

Begibt sich da dieser Tage ein Brautpaar nach dem Standesamt in der Wadestraße, um das Aufgebot zu bestellen. Nachdem alle verlangten Papiere vorgelegt waren, richtet der diensttunende Beamte an die Braut die Frage nach der Religion. Diese Frage beantwortet die Braut wahrheitsgemäß dahin, daß sie ungetauft sei. Diese Antwort genügt nicht, er verlangt einen Nachweis, daß die angehende junge Frau nicht getauft sei. Es wird ihm erwidert, daß es unmöglich sei, diesen Nachweis zu erbringen. Der Vater der Angehenden ist im Jahre 1888 aus der Landesstraße gerichtlich ausgeschieden, die Tochter ist im Jahre 1890 geboren und tatsächlich nicht getauft. Der Standesbeamte mußte wissen, daß die Antwort auf die Frage nach der Religion gar nicht anders lauten kann. Er beging gewissermaßen einen Ilergriff, wenn er das Brautpaar zurückwies, um den von ihm verlangten Nachweis zu bringen. Wie soll übrigens jemand, der nicht getauft ist, diesen Nachweis führen? Soll er an alle Kirchen der Welt die Aufforderung richten um Ausstellung einer Bescheinigung, daß in den Kirchenbüchern keine Person des gleichen Namens und Geburtsdatums eingetragen ist? Oder wie denkt sich der Herr Standesbeamte die Erbringung dieses Nachweises? Vielleicht erzählt dem Herrn einmal die vorgelegte Behörde, daß er in diesem Falle ein ganz ungerichtetes Verlangen gestellt hat.

Erwähnen wollen wir noch, daß das Brautpaar sich nunmehr an das Standesamt im Bezirk der Braut gewandt hat, um solche überflüssigen Schwierigkeiten wie auf dem Standesamt in der Wadestraße nicht gemacht worden sind.

Der Schuh und Herz. Einmal bei Wahrsagerinnen hat die Wiener Ballettängerin Auguste Melchstein, die seit einiger Zeit in Berlin lebt, mit dem Tode bejault. Die junge, erst 21jährige Dame stammt aus Oßig in Böhmen, wo ihr Vater einen Pferdehandel betreibt. Seit zwei Monaten wohnt Fräulein Melchstein in einem Pensionat in der Löwenstraße. Die Tänzerin, die in Berlin eine Stellung zu finden hoffte, untersteht ein Liebesverhältnis mit einem Kaiser W., der im Hause Schöneberger Ufer 40 ein Atelier für Dekorationsmalerei besitzt. Da sie mühsig ging, kam sie auf den Gedanken, Wahrsagerinnen zu besuchen, die ihr einredeten, daß sie sich vor dem 23. Lebensjahre erschließen würde, da ihr Geliebter ihr untreu sei. Die Tänzerin nahm sich diesen Unsinns zu Herzen, wurde trübsinnig und kaufte sich schließlich einen Revolver, mit dem sie Tag für Tag nach Salzenau fuhr, um sich im Schießen zu üben. Vor einigen Tagen erludigte sie sich auch sorgfältig bei einer Dame ihrer Person danach, was sicherer wäre, ein Säus mit einem oder nur mit einer Angel. Gestern kam es zur Katastrophe. Das junge Mädchen begab sich in die Wohnung ihres Geliebten und überhäufte den Kaiser mit Vorwürfen. Die Eifersuchtsgötze erdete damit, daß die Tänzerin plötzlich die Waffe gegen sich richtete und auf ihr Herz abfeuerte. Zu Tode getroffen, sank die Kerne zusammen.

Die dreizehnte Brandstiftung innerhalb fünf Tagen und die dritte im Laufe des gestrigen Tages beschäftigte am Freitag die Berliner Feuerwehr in der Straße am Friedrichsgracht 20/21, Ecke der Köpflerstraße. Wiederum handelte es sich um einen Dachstuhlbrand. Als die Feuerwehr erschien, stand der Dachstuhl mit dem Jubel der Bodenverschlüsse schon in Flammen. Die Wehr mußte kräftig Wasser geben, um eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhüten.

Die Bernauer Straße von der Strellker Straße bis zur Gartenstraße (unter Einschluß der Kreuzgasse) wird behufs Ausführung von Straßenarbeiten vom 27. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Kelter gesperrt. Gleichfalls gesperrt ist die Dangler Straße von der Schönhauser Allee bis zur Dycker Straße vom 23. d. Mts. ab.

Feuerbericht. Gestern früh um 9 Uhr stand schon wieder ein Gehäus in Flammen. Diesmal im Zentrum von Berlin. So brannte das Wohnhaus Straßener Straße 61 an der Kleinen Straßener Straße, ein altes Gebäude. Die Hausbewohner wurden die Gesetze erst gewahrt, als die Flammen an mehreren Stellen aus den Dachsternen schlugen. Die Feuerwehr unter Leitung des Brandinspektors Leubner war schnell zur Stelle. Mit mehreren Schlauchleitungen wurde gleich tüchtig Wasser gegeben und dadurch der bei Brand des Gebäudes besonders gefährliche Brand auf den Ausfluß beschränkt. Es konnte aber nicht verhindert werden, daß Hausdach der Mieter verbrannt und beschädigt wurde. — Außer in Dachstuhlbrände hatte die Feuerwehr noch Brände in der

Horsstraße 85/86, wo Gardinen usw. brannten, in der Outhofstraße 113, wo in einem Laden Matrasen usw. in Brand geraten waren, und in der Schleifischen Straße 31 zu löschen. Hier brannten Betten und anderes in einer Wohnung. Außerdem wurden noch Brände aus der Duxstraße 27 (Bäckerei), vom Johannistisch und anderen Stellen gemeldet. Im letzteren Ort brannten Schäldecken, Balken und anderes. — Schüler der Technischen Hochschule Charlottenburg wohnten gestern einer Übung der Feuerwehr auf der Hauptwache bei.

## Vorort-Nachrichten.

### Zur Gemeindevahlbewegung.

#### Steglitz.

Können wir bei der Gemeindevahl siegen? Diese Frage stellen heißt sie bejahen. Zum Beweise wollen wir nur einige Zahlen anführen. Bei den Wahlen im März 1906 ergab sich im ersten Bezirk folgendes Stimmverhältnis: Sozialdemokratie 569, Mieter 338, Hausbesitzer 213; es fehlten uns also 3 Stimmen an der absoluten Mehrheit. In der Stichwahl unterlagen wir dann allerdings den vereinten Gegnern. Auf von uns angeregte Klage wurde die Wahl für ungültig erklärt, und es fand im Mai 1907 Neuwahl statt. Bei der Hauptwahl waren die Zahlen in obiger Reihenfolge: 609, 459 und 221, die Gegner hatten also einen Vorsprung von 71 Stimmen und siegten in der Stichwahl mit nur 13 Stimmen Mehrheit. Niemand wird behaupten wollen, daß für uns keine Reserven mehr vorhanden waren. Die waren in großer Zahl da, aber die Lachheit ließ sie ihr Wahlrecht verschmerzen. „Auf einen kommt es ja nicht an!“ ist leider eine beliebte Redensart. Gerade bei letzten Wahlen haben das Gegenteil bewiesen. Deshalb sei ich auch Bes! Alle Stimmen müssen sich vereinen auf Schellhase und Ahmann im ersten und Richard Krug im zweiten Bezirk, dann ist der Sieg schon im ersten Wahlgange auf unserer Seite.

#### Kantow.

Daß es auch hier die höchste Zeit ist, Sozialdemokraten in die Gemeindevvertretung zu wählen, bewiesen einige traurige Vorfälle, die in der letzten Wahlvereinsversammlung zur Sprache kamen. Nachdem der Vorsitzende mitgeteilt, daß ihm vom Amtsvorsteher die Auskunft geworden sei, daß die zu wählenden Vertreter der dritten Klasse Nichtangehörigen sein können, wurden zunächst die Genossen Theurich und Kadzke als Kandidaten aufgestellt. Die ursprünglich in Aussicht genommenen Kandidaten Dehmel und Schindler erklärten, daß sie im Verdacht aus Kantow verziehen. Darauf wurde auf den Unterschied zwischen dem neuerbauten Gymnasium, das die Ortsdresse als das prächtigste und zweckmäßigste von Groß-Berlin bezeichnet hätte, und der ebenfalls neuerbauten Volkshaus hingewiesen. Die so gerühmte prächtige Einrichtung des Gymnasiums trifft, wie allgemein betont wurde, auf die Volkshaus nicht zu. Es wurde aufgeführt: Die Turnhalle, welche der Volkshaus angegliedert ist, sei schon einmal dem Einstürzen nahe gewesen. Die aus Eisenbeton hergestellte Dache, hatte sich gekent, so daß dieselbe hochgemauert und nach Verstärkung der Träger abgestützt werden mußte. Trotzdem am 1. April mehrere Klassen in Veranung genommen werden sollen, sei die Decke noch immer abgestützt, überhaupt mag die Turnhalle einen trostlosen Eindruck. Nachdem nun die Gemeindevvertretung in geheimer Sitzung beschlossen hat, eine höhere Mädchenschule in demselben Gebäude zu errichten, sei Rücksicht vorhanden, daß auch die Turnhalle schneller gefördert wird. Nur scheint es an Leuten zu mangeln, welche unter Hinzunahme ihres Lebens die Steifen fortnehmen.

Die Gemeindevvertretung hat sich bis heute mit dieser Angelegenheit noch nicht beschäftigt. Oder ist dies auch in geheimer Sitzung geschehen? Die Arbeiterschaft von Kantow kann auch daraus ersehen, wie sehr ein Arbeitervertreter diesem Ortsparlament not tut.

#### Mariendorf.

In der am Mittwoch stattgefundenen öffentlichen Wählerversammlung referierte der Reichstagsabgeordnete des Kreises Genosse Fritz Jubell über „Nomminalwahl und Sozialdemokratie“. Der Referent entwickelte in seinem 1/4stündigen Vortrage das Programm der Sozialdemokratie im Gemeindevorparlament. Treffend zeigte der Redner, daß die Bürgerlichen weder gewählt noch befähigt sind, die Interessen der Weislosen zu vertreten. Umso mehr muß es Aufgabe der Arbeiterschaft sein, Männer ihres Vertrauens in die Vertretung zu entsenden. Die Wähler der dritten Klasse in Mariendorf und Siedende müssen dafür Sorge tragen, daß dem einen Hecht im Karpfenteich noch zwei hinzugefügt werden, um so den Bürgerlichen etwas mehr Verständnis für soziale Aufgaben beibringen zu helfen. Redner schloß unter großem Beifall seine Ausführungen mit der Aufforderung, bis zur Wahl tüchtig für unsere Kandidaten zu agitieren.

Gemeindevorteiler Genosse Richard brachte hierauf mannigfache Beispiele vor, an denen er die soziale Minderwertigkeit der bürgerlichen Vertreter grell beleuchtete. In der Diskussion traten drei Vorkämpfer der Ausführungen des Genossen Jubell entgegen, auch suchten sie die Tätigkeit des Genossen Richard in anderem Lichte erscheinen zu lassen. Es wurde ihnen jedoch von den beiden Referenten in gebührender Weise geantwortet. In der einstimmig angenommenen Resolution verpflichteten sich die Versammelten, den Kandidaten der Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Wahlen ihre Stimmen zu geben.

Die Wahlen finden laut amtlicher Bekanntmachung für Mariendorf Donnerstag, den 5. März, von 12 bis 7 Uhr abends, und für Siedende Freitag, den 6. März, von 12 bis 4 Uhr nachmittags, statt.

#### Treptow-Dammshulweg.

Die regelmäßigen Gemeindevahlen finden für die dritte Wählerklasse nicht mehr gemeinsam im ganzen Ort, sondern bezirksweise statt. Am 1. April scheidet aus der Gemeindevvertretung Herr Gärtnerbesitzer Kidel aus. Die Ersatzwahl findet im 1. Wahlbezirk statt, welcher von der Mitte der Stiefholzstraße und dem Dammweg begrenzt wird. Die Wahlvereinsversammlung am 4. Februar d. J. beschloß sich an der Wahl zu beteiligen, und beschloß ferner, ob ein Hausbesitzer zur Wahl steht oder nicht, und stellte den Genossen Max Wollan, Marienfelder Straße 22, einstimmig als Kandidaten auf. Von den Wählerpartei ist Herr Kidel, welcher den Parteigenossen als einer der reaktionärsten bekannt ist, wieder aufgestellt worden. In einer Versammlung, zu welcher nur die bürgerlichen Wähler eingeladen und in einer Zahl von circa vierzig Personen, darunter noch mehr als die Hälfte Gemeindevorteiler erschienen waren, hielt er eine zwei Minuten lange Kandidatenrede. Er sagte, er habe kein Programm, er besitze aber das Vertrauen der Haus- und Grundbesitzer und damit war die Sache erledigt. Daß dieser Blockkandidat kein Programm hat, ist weiter nicht verwunderlich, wird er doch vor allen Dingen die Interessen der Grundbesitzer vertreten. Unsere Genossen haben nun Dienstag, den 3. März, nach dem Alendahnrestaurant eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher ein Vortrag über die „Sozialdemokratie in der Gemeindevvertretung“ zur Tagesordnung steht. Die Liste der stimmberechtigten Wähler der 3. Klasse im 1. Bezirk weist 535 Wähler inklusive der Forensen auf und beginnt mit einem Steuerfuge von 497,93 M.

#### Pantow.

„Das Dreiklassenwahlrecht in den Gemeinden“ war das Thema, das in zwei gut besuchten Versammlungen behandelt wurde. Im Gesellschaftshaus, Kreuzstraße, sprach Genosse Leid. Nachdem er das Dreiklassenwahlrecht genügend charakterisiert hatte, ging er näher auf die Pflichten der Kommunen ein und begründete die Forderungen, welche die Sozialdemokratie an diese stellt. Er kennzeichnete die Minderwertigkeit der Gemeinden an den verschiedensten

kommunalen Gebieten und schloß mit der Aufforderung, die Zeit bis zum Wahltage gründlich auszunutzen, damit der 12. März ein Siegestag für die Sozialdemokratie wird. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Gemeindevahlen“ nahm Genosse Kubig das Wort. Er schilderte die Verhältnisse am Orte und zeigte, wie schwer es auch in unserem Dorparlament ist, Verbesserungen auf den verschiedensten Gebieten durchzuführen und wie notwendig es ist, daß noch mehr Vertreter der Arbeiterschaft in die Gemeindevvertretung gelangt werden.

Im Gewerkschaftshaus, Kaiser Friedrichs-Straße, referierte Genosse Spickermann von Wilmersdorf. Auch er behandelte die Forderungen, die wir an die Gemeinden stellen und forderte zur Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten auf. Sein Vortrag fand lebhaften Beifall. In der Diskussion sprach Genosse Kreiswald. Er gab einen Überblick über das verflochtene Netz der Gemeindevahlen und schärfte die Tätigkeit unserer Vertretung im Dorparlament. Genosse Köber kritisierte die Schulverhältnisse am Orte und ersuchte, den Gemeindevorteiler vertrauensvoll Richtigstellungen mitzuteilen, damit diese für die Beseitigung derselben im Gemeindevorparlament wirken können. An der sehr regen Diskussion beteiligten sich noch die Genossen Dochow, Lesniowski und Zimmermann. In beiden Versammlungen forderten die Vortragenden nochmals auf, daß jeder am Wahltage seine Schuldigkeit tun möge.

Die Kandidaten der Sozialdemokratie werden in der am 10. März im Lokal von Oberbach, „Zum Ausräusen“, stattfindenden Versammlung bekannt gegeben.

#### Nieder-Schönhausen.

Mit den bevorstehenden Gemeindevahlen beschäftigte sich eine am Dienstag tagende öffentliche Wählerversammlung, in welcher Genosse Vesper referierte. In seinem 1/4stündigen Vortrag wies Redner in treffenden Worten unter lebhaftem Beifall auf die Schäden der jetzigen Gemeindevvertretung hin. In der hierauf folgenden Diskussion nahm Genosse Hellrich das Wort. Auch er unterzog das Verhalten einzelner Gemeindevorteiler, die vorgeben, die Interessen der Allgemeinheit am Orte wahrzunehmen, einer heftigen Kritik. Hierauf wurden die Genossen Karl Huth, Handwerker, und Pajold, Mieter einstimmig als Kandidaten für die dritte Wählerklasse nominiert.

Zum Schluß forderte Genosse Pajold die Versammelten auf, recht rege zu agitieren und zu werben, damit endlich einmal Dreifache gelangt werde in unser Dorparlament zum Wohle der gesamten Einwohnerchaft.

Die Wahlen zur Gemeindevvertretung finden, wie jetzt bekannt wird, für die dritte Wählerklasse am Mittwoch, den 11. März, von 12-8 Uhr abends statt und zwar für den auscheidenden Gemeindevorteiler Paech. Die Ersatzwahl für den ausgeschiedenen Gemeindevorteiler Kostrop findet am 17. März von 12-8 Uhr abends statt.

Bitte seien offen! Wir sind nun gezwungen, unsere Kandidaten getrennt zu wählen, es erwächst daher einem jeden die doppelte Pflicht, tüchtig zu agitieren, damit unsere Kandidaten gleich bei der Hauptwahl gewählt werden. Kommt es erst zur Stichwahl, so müssen wir diesmal zur Wahl gehen.

#### Nixdorf.

Die Schulartzfrage, dieses überaus wichtige Thema für die arbeitende Bevölkerung, behandelte am Montag in Hoppes Festhalle Genosse Dr. Wehl. Einleitend bemerkte der Referent, daß gerade das Proletariat danach trachten müsse, die Jugend zu einem starken und widerstandsfähigen Geschlecht zu erziehen. Welche Bedeutung hat hierbei die Schulartzfrage? Unsere bürgerlichen Gegner betonen diese Frage als einen Eingriff in das Heiligtum der Familie und da sie aus ihrer Engstirnigkeit nicht heraus können, kommen sie oft zu Urteilen, die von der Arbeiterschaft ganz entschieden zurückgewiesen werden müssen. Frauenböden, Schulspielungen, Kinderspiele, Ferienkolonien usw., alles das sind für sie Dinge, die man am liebsten der Privatwohltätigkeit überlassen will. Die Weisenden haben ja nicht die Empfindung, daß ein Kind beim Angelaufen, Zeitung- und Frühstücksausdrücken oder sonstigen Arbeiten, am anderen Tage nicht in solcher Verfassung erscheint, wie es die Schule verlangt. Die vielen Krankheiten: Tuberkulose, Rüdgratverkrümmung, Schwerhörigkeit, Hautkrankheiten, die die Arbeiterschaft des Proletariats erheben, wären nicht in dem Maße vorhanden, wenn mehr auf des Kindes Wohl und Gesundheit in der Schule Bedacht genommen würde. Um vorbeugende Maßregeln für den Gesundheitszustand der Kinder zu treffen, verlangt der Redner, daß schon vor der Einschulung eine eingehende Untersuchung stattfinden muß, um die Kinder, welche für krank befunden werden, mindestens ein Jahr zurückzustellen; während die für tauglich befundenen dauernd der Aufsicht des Schularztes unterstellt werden. In Krankheitsfällen müßte der Schularzt nicht nur untersuchen, sondern auch behandeln. Viele Eltern würden den Schulärzten mehr Vertrauen entgegenbringen, wenn der Arzt nicht nur angeben würde, daß das Kind krank ist, sondern auch selbst behandelt. Ein anderer Arzt kann durch die Mittellosigkeit der Eltern vielfach nicht geholt werden, ebenso scheuen viele Väter die Behandlung in einem Krankenhaus, weil sie im Unvermögensfalle Gefahr laufen, ihr Wohlrecht aufs Spiel zu setzen. Wenn in Berlin der Schularzt zweimal in jedem halben Jahre die Schule durchgeht, so ist das entschieden zu wenig, denn in dieser Zeit ist es dem Arzt nicht möglich, auf die Nebenerkrankungen wichtigster Art, wie Lästung, Reinigung, Heizung und andere Dinge zu achten. Eine vernünftig geleitete Stadt sollte zu der Meinung kommen, daß Kinder, die vernachlässigt, sich und heruntergekommen sind, später einmal den Armental in erheblichen Maße belasten müssen. In Nixdorf, der Stadt mit der aufstrebenden Arbeiterschaft, haben die im Stadtparlament sitzenden, engstirnigen, rüchthändigen und korrupten Vertreter sich erst nach langem Heilschen herbeigelassen, einen Schularzt für zwei Hilfsschulen zu ernennen. Der Referent schloß seinen interessanten Vortrag mit dem Ausruf: Der Schularzt soll und muß behandelt, seine Tätigkeit muß im Haupt- und nicht im Nebenamt ausgeführt werden, da sonst die ganze Frage in Nichts zerbricht wird. Erst wenn für jede Schule ein Schularzt angestellt ist, wird es möglich sein, durchschlagende Erfolge für unsere Jugend zu erzielen. Die Ausführungen des Genossen Wehl fanden bei den Versammelten starken Beifall. In der Diskussion nahm Genosse Dr. Silberstein das Wort, da von den Gegnern (Magistrat und Stadtvorordnete) waren eingeladen) sich niemand meldete. Genosse Silberstein gab auf Grund seiner langjährigen Tätigkeit als Stadtvorordnete eine ganze Blütenlese rüchthändiger Ansichten einiger bürgerlichen Stadtvorordneten zum besten. So erklärte man bei Einrichtung von Frauenböden in den Volksschulen, daß das gerade eine Prämie auf die Faulheit der Mütter wäre, denn sie brauchen ihre Kinder nicht mehr zu waschen. In Bezug auf die Hebernahme der Desinfektion durch die Stadt meinte man, das geht nicht, denn den Arbeitern würde dadurch die Wohnung gesäubert. Nixdorf hatte schon als Dorfgemeinde zur Schulartzfrage Stellung genommen. Dieser Antrag mußte aber liegen bleiben, weil nämlich in Nixdorf es noch brennendere Fragen gab und nach langem Verhandeln ein Krankenhaus dringend notwendig war. 12000 M., die von unserer Fraktion für die Schulartzfrage beantragt wurden, lehnte man ab, aber dafür bewilligte man 5000 M. für die Einweihung des neuen Rathhauses. Man glaubte sich in Ostpreußen prächtigen Gefilden verortet, als Genosse Silberstein erklärte, daß der frühere Stadtrat Weitzsch, jetzige zweite Bürgermeister, bei seiner Einführung eine Denkschrift herausgab, in der es heißt, daß man für ein Gemeinwesen einen floren Witz, ein offenes Auge und den Segen von oben haben muß. Diese Ausführungen tiefzu große Heiterkeit hervor, weil man auf diese Sagen bis auf den St. Rimmerleinstag warten kann. Nixdorf fehlt ebenso ein städtisches Amt. Die Klassenrechnung beträgt immer noch gegen 55 Schüler und erst jetzt hat man sich entschlossen, zwei Hilfsschulen einzurichten. Die Fraktion wird aber die Schulartzfrage nicht von der Tagesordnung verschwinden lassen. Nachdem noch die Genossen Handel, Henning und Ergawa zur Diskussion gesprochen,



